

**5. Sitzung des Gemeindeparlamentes,
Donnerstag, 27. Mai 2021,
digital,
Sitzungsdauer: 19.00 Uhr – 23.00 Uhr**

Anwesend sind: 38 Ratsmitglieder (von 40 Mitgliedern)

Freisinnig-demokratische Partei:

1. Heinz Eng, 2. Urs Knapp, 3. Anja Lanter, 4. David Plüss, 5. Madeleine Portmann,
6. Simone Sager, 7. Sandra Siegrist, 8. Deny Sonderegger, 9. Markus Wyss

Sozialdemokratische Partei:

1. Dr. Christine von Arx, 2. Gökhan Karabas, 3. Eugen Kiener, 4. Huguette Meyer Derungs,
5. Dr. Rudolf Moor, 6. Luc Nünlist, 7. Dr. Arnold Uebelhart, 8. Dieter Ulrich

Christlichdemokratische Volkspartei:

1. Beat Felber, 2. Muriel Jeisy, 3. Thomas Kellerhals, 4. Bartolomeo Vinci

Evangelische Volkspartei Olten:

1. Beat Bachmann

Grünliberale Partei:

1. Christian Ginsig

Grüne Olten:

1. Myriam Frey Schär, 2. Martin Räber, 3. Raphael Schär, 4. Felix Wettstein

Schweizerische Volkspartei:

1. Matthias Borner, 2. Ursula Rüegg, 3. Philippe Ruf

Junge SP Region Olten:

1. Corina Bolliger, 2. Florian Eberhard, 3. Simon Muster

Olten jetzt!:

1. Daniel Kissling, 2. Tobias Oetiker, 3. Laura Schöni, 4. Denise Spirig

parteilos:

1. Ernst Eggmann

Stadtrat:

Dr. Martin Wey, Stadtpräsident
Thomas Marbet, Direktion Bau
Marion Rauber, Direktion Soziales
Benvenuto Savoldelli, Direktion Finanzen und Dienste
Iris Schelbert-Widmer, Direktion Bildung und Sport
Markus Dietler, Stadtschreiber

Ferner anwesend:

Thomas Küng, Leiter Direktion Bildung und Sport
Dr. Patrik Stadler, Rechtskonsulent

Unentschuldig abwesend:

Ramazan Balkaç
Patrick Käser

Vorsitz: Philippe Ruf

Protokollführerin: Andrea von Känel Briner, Leiterin Stadtkanzlei

* * *

Geschäfte:

- 9.1. Vorschlag gem. Art. 16 GO, Robin Kiefer betr. «Stoppt die Fahrraddiebstähle»
 - * 9.1.1. Dringliche Interpellation Deny Sonderegger und Urs Knapp (FDP) betr. Projektwettbewerb Kunstmuseum/Beantwortung
 - 9.2. Interpellation Grüne Olten betr. Rechtsabbiegen für Velofahrer*innen
 - 9.3. Überparteiliches Postulat Tobias Oetiker und MU betr. Submissionsverfahren zum Aufbau und Betrieb eines Glasfasernetzes in der Stadt Olten
 - 9.4. Postulat Luc Nünlist (SP/JSP) und Mitunterzeichnende betr. Kollektives Gedächtnis Stadt Olten
 - 9.5. Postulat Luc Nünlist (SP/JSP) und Mitunterzeichnende betr. Fischbrunnen
 - 9.6. Postulat Eugen Kiener & Huguette Meyer Derungs (SP/JSP) und Mitunterzeichnende betr. Velostadt Olten
 - 9.7. Postulat Philippe Ruf (SVP) und Mitunterzeichnende betr. Umgang mit Randständigen auf der Kirchgasse resp. Sockel der Stadtkirche
 - 9.8. Motion Grüne betr. Sicherer Bahnhofzugang aus dem Schöngrundquartier
 - 9.9. Postulat Tobias Oetiker & Laura Schöni (Olten Jetzt) betr. Cannabis-Pilotversuch in Olten
 - 9.10. Postulat Dieter Ulrich (SP/JSP) betr. Unterstützung Konzertveranstalter
 - ** 9.11. Postulat Felix Wettstein (Grüne) betr. ein städtisches Laubmanagement für mehr Biodiversität und Gesundheit
 - ** 9.12. Überparteiliches Postulat für eine Bedürfnisabklärung von Tagesstrukturen
 - ** 9.13. Motion Corina Bolliger (SP/JSP) und MU betr. Zeitgemässe Tagesschulen für Olten
 - ** 9.14. Auftrag Florian Eberhard und Luc Nünlist (SP/JSP) betr. Belebter Munzingerplatz für alle
 - ** 9.15. Auftrag Ruedi Moor (SP/JSP) betr. Gasnetz der sbo/AEN und CO₂-Zero-Ziel
 - ** 9.16. Auftrag Felix Wettstein (Grüne) betr. Abschaffung der Personalsteuer
- * Ergänzung der Traktandenliste
** aus Zeitgründen nicht behandelt

* * *

Parlamentspräsident Philippe Ruf begrüsst die Anwesenden zur heutigen Sitzung.

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 27. Mai 2021

Prot.-Nr. 63

Vorschlag gemäss Art. 16 Gemeindeordnung durch Robin Kiefer betr. Stoppt die Fahrraddiebstähle/Beantwortung

Am 19. November 2020 hat Robin Kiefer, Birkenweg 15, 4600 Olten, als Erstunterzeichner zuhänden des Stadtrats folgenden Vorschlag gemäss Art. 16 der Gemeindeordnung eingereicht:

«Stoppt die Fahrraddiebstähle!

Wortlaut des Vorschlags:

Der Stadtrat wird beauftragt, Präventionsmassnahmen zu erarbeiten, um gegen Fahrraddiebstähle in der Stadt Olten vorzugehen. Er soll namentlich prüfen, ob mit zusätzlichen Kontrollen oder technischen Überwachungsmassnahmen Fahrraddiebstähle verhindert werden können.

Begründung:

In den vergangenen Wochen und Monaten wurde die Stadt Olten vermehrt von Fahrraddieben heimgesucht. Viele Oltnerinnen und Oltner sind durch diese Vorkommnisse verunsichert und zugleich wütend. Obschon die meisten Fahrradbesitzer ihr Fahrrad korrekt und mit einem dazu geeigneten Fahrradschloss abschliessen, werden die Fahrräder von den Dieben entwendet. Auch sind Fälle bekannt, bei welchen Fahrräder aus überwachten Anlagen geklaut wurden.

Die aktuelle Situation ist für die Oltnerinnen und Oltner unbefriedigend. Viele wünschen sich bessere und gezieltere Massnahmen, um Fahrraddiebstähle mithilfe präventiver Massnahmen zu verhindern. Der Vorschlag schliesst bewusst keine konkreten Massnahmen aus. Dem Stadtrat sollte damit die Möglichkeit gegeben werden, möglichst umfassend zu prüfen, welche Massnahmen vorbeugend wirken könnten. Selbstverständlich ist dem übergeordneten Recht Rechnung zu tragen.

Die Fahrraddiebstähle verursachen Schäden in Höhe von tausenden Franken. Diese können sich viele Leute in der schwierigen wirtschaftlichen Lage nicht leisten. Eine Verbesserung der aktuellen Situation würde vielen Oltnerinnen und Oltnern helfen. Nebst den aufgeklärten und verhinderten Fällen von Fahrraddiebstählen würde auch das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger gestärkt.»

- - - -

Stadtpräsident Martin Wey beantwortet den Vorschlag im Namen des Stadtrats wie folgt:

Zum Formellen:

Gemäss Art. 16 Abs. 1 und 2 der Gemeindeordnung der Einwohnergemeinde der Stadt Olten vom 28. September 2000, haben 30 Stimmberechtigte das Recht, dem Gemeindeparlament schriftlich Vorschläge zu unterbreiten. Diese sind wie Motionen oder Postulate eines Mitgliedes des Gemeindeparlaments zu behandeln.

Der Vorschlag erfüllt diese Anforderungen und ist gemäss Gemeindeordnung innert sechs Monaten zu beantworten.

Zum Inhalt des Vorstosses:

Gemäss Pro Velo Schweiz waren in den vergangenen Jahren viele Städte von Velodiebstahl und Vandalismus betroffen. In der Schweiz allein werden jährlich rund 35'000 Velodiebstähle bei der Polizei gemeldet – effektiv sind es mindestens doppelt so viele. Gleichzeitig ist die Rückführquote gestohlener Velos unter 5%. Sei es, dass die gestohlenen Velos nicht mehr gefunden werden, sei es, dass gefundene Velos nicht mehr zugeordnet werden können.

Im Jahr 2018 wurden im Kanton Solothurn 1'378 (ganze Schweiz: 33'941) Fahrräder, im Jahr 2019 1'498 Fahrräder (ganze Schweiz: 33'040), also plus 9% (-3%), als gestohlen gemeldet.

Auf Nachfrage bei der Polizei Kanton Solothurn hat diese mitgeteilt, dass im Frühling/Sommer 2020 eine Zunahme von Velodiebstählen in Olten stattgefunden hat. Dies aufgrund einer organisierten Bandenkriminalität, welche die Fahrräder im höherpreisigen Segment weitervermittelte. Mittlerweile fanden diverse Verhaftungen statt. Die Anzahl Diebstähle hat sich in Olten wieder "normalisiert".

Zur Vorbeugung von Diebstahl und zur Erleichterung der Rückführung gestohlener Velos empfiehlt Pro Velo Schweiz Folgendes:

Velo wenn immer möglich in einem abschliessbaren oder überwachten Raum einstellen (Keller, Garage, Abstellraum, Velostation usw.); Velo nicht nur abschliessen, sondern auch anschliessen; Rahmennummer, Marke und Farbe des Velos notieren; Velos können (zum Teil gegen Gebühr) bei privaten Registern eingetragen werden; einen eventuellen Diebstahl bei der Polizei anzeigen und der persönlichen Diebstahlversicherung melden.

Sämtliche öffentlichen Veloparkplätze mit Bewirtschaftung durch die Stadt Olten werden entweder durch Personal beaufsichtigt (Velostationen Ost/West Bahnhof), per Video überwacht (Velostation Ost Bahnhof), und/oder bieten Möglichkeit, das Zweirad privat einschliessen zu lassen und/oder aber eine Möglichkeit, um das Zweirad anzuschliessen.

In den überwachten Velostationen am Bahnhof gibt es freie Plätze und die Möglichkeit, die Zweiräder dort anzuschliessen.

Gemäss Informations- und Datenschutzgesetz (InfoDG) des Kantons Solothurn Bedarf eine Videoüberwachung nicht nur hoher finanzieller Aufwendungen, sondern auch einer rechtlichen Beurteilung.

Unter §16 Abs. 1 InfoDG ist zu lesen:

«An öffentlichen und allgemein zugänglichen Orten können Behörden zum Schutz von Personen und Sachen vor strafbaren Handlungen und zur Identifizierung von Straftätern unter den Voraussetzungen von § 15 und § 16 Anlagen zur visuellen Überwachung einsetzen. Diese Massnahme muss geeignet und notwendig sein».

Zudem hat der Oltner Stadtrat am 13. August 2018 die «Richtlinien des Stadtrates zur Videoüberwachung im öffentlichen und öffentlich zugänglichen Räumen» beschlossen.

Unter Art. 3 Voraussetzungen ist dort geschrieben:

«Videoüberwachung ist nur zulässig, wenn sie zum Schutz von Personen und Sachen vor strafbaren Handlungen und zur Identifizierung von Straftätern erfolgt» sowie «Die Videoüberwachung muss verhältnismässig sein».

Der Stadtrat nimmt den Datenschutz ernst und sieht eine Ausdehnung der Videoüberwachung zum Schutz vor Velodiebstahl derzeit weder als verhältnismässig noch als notwendig an.

Bei den Velodiebstählen im Frühling/Sommer 2020 handelte es sich wie erwähnt um eine ausserordentliche Diebstahlserie, welche einer organisierten Bandenkriminalität angerechnet wurde. Die Situation betreffend Velodiebstähle hat sich nach der Aufklärung durch die Polizei Kanton Solothurn wieder normalisiert.

Aufgrund der erwähnten Überlegungen empfiehlt der Stadtrat dem Gemeindeparlament den Vorschlag nicht erheblich zu erklären.

- - - -

Robin Kiefer: Ich möchte mich zuerst dafür bedanken, dass ich mich trotz der schwierigen Umstände zu meinem Volksvorschlag äussern darf. Wie Sie dem Titel des Vorschlags entnehmen könnt, bezieht er sich auf die Problematik der Velodiebstähle, unter anderem mitten in der Stadt Olten. Ich habe diesen Volksvorschlag im vergangenen Sommer lanciert, nachdem es in Olten während mehrerer Monate eine Serie von Velodiebstählen gegeben hat. Viele Oltnerinnen und Oltner in meinem Umfeld haben sich darüber beschwert, unter anderem auch stark in den sozialen Medien. Auch in meinem Verwandtenkreis hat sich direkt ein Vorfall eines Velodiebstahls ereignet, und ich habe daraufhin diesen Volksvorschlag lanciert und konnte recht schnell viele Unterschriften sammeln und daraufhin im Herbst 2020 den Volksvorschlag einreichen. Im Wortlaut des Vorschlags selber wird explizit kein direkter Lösungsvorschlag genannt, weil es vielmehr darum gehen sollte, eine mögliche Lösung zu erarbeiten und auch Präventionsmassnahmen seitens des Stadtrates geprüft werden können. Das könnten Überwachungsmassnahmen sein, Patrouillen oder sonstige Kontrollen. Der Stadtrat hat dann im Protokoll vom 11. Januar 2021 auf meinen Volksvorschlag geantwortet. Er hat dort auch festgehalten, dass es im Frühling und Sommer 2020 tatsächlich eine Zunahme von Velodiebstählen gegeben hat. Weiter hat er festgehalten, dass die bereits bestehenden Massnahmen und Einrichtungen aus seiner Sicht genügen sollten und gerade in Bezug auf Datenschutz die Ausdehnung dieser Massnahmen nicht verhältnismässig wäre. Aus meiner Sicht ist diese Überlegung zu kurz gegriffen, weil man ja gesehen hat, dass es eben trotz dieser bereits existierenden Massnahmen und Einrichtungen doch wieder vermehrt zu Velodiebstählen gekommen ist. Das unterstreicht dann auch meine Haltung, dass die bestehenden Massnahmen und Einrichtungen nicht ausreichend sind, um die Velodiebstähle präventiv verhindern zu können. Auch mit dem Verweis auf den Datenschutz wird aus meiner Sicht zu stark auf eine einzelne Massnahme, in diesem Fall namentlich die Videoüberwachung fokussiert. Aus meiner Sicht gäbe es durchaus noch andere Möglichkeiten, zum Beispiel Überwachungs patrouillen mit Personal, um eine ähnliche Wirkung erzielen zu können und nicht zwingend das Datenschutzgesetz tangieren zu müssen. Weiter ist natürlich klar, dass die ganzen Velodiebstähle den Bürgerinnen und Bürgern sehr hohe Kosten verursachen wird und sich gerade in der aktuellen schwierigen Zeit einfach viele diese zusätzlichen Kosten nicht leisten können. In diesem Sinne möchte ich Sie motivieren, meinem Vorschlag zuzustimmen, um die Velodiebstähle in Olten zumindest ein Stück weit eindämmen zu können. Merci vielmals.

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Velofahrer können sich an ganz verschiedenen Sachen ärgern. Da gibt es sehr viele Gründe dazu. Ich persönlich ärgere mich als Velofahrer vor allem, wenn ich einen «Platten» und nicht mehr weiterkomme, aber auch, wenn ich einen Diebstahl an meinem Velo feststellen muss. Robin, da bist Du ganz auf meiner Seite. Mir ist dies auch schon mehrfach passiert. Ich hatte das Velo abgeschlossen, und es ist vorgekommen. Das ist ärgerlich. Robin, Du hast den Vorschlag auch in einer Zeit eingereicht, in der wir selber festgestellt haben, dass die Diebstähle auch bandenmässig passieren. Das ist nicht zu akzeptieren. Es war auch der Grund, weshalb wir von der Abteilung öffentliche Sicherheit mit der Kantonspolizei Kontakt aufgenommen und auf diesen Missstand hingewiesen haben. Es war ja nicht nur in der Stadt Olten der Fall, sondern in anderen Städten auch. Wir haben mit der Kantonspolizei ein Szenario Deiner Massnahmen, wie Du sie vorgeschlagen hast, durchaus auch ins Augenmerk führen lassen. Wir mussten mit der Zeit dann natürlich auch beobachten, dass die Diebstähle auf ein Mass, wie wir sie sonst auch haben, zurückgegangen sind. Es ist tatsächlich so, dass natürlich immer noch viel zu viele Velos gestohlen werden, aber nie mehr in dem Ausmass wie in der Zeit, in der Du den Vorschlag eingereicht hast. Nichts destotrotz haben die Gespräche auch gezeigt, dass man von Seiten der Kantonspolizei durchaus auch auf solche Diebstähle sensibilisiert ist, dass auch die Stadt Olten oder andere Gemeinden dies nicht tolerieren wollen, aber wir es im jetzigen Zeitpunkt nicht als verhältnismässig erachten, vor allem, weil sich die Situation auch beruhigt hat, weitere Massnahmen zu ergreifen. Der Stadtrat möchte sich aber durchaus vorbehalten, die von Dir vorgeschlagenen Massnahmen wieder ins Auge zu fassen, wenn die Diebstähle wieder zunehmen sollten. Von daher ist der Stadtrat der Meinung, dass man zwar das Anliegen sehr ernst nimmt, dass Handlungsbedarf besteht, wenn sich tatsächlich solche bandenmässigen Diebstähle ereignen, im jetzigen Zeitpunkt aber von weiteren Massnahmen absehen möchte.

Eugen Kiener, Fraktion Junge SP/SP: Obschon für uns von der SP das Velo ein wichtiges Verkehrsmittel ist, lehnen wir diesen Vorschlag einstimmig ab. Überwachung lehnen wir sowieso ab, wenn es zu weit geht. Auch finden wir es zu aufwändig, wenn man hier mehr Aufsichtspersonen herumschickt. Es geht da vor allem auch um die Selbstverantwortung. Die Velobesitzer können bessere Schlösser einsetzen, und es gibt ja inzwischen auch Apps, wo man das Velo wieder finden kann. Mein Velo ist in den letzten zwölf Jahren an der Ringstrasse auch zweimal gestohlen. Beide Male habe ich es nach einigen Wochen wieder gefunden. Einmal war es total defekt, einmal mit zwei anderen, wahrscheinlich auch gestohlenen Velos zusammengeslossen. Aber beide Male habe ich dann von der Versicherung ein wunderbares, schönes neues Velo erhalten, von dem den grossen Teil die Versicherung bezahlt hat. Ich war froh, dass ich das andere nicht mehr zurücknehmen musste. Ich denke, wenn man nicht so schnell zu einem neuen Velo kommen würde, würden viele auch besser Acht geben.

Ursula Rüegg: Die Fraktion SVP ist entgegen dem Stadtrat für die Erheblichkeitserklärung des Vorschlags von Robin Kiefer. Der Stadtrat begründet seine Antwort unter anderem mit der Nachfrage bei der Kantonspolizei, die aussagt, dass die Diebstähle zurückgegangen seien. Die Antwort ist von Ende Jahr. Ich denke, Ende Jahr sind sowieso nur die Hartgesottenen mit dem Velo unterwegs. Ein wirklich gelungener Vergleich mit den vielen Velodiebstählen im Sommer, ich denke, das wird sich wiederholen, wenn das Wetter wieder besser ist. Gerade jetzt, wo wir uns mit dem Bahnhof und dem ganzen Verkehr in Olten beschäftigen, ist es wichtig, dass wir auch darauf achten, dass die Veloparkplätze möglichst sicher sind, nicht nur am Bahnhof. Olten als Velostadt propagieren ist offenbar in. Alle sollen mit dem Velo kommen, obwohl man sich über die Sicherheit der Velofahrer etwa gleich viel Sorgen wie um die Sicherheit der abgestellten Velos macht. Beides hätte noch Potenzial. Olten besteht nicht nur aus den Bahnhöfen, wenn der Stadtrat sagt, dass sämtliche öffentliche Veloparkplätze mit Bewirtschaftung durch die Stadt überwacht sind. Nicht alle fahren an den Bahnhof. Ich glaube nicht, dass ich weiterhin mit dem Velo in die Stadt gehe und meine Besorgungen mache, wenn ich mein Velo zuerst am Bahnhof abstellen muss, damit ich es auch wieder zurückhabe, wenn ich zurückkomme. Wir beschäftigen uns hier ständig mit dem Verkehr und den Massnahmen für die Bewältigung. Wir sind dafür, dass der Langsamverkehr gefördert wird, dass möglichst jeder mit dem Velo in die Stadt kommt. Dann

wäre doch der Vorschlag von Robin durchaus erheblich. Erheblich für die Velofahrerinnen und Velofahrer ist sicher hin, sicher das Velo wieder finden und sicher zurück. Der Vorschlag fragt nicht danach, was alles nicht geht, wie es der Stadtrat geschrieben hat. Er fragt nach Möglichkeiten, wie man den Veloklau minimieren kann. Da wäre vielleicht auch das Gewerbe, die umliegenden Gemeinden, aus denen auch viele Leute mit dem Velo kommen, und die Versicherungen, wie es Eugen vorhin schon gesagt hat, interessiert. Der nächste Sommer wird bestimmt kommen.

Martin Räber: Die Grünen teilen eigentlich im Prinzip die Einschätzung des Stadtrates. Wir gehen davon aus, dass der Stadtrat es mit dem Rückgang der Diebstähle richtig sieht, sie nicht mehr in dem Mass existieren und deshalb eigentlich hier nicht zusätzliche Massnahmen notwendig sind. Man kann auch nicht immer alles ausschliessen und kontrollieren. Die Kosten steigen exponentiell, wenn man dies machen möchte, und mit einem gewissen Risiko muss man leben. Wir denken auch, dass es möglich ist, das Velo mit einem guten Schloss abzuschliessen und sich zusätzliche Sicherheit zu verschaffen. Natürlich sind wir sehr gegen eine Videoüberwachung, weil es einfach ein Eingriff in die Persönlichkeit und in den Datenschutz, der durch ein überwiegendes öffentliches und privates Interesse gerechtfertigt sein muss, ist. Das ist aus unserer Sicht hier sicher nicht gegeben. Deshalb lehnt die Grüne Fraktion den Vorschlag einstimmig ab.

Christian Ginsig, CVP/EVP/GLP-Fraktion: Die geforderten Präventionsmassnahmen im Bereich der Velodiebstähle sind mit Sicherheit löblich. Wir haben es schon von Vorrednern gehört. Etlichen Leuten wurden schon einmal Velos geklaut oder man hat sicher selber auch schon vom Grund der Aare ein geklautes Velo gesehen. Wir haben aber klare Ausführungen und im Antrag auch entsprechend gesehen, dass professionelle Banden am Werk waren und in Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei bereits reagiert und interveniert wurde. Anders als die SVP ausführt, ist es eben trotzdem so, dass der Bahnhof ein wichtiges Element ist. Es gibt dort weit über 1'000 Veloparkplätze. Viele pendeln mit dem Velo an den Bahnhof, steigen dort auf den Zug um. Anders als an anderen Standorten haben wir in Olten bediente Velostationen. Im Bahnhofareal gibt es Videoüberwachung, mindestens Seite Tannwaldstrasse auch in der Veloparkieranlage selber. Die Stadt selber sorgt mit der Ausrüstung von neuen Veloabstellanlagen mit Dreipunktsicherung ja auch dafür, dass man die Velos sauber deponieren kann. Es gehört eine gewisse Eigenverantwortung, sein Velo gegebenenfalls auch mit zwei Schlössern gegen Diebstahl sichern zu können. Die Stadt macht hier auch mit entsprechenden Massnahmen etwas. Veloklau ist sicher ärgerlich, und repressive Massnahmen durch die KAPO, das haben wir gehört, sind gemacht worden. Zweitens bestehen auch bereits präventive Massnahmen mit Videoüberwachung, und man darf auch bediente Velostationen nicht vergessen. Drittens, und das ist uns wirklich wichtig, es kommt gerade von der Partei, die immer Eigenverantwortung hochschreibt, sind wir der Meinung, dass man sie wirklich auch wahrnehmen muss, wenn es um das eigene Velo geht. Zum Beispiel am Bahnhof gibt es Lösungen. Man kann sein Velo gegen umgerechnet 40 Rappen mit einem Jahresabo wirklich auch sicher in geschlossenen Veloabstellanlagen abstellen und hat das Velo dort eigentlich rund um die Uhr gesichert. Man kann auch alles hängen lassen. In diesem Sinne folgt die CVP/EVP/GLP-Fraktion den Überlegungen des Stadtrates und wird den Vorschlag nicht erheblich erklären.

Laura Schöni, Olten jetzt!: Ich kann mich meinen Vorrednern, leider nicht meiner Vorrednerin, anschliessen. Wir werden dem Stadtrat beim Vorschlag von Robin Kiefer folgen und möchten dazu sagen, dass wir es begrüssen, dass der Stadtrat bei Strassen-sanierungen fixe Abstellmöglichkeiten montiert, so, wie es zum Beispiel schon bei der Sanierung Baslerstrasse zwischen City-Kreuzung und Coop City passiert ist. Dort hat es neu Metallständer, in die man sein Velo stellen kann und somit auch eine Möglichkeit hat, dies an einem fixen Ort abzuschliessen. Gegen Überwachungsmassnahmen sprechen wir uns auch ganz klar aus, ausser der Stadtrat würde sagen, wir finanzieren allen Velofahrenden ein kostenloses GPS. Wir werden dem Stadtrat folgen.

Heinz Eng: Ich möchte kurz sagen, was eigentlich Sinn und Zweck der staatlichen Aufgaben ist. Es ist so, dass der Staat oder auch der Nachtwächterstaat zumindest für die Sicherheit

der Bewohnerinnen und Bewohner zuständig ist. Das muss sich auch die Stadt Olten auf die Fahne und Prämisse schreiben. Nicht nur im öffentlichen Raum ist die Sicherheit des Lebens wichtig, sondern auch die Sicherheit und das Eigentum, Hab und Gut, der entsprechenden Individuen. Deshalb ist dies ein Auftrag, und das ist eigentlich nicht Selbstverantwortung. Ich stelle mein Velo irgendwo ab, schliesse es ab, und dann ist es geklaut. Nachher bin ich fast noch selber schuld. Hier geht es wirklich um eine Aufgabe der Stadt, dass sie im öffentlichen Raum die Sicherheit von Leben und auch Hab und Gut der Menschen, des Individuums, schützt und möglichst auch entsprechende vorbeugende Massnahmen trifft. Das muss man von dieser Seite betrachten. Ich werde für die Erheblichkeit stimmen.

Beschluss

Mit 32 : 6 Stimmen wird der Vorschlag nicht erheblich erklärt.

Parlamentspräsident Philippe Ruf: Ich nehme die Gelegenheit wahr, um Robin Kiefer für seine Arbeit sowie die Einbringung des Vorschlags vielmals zu danken und verabschiede Dich aus diesem Call.

Mitteilung an:

Ordnung und Sicherheit, Franco Giori
Ordnung und Sicherheit, Manuela Basso
Ordnung und Sicherheit, Lukas Müllegg
Stadtkanzlei, Andrea von Känel Briner
Stadtkanzlei, Vorstossliste

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 27. Mai 2021

Prot.-Nr. 64

Dringliche Interpellation Deny Sonderegger und Urs Knapp (FDP) betr. Projektwettbewerb Kunstmuseum/Beantwortung

Zuhanden der Gemeinderatssitzung vom 26. Mai 2021 haben Deny Sonderegger (FDP) und Urs Knapp (FDP) eine dringliche Interpellation mit folgendem Wortlaut eingereicht:

«Der Stadtrat hat im 1. Quartal 2021 den Wettbewerb für das neue Kunstmuseum gestartet. Die Teilnehmenden können bis am 17. Juni 2021 ihre Wettbewerbseingaben einreichen. Das Gemeindeparlament definierte am 24. September 2020 den politischen Rahmen für diesen Projektwettbewerb. Es stimmte dem Standort und dem Raumprogramm zu. Auf Antrag der FDP ergänzte das Parlament die Kriterien für den Wettbewerb mit diesem Zusatz: «Das neue Kunstmuseum wird mit einem Preisrahmen von 10 bis 14 Millionen Franken geplant». Im Parlament sagten die Befürworter des Antrags klar, dass der Preisrahmen eine zwingende Vorgabe und ein Entscheidungskriterium für den Projektwettbewerb sein soll. Das «Pflichtenheft Projektwettbewerb Kunstmuseum Olten» definiert den Rahmen des Wettbewerbs und die Kriterien für die spätere Beurteilung der Wettbewerbseingaben. Im Pflichtenheft wird der vom Parlament vorgegebene Preisrahmen im Kapitel «Beurteilungskriterien für die Wettbewerbsbeiträge» (4.5) nicht genannt. In der Einleitung zum Aufgabenbeschrieb (Kapitel 5.1) steht einzig: «Die Projekteingaben müssen die vorgesehenen relativ knapp bemessenen Anlagekosten berücksichtigen und einhalten». Der Projektwettbewerb bezieht sich ebenfalls auf den Neubau eines Wohn- und Geschäftshauses an der Kirchgasse 8 (heutiger Standort des Kunstmuseums), mit Anlagekosten von 7 bis 9 Millionen Franken. Zur Beurteilung dieses Neubaus fehlen aber in den Jurys und in der Expertengruppe die Fachleute mit den entsprechenden Qualifikationen.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Warum wird im Pflichtenheft die Kostenvorgabe des Parlaments nicht als zwingende Vorgabe und als wichtiges Entscheidungskriterium genannt?
2. Wie hat der Stadtrat die Mitglieder des Sachjury und der Fachjury über den Parlamentsbeschluss betreffend Preisrahmen für neues Kunstmuseum instruiert?
3. Welche planerischen Vorabklärungen in Bezug auf Konzept und Bedarf hat der Stadtrat für das neue Wohn- und Geschäftshaus an Kirchgasse 8 ergriffen?
4. Warum wurden keine Fachleute aus Gewerbe, Wirtschaft und Standortförderung in die Sachjury, in die Fachjury und in die beratende Expertengruppe berufen, welche die spezifischen Anforderungen an ein Wohn- und Geschäftshaus an zentralster Innenstadtlage beurteilen können?
5. Ist der Stadtrat der Meinung, dass die Besetzung der Jury hinsichtlich Fokussierung und fachlicher Beurteilung für die Kirchgasse 8 und 10 angemessen ausgewogen ist?
6. Stimmt es, dass bereits vor der Ausschreibung des Projektwettbewerbs Interessenten mit konkreten Entwicklungsideen für den Standort Kirchgasse 8 vorgespochen haben? Wenn ja, welche Form von Ideen waren das?

Begründung der Dringlichkeit

Die Antworten des Stadtrats müssen deutlich vor dem Ende des Projektwettbewerbs bekannt sein, also vor dem 17. Juni 2021. Nur so können die Teilnehmenden am Wettbewerb diesen Input noch für ihre Eingaben verarbeiten.»

- - - -

Stadtrat Thomas Marbet beantwortet die Interpellation im Namen des Stadtrates wie folgt:

Zur Dringlichkeit:

Wenn man die Unterlagen und den Beschluss des Gemeindeparlamentes mit den Vorgaben für den Architekturwettbewerb vergleicht, erkennt man sofort, dass diese deckungsgleich sind. Die Antworten zu den Fragen generieren keinen Mehrwert für die Generalplanerteams, daher ist die Dringlichkeit kaum gegeben. Wenn aber das Parlament vor Abschluss des Wettbewerbs Antworten auf die gestellten Fragen möchte, beantwortet diese der Stadtrat gerne.

Grundsätzliche Bemerkungen:

Die Verfasser der Interpellation verwechseln die Phasen im Ablauf, den der Stadtrat in der Vorlage betr. Standort und Raumprogramm für das neue Kunstmuseum im vergangenen September aufgezeigt haben: Die Einwohnergemeinde führt derzeit einen gemeinsamen Architekturwettbewerb über die Liegenschaften Kirchgasse 8 und 10 durch. Es geht also vereinfacht gesagt um die **Form**. Für die detaillierte Bestimmung der **Nutzung** an der Kirchgasse 8 stehen anschliessend zwei Möglichkeiten zur Disposition: Entweder definiert diese die Einwohnergemeinde selber – zum Beispiel Detailhandel oder Gastronomie im Erdgeschoss und Wohnnutzung in den Obergeschossen – und realisiert diese dann auch anschliessend auf eigene Rechnung mit entsprechenden Kostenfolgen. Oder sie sucht anschliessend an den Architekturwettbewerb im Rahmen einer Ausschreibung eine Investorin, welche die Nutzungs- und sonstigen Vorgaben der Einwohnergemeinde am besten erfüllt. In die Auswertung einer allfälligen Ausschreibung werden zweifellos auch Überlegungen der Standort- und Gewerbeförderung einfließen.

Ein Architekturwettbewerb, wie er derzeit durchgeführt wird, ist nach Submissionsgesetz erforderlich, um einen Planerauftrag in dieser Grössenordnung zu vergeben (offenes Verfahren). Die Jury muss in der Lage sein, die Fachteams, ihre Kompetenzen und den Entwurf zu beurteilen. Die Anforderungen an die Zusammensetzung der Jury sind in der SIA-Norm festgelegt.

Einer fachlich ausgewiesenen Jury, welche in der Summe tausende von solchen Bauten beurteilt und erstellt hat, zu unterstellen, dass ihr die zur Beurteilung die entsprechenden Qualifikationen fehlen, zeigt auf, dass die Fragesteller sich inhaltlich nicht intensiv mit dem Prozess, mit den Beteiligten und der Aufgabenstellung auseinandergesetzt haben.

Der Beschluss des Parlamentes vom 24. September 2020 ist im Übrigen protokolliert: *Das neue Kunstmuseum wird mit einem Preisrahmen von 10 bis 14 Millionen Franken geplant.* Dies ist in das Wettbewerbsprogramm auf Seite 13 korrekt eingeflossen. Das Parlament wird im Rahmen der Anträge zu Planungs- und Baukredit im Wissen über die Gesamtkosten fällen, damit bleiben die Kompetenzen gewahrt.

Das Vorhaben wird nicht auf der grünen Wiese umgesetzt, sondern im Herzen der Stadt und in prominenter städtebaulicher Umgebung. Hier gilt es die Vorgaben zu beachten, ansonsten ist das Projekt nicht bewilligungsfähig. Zudem hat die Stadt die Verantwortung diese Bauten

weiterzuentwickeln, von einem Leerstand oder baufälligen Ruinen hat die Bevölkerung keinen Nutzen.

Zu den einzelnen Fragen:

Zu Frage 1:

Warum wird im Pflichtenheft die Kostenvorgabe des Parlaments nicht als zwingende Vorgabe und als wichtiges Entscheidungskriterium genannt?

Das Programm gibt 1:1 die Bestellung des Gemeindeparlamentes wieder, sowohl in der Bestellung des Raumprogrammes als auch im beschlossenen Kostendach (siehe Seite 13, Wettbewerbsprogramm). Zur Überprüfung der Kosten/Wirtschaftlichkeit der Projekte wurde extra ein Experte beigezogen (Peter Frischknecht, Fuhr Buser Partner BauOekonomie AG), dies ist auch so im Programm beschrieben. (siehe Seite 6, Wettbewerbsprogramm). Alle Projekte werden nach Wirtschaftlichkeit und Betrieb gemäss deklariertem Beurteilungskriterium von Profis bewertet (äussere und innere Erschliessung, Umsetzung des Raumprogramms, Betriebliche Abläufe und Nutzung von Synergie, Nutzungsflexibilität der Trag- und Raumstruktur, Erstellungskosten, Betriebskosten, Lebenszykluskosten).

Zu Frage 2:

Wie hat der Stadtrat die Mitglieder der Sachjury und der Fachjury über den Parlamentsbeschluss betreffend Preisrahmen für neues Kunstmuseum instruiert?

Die Mitglieder der Jury haben den Bericht unterzeichnet, d.h. sie kennen den Inhalt und haben sich dazu verpflichtet, nach diesen Kriterien zu urteilen (siehe Seite 23).

Zu Frage 3:

Welche planerischen Vorabklärungen in Bezug auf Konzept und Bedarf hat der Stadtrat für das neue Wohn- und Geschäftshaus an Kirchgasse 8 ergriffen?

Die Baute an der Kirchgasse 8 ist ein Wohn- und Geschäftshaus, welches in den vergangenen Jahrzehnten für das Kunstmuseum genutzt wurde. In der Vorlage an das Gemeindeparlament wurde zum einen aufgezeigt, dass die Liegenschaft Kirchgasse 8 aufgrund der zahlreichen Abweichungen vom Ursprungszustand nicht unbedingt erhalten werden muss, sondern, sofern die Qualitätssicherung im Rahmen eines Wettbewerbsverfahren gewährleistet werden kann, auch zurückgebaut und unter Berücksichtigung des Volumenschutzes durch einen zeitgemässen, ortsbaulich und architektonisch überzeugenden Neubau ersetzt werden kann. Bei jedem Szenario sind die beiden Liegenschaften in einer Gesamtschau koordiniert weiterzuentwickeln. Diese Beurteilung erfolgte instanzengerecht durch die Altstadtkommission.

In der Vorlage an das Parlament wurde zudem transparent aufgezeigt, dass die Einwohnergemeinde als nächsten Schritt nach Entscheid des Parlamentes, einen gemeinsamen Architekturwettbewerb über die Liegenschaften Kirchgasse 8 und 10 veranstaltet, mit dem beantragten Raumprogramm des Kunstmuseums als Basis für die Liegenschaft Kirchgasse 10 und einem Wohn- und Geschäftshaus an der Kirchgasse 8. Dazu wurde im Wettbewerbsprogramm (Seite 22) ein Raumprogramm, welches sich am vorhandenen Volumen orientiert, festgehalten.

Zu Frage 4:

Warum wurden keine Fachleute aus Gewerbe, Wirtschaft und Standortförderung in die Sachjury, in die Fachjury und in die beratende Expertengruppe berufen, welche die spezifischen Anforderungen an ein Wohn- und Geschäftshaus an zentralster Innenstadtlage beurteilen können?

In der Jury sind Fachleute vertreten, welche ein ausgewiesenes Expertenwissen in allen geforderten Disziplinen ausweisen. Ansonsten würden sich nicht eine derartige Anzahl an Generalplanern an diesem Wettbewerb beteiligen, sie wollen fair beurteilt werden. Es geht zudem in der aktuellen Phase nicht um ein Bauprojekt sondern darum, das beste Team zu finden, welches zeigt, dass es mit der Aufgabe am Besten umgehen kann. Die Projektierung erfolgt im Anschluss an den Wettbewerb. Wie beim Schulhaus Kleinholz kann die Projektbaukommission entsprechend den Anforderungen seitens der Bestellerin ergänzt werden.

Aktuell besteht kein Beschluss, dass die Einwohnergemeinde bei der Kirchgasse 8 auch Bauherrin sein wird, dies ist auch nicht so im Finanzplan abgebildet. Es besteht die Möglichkeit, dass hier eine private Investorin (Verkauf oder Abgabe im Baurecht) das Projekt übernimmt. Diese politische Auslegeordnung steht noch aus, muss aber vor dem Projektbeginn gefällt werden, denn es braucht eine Bestellerin für das Projekt an der Kirchgasse 8. Dies ist dem Gemeindeparlament gemäss Bericht und Antrag vom 24. September 2020 bekannt.

Zu Frage 5:

Ist der Stadtrat der Meinung, dass die Besetzung der Jury hinsichtlich Fokussierung und fachlicher Beurteilung für die Kirchgasse 8 und 10 angemessen ausgewogen ist?

Die Jury und Expertenvertretungen wurde explizit hinsichtlich der Beurteilungskriterien Städtebau, Architektur, Statik, Landschaftsarchitektur, Wirtschaftlichkeit und Betrieb, Gebäudetechnik und Nachhaltigkeit ausgewählt. Die qualifizierten Planerteams mussten sich auch hinsichtlich dieser Kriterien im Rahmen der Präqualifikation ihre Kompetenz in den Fachgebieten Architektur, Landschaftsarchitektur, Baumanagement, Gebäudetechnik und Nachhaltigkeit nachweisen. Sachpreisrichter sind zudem Vertreter/innen der Bestellerin, der Einwohnergemeinde Olten.

Zu Frage 6:

Stimmt es, dass bereits vor der Ausschreibung des Projektwettbewerbs Interessenten mit konkreten Entwicklungsideen für den Standort Kirchgasse 8 vorgesprochen haben? Wenn ja, welche Form von Ideen waren das?

Es fanden verschiedene informelle Gespräche statt. Die Interessenten wurden auf das geplante Verfahren in zwei Phasen betr. Form einerseits und Nutzung andererseits hingewiesen.

- - - -

Deny Sonderegger: Ich bedanke mich vielmals für die Zustellung der Antworten. Selbstverständlich habe ich ein wenig geschmunzelt und würde gerne inhaltlich noch das Eine oder Andere dazu sagen und möchte gleich bei den grundsätzlichen Bemerkungen anfangen. Ich danke dem Stadtrat, dass die Antworten gekommen sind. Es gibt mir doch eine gewisse Erkenntnis. Mir ist etwas ein Licht aufgegangen. Das ist vielleicht auch der Grund, weshalb heute endlich wieder einmal die Sonne scheint. Der Stadtrat wirft nämlich den Interpellanten vor, wir hätten nicht verstanden, worum es geht. Er schreibt in seiner Beantwortung, dass der Architekturwettbewerb das Ziel hat, die Form zu gestalten und weniger den Nutzen, und dies erst in einer späteren Art und Weise kommuniziert werden soll. Das heisst, er geht zum Konditor und bestellt eine runde zweistöckige Torte. Er bestimmt dann bei Erhalt, dass es sich um eine Hochzeitstorte handelt, und wenn es dann trotzdem eine Geburtstagstorte sein soll, beantragt er dem Parlament einen weiteren Projektierungskredit für die Umnutzung dessen, was im Architekturwettbewerb geplant wurde, zu finanzieren. So ist die Antwort etwa zu verstehen, wie wir dies in diesem Sinne fälschlicherweise aufnehmen. Die SIA-Norm 142 hat eine klare Definition zum Architekturwettbewerb. Es geht nämlich darum, dass die Bauherrin oder diejenigen, die den

Architekturwettbewerb in Auftrag geben, eine reiche Auswahl an unterschiedlichen Lösungsmöglichkeiten für konkrete Projekte erhalten. Das macht aber nur Sinn, wenn man weiss, wofür man dies macht und nicht erst im Nachhinein bestimmt wird, wofür man es will. Mission vor Ziel und Strategie. So arbeite ich zumindest im geschäftlichen Umfeld. Weiter wird moniert, dass die fachlich ausgewiesene Jury quasi in keiner Art und Weise fachqualifiziert sei und wir dies als Interpellantin disqualifizieren würden. Das ist nicht der Fall. Das ist von uns aus nicht gestellt worden. Wir schreiben, dass man nicht wegdiskutieren kann, dass Kirchgasse 8 und 10 an einer zentralen Lage sind, wichtige Bauten in der Stadt und in diesem konkreten Umfang quasi eine Sach- und Fachjury und eine zusätzliche Expertengruppe mit Fokus Kunstmuseum, und das ist auch lustig, dort ist der Nutzen schon definiert, das hat man auch im Parlament so verabschiedet, für das Kunstmuseum sehr detailliert aufgeschrieben hat, aber für die andere Liegenschaft eben nicht. Da habe ich schon das Gefühl, dass im Verhältnis etwas eine Unausgewogenheit der Jurierung vorhanden ist. Das ist es, was wir entsprechend auch nachfragen möchten und eigentlich Antworten erfragen wollten, wieso dies der Fall ist. Es hat bis jetzt weder irgendwelche monitäre Gründe, noch irgendwelche Themen, wieso diese Fragen aufgekomen sind in dem Sinne, dass man das Gefühl hätte, die Architektin und Architekten aus der Fachjury könnten dies nicht gut genug. Ganz im Gegenteil: Es ist uns selbstverständlich bewusst, dass sie dies gut machen. Es ist aber durchaus legitim, wenn man eine Gesamtplanung über zwei Gebäude macht, dass man auch beim zweiten Teil, der Steuerzahler soll ja hier bis zu 9 Millionen zahlen, eine gewisse Idee hat und sich vielleicht auch in einer zusätzlichen Expertengruppe Gedanken macht. Das vermissen wir, und es ist hier nicht entsprechend gewürdigt worden. Ein weiterer Punkt, der in der Beantwortung auch kommt, ist, dass man den Preisrahmen selbstverständlich aufgenommen hat. Das ist sehr wohl so. Es ist auch in unserer Interpellation schon dokumentiert worden. Uns zu unterstellen, dass wir die Sache quasi nicht richtig gelesen haben, ist schon fast frech und irgendwie nicht ganz nachvollziehbar. Fakt ist, dass das Preiskriterium, und jetzt kommen wir halt doch auch noch zur monitären Situation, kein Ausschlusskriterium ist. Es ist auch kein gewichtetes Kriterium. Es ist durchaus ein Kriterium, das selbstverständlich angeschaut wird. Das muss man ja wohl fast. Es gehört auch dazu. Aber es steht nirgends irgendeine Aussage, wie damit umgegangen wird, wie viele prozentuale Punktvergaben dazu gehören, was passiert, wenn ein Projekt hereinkommt, das allenfalls 20 Millionen kostet. Es kann ja durchaus sein, weil es nicht transparent ausgewiesen ist, dass ein Projekt mit 20 Millionen diesen Rahmen gewinnen könnte, wenn die anderen Punktevergaben so durchaus überzeugend sind, dass es an erster Stelle ist. Da stellt sich für mich auch die Frage, wie die Sach- und Fachjury damit um, wenn eine solche Überbordung der Kosten stattfindet. Dann geht es halt gleichwohl noch einmal etwas um die Jurybesetzung. Wer, wenn nicht irgendwelche lokale Vertreter, kennen die Nöte und Sorgen und vor allem auch das Entwicklungspotenzial unserer Stadt besser, irgendwelche lokale Standortförderungen? Das war ja ein Punkt, den wir auch gefragt haben. Die Stadt Olten gibt sehr viel Geld für eine wirtschaftliche Standortförderung, touristische Standortförderung aus. In der zusätzlichen Expertengruppe nicht vertreten, für mich nicht ganz nachvollziehbar, wieso dies einfach ausser Acht gelassen wird. Dies einfach einmal zum Allgemeinen. Zu den einzelnen Fragen: Ich bin froh, dass sie beantwortet sind. Es deckt ein wenig, was wir erwartet haben. Zu Frage 1 gibt es, wie gesagt, in diesem Sinne kein Entscheidungskriterium, das ein Ausschlusskriterium wäre, wenn die Kosten überstiegen würden. Es ist zwar definiert, dass man sich bei den knappen Ressourcen an 10 bis 14 Millionen halten soll. Als Preisrahmen ist es in den Beurteilungen auch vertreten. Ab es steht nicht drin, wie viele Prozente verteilt werden, was wäre, wenn es etwas Höheres wäre, wenn man die kompensieren würde etc. Davon steht nichts. Zur Frage, wie die Leute jetzt über diesen Rahmen informiert wurden, der Parlamentsbeschluss mit dem entsprechenden Preisrahmen, steht einfach, sie mussten es unterzeichnen. Das ist richtig. Mir liegt dieses Dokument auch vor. Aber auch hier die Frage, wie man damit umgeht, wenn ein Projekt 20 Millionen kostet, wird nicht diskutiert. Besonders enttäuschend, und das hat mich dann schon ein wenig irritiert, dass man zu Frage 6 gar keine Antworten gibt. Man hat konkret die Frage gestellt, welche Formen von Ideen mit allfälligen Interessenten vorgetragen wurden. Dazu geben sie gar keine Auskünfte. Man hat die Frage einfach schlichtweg nicht beantwortet. Ich glaube, man ist vor der Situation ein wenig irritiert, dass man hier vielleicht noch gute Ideen publizieren müsste. Von daher bin ich hier ein wenig

irritiert. Ich danke dem Stadtrat und allen Beteiligten, dass sie die Arbeit für die Beantwortung dieser Interpellation gemacht haben. Ich kann es vorwegnehmen, ich bin selbstverständlich von den Antworten nicht wirklich befriedigt. Aber ich nehme dies so zur Kenntnis und sage besten Dank.

Stadtrat Thomas Marbet: Ich nehme gerne kurz Stellung zur Beantwortung des Stadtrats, die Euch heute Morgen von der Stadtkanzlei zugestellt wurde. Ich habe jetzt auch ein Echo, das ich höre und bin deswegen aber nicht irritiert. Deny, wenn es Irritationen gibt, werden wir sie wiederum an anderer Stelle kollegial, vielleicht auch wieder auf der Kirchgasse, wie im letzten Sommer, vor dem Museum austragen. Ich glaube, es ist wichtig, dass man zunächst einmal wirklich die verschiedenen Phasen unterscheidet. Wir sind jetzt in einem Projektwettbewerb, den es aus submissionsrechtlichen Gründen braucht, das richtige Team auszuwählen, das die Stadt dann über die nächsten Jahre, die hier ins Land werden ziehen, begleiten wird. Es geht um eine erhebliche Planerleistung, die hier erbracht wird, und diese kann man nicht direkt vergeben. Man muss sie submissionsrechtlich sauber abbilden. Dazu dient auch der Projektwettbewerb. Es geht hier nicht um ein Vorprojekt, es geht auch nicht um ein Bauprojekt, sondern es geht um die Auswahl des richtigen Planerteams, das die gestellten Fragen beantworten kann. Form bezieht sich hier nicht auf Formalismus, nämlich Form im Sinn von Volumetrie, Höhen, Breiten, Tiefen, Baulinien, Fassaden, Dachsprünge, Vor- und Rücksprung usw. Es ist wichtig, dass man sich hier mit dem richtigen Partner verbindet für den Prozess, der dann stattfinden wird, ähnlich wie er eigentlich bei der Schulanlage Kleinholz auch gemacht wurde. Der Fokus des Pflichtenhefts lautet Projektwettbewerb Kunstmuseum Olten. Von daher ist eigentlich die museale Nutzung klar im Vordergrund, was das ehemalige Naturmuseum betrifft. Beim Haus daneben, Kirchgasse 8, ist natürlich offen, bewusst noch offen, was die Nutzung sein soll. Es ist auch bezüglich der Eignerschaft offen, bezüglich des Betriebs, der Bauherrschaft und konkreten Nutzung, die dort entsteht. Selbstverständlich hatten wir konkrete Gespräche, um vielleicht dem Vorwurf betreffend Frage 6 zu entgegnen. Es hat konkrete Fragestellungen gegeben. Aber diese sind uns in einem vertraulichen internen Kreis gestellt worden, und es ist von diesen Investoren auch nicht gewünscht worden, dass man dies nach aussen trägt, weil es Abklärungen sind, die Investoren und Investorinnen machen, vielleicht an verschiedenen Stellen, vielleicht sogar auf dem Platz Olten an verschiedenen Orten mit verschiedenen Eignern, das sie nicht nach aussen getragen haben möchten. Aber diese Gespräche hat es gegeben, und sie sind dem Stadtrat auch bekannt. Ihr habt im Pflichtenheft die Fixierung der Kosten notiert. Ich möchte gleichwohl noch einmal darauf verweisen. Auf Seite 13 «Sind die Projekteingaben ... müssen die vorgesehenen, relativ knapp bemessenen Anlagekosten berücksichtigen und einhalten». Das ist auf Seite 13 in der Einleitung, eigentlich im wichtigsten Punkt der Aufgabenbeschreibung formuliert. Selbstverständlich ist dieses Dokument von allen Fachpreis- und Sachpreisjurys unterzeichnet worden, von mir als Leiter dieser Jury zuoberst. Ich kann vielleicht auch sagen, dass das Pflichtenheft auch auf sehr fruchtbaren Boden gefallen ist. Es haben sich nämlich 97 Teams beworben, quer durch Europa. Das zeigt eigentlich auch, dass das Papier durchaus Qualität hat und die aufgeworfenen Fragestellungen in Olten interessant sind. Ich kann Euch auch verraten, ohne ein Geheimnis zu verraten, dass 14 Teams davon weitergezogen werden, dann in die Qualifikation im August. Es hat zwei Nachwuchsteams darunter, ebenfalls zwei Teams aus der Stadt Olten. Diese Teams haben insgesamt 252 Fragen gestellt. Ich verzichte darauf, Euch dies vorzulesen. Aber ich möchte Euch wirklich einladen, einmal anzuschauen, in welcher Tiefe und Schärfe die Fragen gestellt werden, bis zur Grundwassererschliessung, Parkplätze, Simshöhen, Erker usw. Diese Fragen müssen entsprechend auch von den Fachleuten beantwortet werden. Dazu gehören auch die Leute in der Baudirektion, die diese beantworten können, natürlich in Kooperation mit den Sachpreisrichtern, die in diesen Disziplinen auch die entsprechende Kompetenz haben. Dies mein Eintreten zum Anfang. Ich würde mir gerne vorbehalten, mich weiter zu äussern, gebe aber das Wort an den Präsidenten.

Dr. Rudolf Moor, Fraktion Junge SP/SP: Ich muss sagen, dass uns eigentlich die Antworten des Stadtrates besser gefallen als die Fragen. Thomas hat es vorhin gesagt. Es geht primär um das Museum, und es geht nicht um irgendetwas anderes. Dass man

daneben noch ein Haus hat, das man nutzen muss, das ist ja schön, das ist gut. Aber das Hauptobjekt ist ein neues Kunstmuseum. Dass man diesem mehr Gewicht gibt als allem anderen, ist aus unserer Sicht absolut gerechtfertigt. Es geht nämlich um das Kunstmuseum. Wir sehen in diesen Fragen sehr viel Misstrauen gegenüber der Baudirektion, gegen Experten, und wir finden dies absolut fehl am Platz. In einem Architekturwettbewerb läuft dies nicht so. Wir verstehen die Zweifel an der Einhaltung der Kosten nicht. Auch beim Schulhaus ist in der frühen Projekt-phase, also vor der ersten SIA-Phase, etwas schiefgelaufen. Das ist so und bedauerlich. Seit ich im Parlament bin, und das sind doch ein paar Jahre, hat man alle Bauvorhaben der Stadt innerhalb des Kostenrahmens abgeschlossen. Ich kann mich nicht erinnern, dass wir einmal zu einem Bauvorhaben einen Nachtragskredit bewilligen mussten, der völlig unverhältnismässig war. Die Stadt versteht es durchaus, mit einem Kostenrahmen umzugehen, ein Projekt umzusetzen, und innerhalb des vorgegebenen Kostenrahmens zu realisieren. Deshalb sind diese Zweifel aus unserer Sicht völlig fehl am Platz. Wir denken zum Beispiel an das Haus der Museen, welches ein sehr komplexes und schwieriges Vorhaben war, mit ganz verschiedenen Partnern, und das hat man sehr gut im Kostenrahmen umgesetzt. Wir verstehen die Zweifel an der Einhaltung der Kosten überhaupt nicht. Ein wenig befremdlich finden wir eigentlich den Wunsch oder sozusagen die Forderung, dass man an einem Ort, wo es natürlich Nutzungs-konflikte gibt, an der Kirchgasse gibt es extreme Zielkonflikte zwischen den Nutzungen, der Interpellanten in allem Ernst, dass man ein Segment zur Beurteilung beizieht, nämlich das Gewerbe und gewerbenahe Stellen. Man kann es sich auch ganz anders vorstellen. Man kann sich zum Beispiel auch eine nichtkommerzielle Nutzung vorstellen. Da sind es sicher nicht die Richtigen, die darüber urteilen, ob die nichtkommerzielle Nutzung das Richtige ist oder nicht. Sonst müssten wir nämlich hier noch ganz andere Leute beiziehen. Das ist in einem solchen Prozess nicht zielführend mit so verschiedenen Interessengruppen, die diese Zielgruppen mehr oder weniger gut abdecken, dass sie einander in die Haare geraten und untereinander ein Gerammel machen. Deshalb finden wir auch die Besetzung all dieser Gremien eigentlich gut. Wir raten dem Stadtrat weiterzufahren, wie er angefangen hat. Das scheint uns gut aufgegleist. Es scheint uns gut gemacht. Wir haben im Moment volles Vertrauen in den Stadtrat, dass dies gut kommt.

Urs Knapp, FDP-Fraktion: Ich danke zuerst für die Antwort des Stadtrates. Ich danke auch für die Disqualifikationen von Ruedi Moor. Ich kann ihm versichern, dass wir uns schon etwas dabei überlegt haben, als wir dies gemacht haben. Wir waren vielleicht auch etwas von anderen Entwicklungen bei der Kostenfrage geprägt. Bei den Antworten wundern wir uns. Eigentlich gibt es normalerweise die Regel, Strukturen folgen der Strategie. In diesem Fall ist es aber offensichtlich anders. Deny Sonderegger hat es mit seinem schönen Beispiel auch schon gesagt. Man macht eine Struktur, und nachher sucht man die Strategie, insbesondere für die Kirchgasse 8. Wir hatten in diesem Rat verschiedenste Ideen, was man dort machen könnte. Das ging vom Hotel, über Läden, bis zum Coworking-Platz. Jetzt ist es offensichtlich einfach so, dass man unten einen Laden macht. Man hat vielleicht die Chance, oben noch etwas zu machen. Man hat noch Wohnungen. Wenn man dies so macht, muss man die Struktur entsprechend machen. Wenn man dort ein Hotel machen würde, wäre diese Struktur völlig daneben. Das ist nicht berücksichtigt. Wir wundern uns auch. Das wird aus architektonischer Sicht beurteilt. Aber letztlich muss ein solches Konzept, das man dort macht, funktionieren. Wenn man dieses Konzept nachher realisieren möchte, muss auch die Form an dieses Konzept angepasst werden. Dass man hier den anderen Weg geht, ist etwas überraschend. Zum Thema Kosten: Wir haben gehört, dass es eingehalten werden muss. Wir haben aber auch das Wettbewerbsprojekt gesehen. Dort haben wir die Kostenvorgabe nicht bei den Wettbewerbskriterien gesehen, sondern eigentlich ist in der Einleitung des Aufgabenbeschreibs erwähnt worden, was Thomas Marbet vorhin zitiert hat. Vielleicht wäre hier unsere ganz konkrete Frage an Thomas Marbet noch: Was passiert, wenn ein Projekt, das vom Parlament vorgegebene Kostendach nicht einhält? Ist das Projekt beurteilungsfähig oder nicht? Die Antwort in dieser Klarheit haben wir nicht. Ich glaube, es geht auch darum, dass man Vertrauen schafft. Wir sind dort an einem ganz speziellen Ort, und es geht auch darum, nachdem, was wir im Kleinholz erlebt haben, wo gesagt wurde, es sind Fehler passiert, dass diese Fehler nicht mehr passieren. Besten Dank.

Matthias Borner: Ich habe nur kurz eine Frage an Thomas Marbet. Ich kann mich an den Wettbewerb des Schulhauses erinnern. Dort haben wir auch einen Kostenrahmen durch das Parlament definiert. Nachher hat es einen Wettbewerb gegeben. Dann hat ein Projekt gewonnen. Dann «judihui», sind sie zurückgekommen. Es kostet ein paar Millionen mehr. Dann hat es auf meine Frage im Parlament, wo ich gesagt habe, vielleicht hat er ja nur gewonnen, weil er am Teuersten war, ja geheissen, der Zweite wäre noch teurer gewesen. Es haben anscheinend alle auf den vorderen Plätzen das Budget nicht eingehalten. Jetzt meine Frage an Thomas Marbet: Wie gewährleistet Ihr, dass der Gewinner das Kostendach einhält? Bei der Schule hat dies eben nicht geklappt. Merci.

Tobias Oetiker: Matthias, wann haben wir festgelegt, was der Kostenrahmen vor dem Wettbewerb ist? Ich kann mich nicht erinnern. In den Unterlagen hatten wir Kosten. Das war eine Schätzung, basierend auf den Informationen, die vorhanden waren. Aber einen Beschluss des Parlaments bezüglich Kosten hat es nicht gegeben. Es hat einen Versuch der FDP gegeben, das Kostendach zu installieren. Das ist aber abgelehnt worden.

Daniel Kissling: Die Kosten sind sicher ein wichtiges Thema. Ich möchte aber noch über etwas Anderes diskutieren, das die Interpellanten scheinbar sehr verärgert, nämlich die Zusammensetzung der Jury. Wir reden hier über einen Architekturwettbewerb, und das heisst, wenn mir jemand ein Haus baut, wenn mir irgendjemand etwas baut, möchte ich in erster Linie Leute haben, die etwas verstehen, wenn es darum geht, wie man etwas baut. Ich möchte nicht jemanden haben, der mir sagt, wie man Geld verdienen kann oder was man sich gerne vorstellen würde, damit man auch eine bessere Stadtführung machen kann, sondern ich möchte jemanden haben, der mir sagt, wie man das Haus am besten und auch am Schönsten baut, am Funktionalsten baut. Wenn man liest, wer zur Jury gehört, sind es genau solche Leute, die dort dabei sind, zusammen mit denjenigen der Nutzung, von der wir schon wissen, dass sie passieren wird. Sonst ist es, wie es Ruedi gesagt hat. Bei der Kirchgasse 8 wissen wir es noch nicht. Das heisst, man müsste 150 Personen in die Jury nehmen. Alle würden etwas Anderes auswählen, weil sie ihre Idee haben, was dort passieren könnte. Dann haben wir wahrscheinlich am Schluss auch nichts Sauberes. Ich wollte einfach auch noch zur Juryzusammensetzung etwas sagen. Ich finde es wichtig und schön, dass wir in diesem Gremium eine diverse Juryzusammensetzung fordern, gerade auch von Seiten der FDP, möchte aber auch darauf hinweisen, dass die Vereine, wie zum Beispiel Olten Tourismus oder die Wirtschaftsförderung, nicht gerade die diversesten Vorstände haben und auch nicht die diversesten Mitglieder abbilden. Ich würde nur schon sagen, das Kunstmuseum, Kunst, kommt zum Beispiel bei Olten Tourismus nicht vor oder auch andere Kultursachen sind eher knapp bemessen. Deny, ich würde sagen, wenn Du diese Erkenntnis hattest, gute Idee. Ich freue mich, wenn Du dies bei Deinen Sachen auch selber umsetzest.

Deny Sonderegger: Ich weiss nicht, wie oft ich es noch wiederholen muss. Wir haben in keiner Art und Weise die Leute disqualifiziert, die von der baulichen Seite sind. Das war auch nicht meine Intention. Es geht effektiv eher um die Expertenrunde. Es geht um die zusätzlichen Personen, die separat noch dazu genommen werden können. Vor Kurzem wurde ich hinsichtlich einer Jugendherberge angefragt, wie ich mich dazu stelle. Es ist eine Nonprofit-Organisation. Wir haben dies unter anderem bei Olten Tourismus, und der Präsident weiss dies, er ist dort vertreten, der Stadtrat, Martin Wey, sogar traktandiert und wollten bei uns intern einen Ideenwettbewerb lancieren, welche möglichen Nutzungen man hätte, die an einer so zentralen Lage für die Allgemeinheit interessant wären und was man dort machen könnte. Es wird hier schon wieder mit der Linkskeule geschlagen, dass es bei der FDP, rechte Seite, einfach nur um Geld geht und sie haben irgendwie nur materielle Interessen. Das ist genau nicht das Thema. Das Thema geht darum, dass eine Unausgewogenheit besteht, ein Gesamtplanungswettbewerb über zwei Gebäude gemacht wird und irgendwie etwas geplant wird, wofür man gar keinen Plan hat, was schlussendlich sein soll. Man hat jetzt einfach einmal dieses Wohnhaus. Einfach auch noch für Ruedi Moor: Der Projektwettbewerb war effektiv als Kunstmuseum und Wohn- und Geschäftshaus ausgeschrieben. Es ist durchaus auch ein Bestandteil im Projektwettbewerb dieser zusätzlichen Liegenschaft. Hier jetzt schon wieder auf das Materielle abzielen, das war

nicht meine Intention. Es geht mir eigentlich wirklich um eine breitgefaste Meinungsbildung an einem städtischen zentralen Ort, wo in unserer Stadt wahrscheinlich ein hohes Interesse besteht, dass man die Kirchgasse gut bespielen und mit einer guten Durchmischung etwas realisieren kann. Das ist schlussendlich das Ziel.

Stadtrat Thomas Marbet: Ich versuche, eine Antwort zu geben. Einfach noch einmal der Hinweis: Es geht jetzt um eine Submission eines Planerteams. Es geht nicht um ein Vorprojekt, es geht auch nicht um ein Bauprojekt, und es geht auch nicht um die Machbarkeit. Es geht um die Auswahl eines Planerteams, das die räumlichen Vorgaben in einem sensiblen Umfeld in der Innenstadt, an der Kirchgasse, umsetzen muss. Das ist die Aufgabe dieser vierzehn Teams, die wir im August selektionieren werden und das Geeignetste, in den verschiedenen Disziplinen geeignet, auswählen werden. In dieser Jury, in der übrigens auch Expertinnen und Experten sowie selbstverständlich auch Kostenplaner dabei sein werden. Bezüglich Nutzung noch eine Neuigkeit: Ich wurde gerade gestern von einem Retailer angegangen, der gefragt hat, ob es möglich ist, im Erdgeschoss eine Nutzung zu machen. Selbstverständlich werden wir dies prüfen und auch auf die Anforderungen des Bestellers oder der Bestellerin abstimmen, in diesem Fall eine Detailhändlerin. Zu den Kosten vielleicht noch ein Wort: Matthias, Du kannst Du Dich vielleicht an meine Aussage zum Schulhaus erinnern. Unter den sechs letzttrantierten in der Jury des Wettbewerbs Schulanlage Kleinholz wurde das Projekt Windmolen mit den günstigsten Kosten im Vergleich zu allen anderen, die sich dort beteiligt haben, ausgewählt. Die Kostenermittlung muss man immer im Ablauf der Phase sehen, Machbarkeit, Planung, Vorprojekt und Bauprojekt. Die Kostengenauigkeit präzisiert sich auch immer mit diesem Phasenablauf, wird immer enger. Am Anfang war es auch beim Schulhaus plus/minus 30 %. Bei diesen 35 Millionen Franken ist in diesem Sinne durch das Ergebnis des Wettbewerbs eigentlich nicht überbordnet worden, sondern durchaus im äusseren Quantil geblieben. So wird es auch hier der Fall sein. Man wird die Kostengenauigkeit mit dem Sprung in die nächste Phase erhöhen können. Selbstverständlich ist am Schluss die Bauherrschaft für die Kosten verantwortlich, aber natürlich mit dem Souverän und dem Parlament, welche die entsprechende Kreditkompetenz auch ausspricht. Merci vielmals.

Deny Sonderegger: Ich habe es in meinem Eingangsvotum schon gesagt. Teilbefriedigt. Ich danke für die Antworten. Aber es ist natürlich nicht, was ich mir erwünsche.

Mitteilung an:
Direktion Bau, Kurt Schneider
Stadtkanzlei, Andrea von Känel Briner

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 27. Mai 2021

Prot.-Nr. 65

Interpellation Grüne Olten betr. Rechtsabbiegen für Velofahrer*innen/Beantwortung

Am 24. Juni 2020 wurde namens der Fraktion Grüne Olten folgender Vorstoss eingereicht:

Velofahrende dürfen ab 1. Januar 2021 an roten Ampeln rechts abbiegen, sofern dies entsprechend signalisiert wird. Wir haben daher folgende Fragen an den Stadtrat:

- 1. Wie ist die Haltung im Stadtrat zu dieser neuen Möglichkeit um den Veloverkehr flüssiger durch die Stadt zu führen?*
- 2. Welche Ampeln werden ab Januar 2021 mit einer entsprechenden Signalisation versehen?*
- 3. Wie steht es um die Ampeln entlang der Kantonstrassen? Wird dort die neue Signalisation eingeführt? Hat der Stadtrat beim Kanton entsprechende Forderungen platziert und falls ja, was ist die Haltung beim Kanton bezüglich dieser Signalisationsmöglichkeit?*
- 4. Welche Ampeln werden keine Signalisation erhalten? Aus welchen Gründen?*

- - - -

Im Namen des Stadtrats beantwortet **Stadtpräsident Martin Wey** den Vorstoss wie folgt:

Zu den Fragen der Interpellanten

- 1. Wie ist die Haltung im Stadtrat zu dieser neuen Möglichkeit um den Veloverkehr flüssiger durch die Stadt zu führen?*

Gemäss Medienmitteilung des Bundesamts für Strassen (ASTRA) hat der Bundesrat an seiner Sitzung vom 20. Mai 2020 die revidierten Verkehrsregeln- und Signalisationsverordnungen verabschiedet und die Änderungen per 1. Januar 2021 in Kraft gesetzt. Neu wird es dann Rad- und Mofafahrenden gestattet sein, an Ampeln bei Rot rechts abzubiegen, sofern dies entsprechend signalisiert ist.

In Basel wurde während dreieinhalb Jahren ein aufwändiger Versuch durchgeführt. Dabei wurde den Velo- und Mofafahrenden bei ausgewählten Verzweigungen mit einer speziellen Signaltafel das Rechtsabbiegen bei Rot ermöglicht. Die bei der Vernehmlassung teilweise geäusserten Vorbehalte werden mit der vorliegenden Regelung des Bundesrats berücksichtigt. Insbesondere ist zu betonen, dass mit dieser Regelung Rot auch für den Radverkehr Rot bleibt. Die Berechtigten dürfen nur dann bei rotem Licht rechts abbiegen, wenn neben dem roten Licht die vorgesehene Signaltafel montiert ist. Durch die Regelung, dass der Signalkombination («rotes Signallicht» und Signaltafel «Rechtsabbiegen für

Radfahrer gestattet») für die bei Rot nach rechts abbiegenden Radfahrer und Mofafahrer dieselbe Bedeutung wie dem Vortrittssignal «Kein Vortritt» zukommt, werden die Berechtigten verpflichtet, den Fahrzeugen auf der Strasse, der sie sich nähern, den Vortritt zu gewähren. Sie sind also vortrittsbelastet, wenn sie von der Möglichkeit Gebrauch machen, bei Rot rechts abzubiegen.

Die Vortrittsbelastung besteht selbstverständlich auch gegenüber Fussgängern, welche die Zufahrt über einen Fussgängerstreifen überqueren.

Basierend auf den Erfahrungen des Pilotversuchs in Basel formulierte die Beratungsstelle für Unfallverhütung (bfu) Einsatzkriterien, welche für eine Freigabe des Rechtsabbiegens für Radfahrende bei Rot einzuhalten sind. Diese betreffen insbesondere das Vorhandensein eines Radstreifens in der Zufahrt sowie gute Sichtverhältnisse. Ausserdem gilt es, die Bedürfnisse des Fussverkehrs nicht ausser Acht zu lassen. Bei Rot abbiegende Velofahrende können bei Fussgängern Unsicherheiten und Stressmomente verursachen. Weitere Konkretisierungen bezüglich der optimalen baulichen Ausgestaltung von Verzweigungen, um das Rechtsabbiegen bei Rot zu erlauben, sind auf Normebene vorgesehen.

Der Stadtrat steht dieser Gesetzesänderung grundsätzlich positiv gegenüber, ist aber auch der Meinung, dass Lichtsignalanlagen (LSA) zuerst streng auf die erwähnten Voraussetzungen und Normen überprüft werden, bevor die Massnahme «Rechtsabbiegen» umgesetzt wird.

2. Welche Ampeln werden ab Januar 2021 mit einer entsprechenden Signalisation versehen?

Diese Frage kann zum heutigen Zeitpunkt noch nicht beantwortet werden (siehe Antwort zur Frage 3). Sämtliche LSA auf Oltner Stadtgebiet sind im Eigentum des Kantons Solothurn. Eine Ausnahme bildet die LSA Sälistrasse, Ausfahrt Sälipark. Diese ist aber nur in Betrieb, wenn der Tunnel Hausmattrain gesperrt ist. Daher wird dort von vornherein auf die erwähnte Verkehrsmassnahme verzichtet.

3. Wie steht es um die Ampeln entlang der Kantonstrassen? Wird dort die neue Signalisation eingeführt? Hat der Stadtrat beim Kanton entsprechende Forderungen platziert und falls ja, was ist die Haltung beim Kanton bezüglich dieser Signalisationsmöglichkeit?

Wie bereits erwähnt, liegen sämtliche LSA auf Oltner Stadtgebiet in der Hoheit des Kantons. Bis dato ist noch nicht bekannt, ob und welche LSA mit dieser Verkehrsmassnahme ausgerüstet werden sollen. Bei der zuständigen Stelle des Kantons war das Rechtsabbiegen für Velofahrer an LSA bisher noch kein aktiv bewirtschaftetes Thema. Es werden erst «best practice» aus grösseren Städten abgewartet und dann auch für Solothurn und Olten geprüft, wo sich diese Massnahme einrichten lässt. In diesem Sinne ist dieses Anliegen beim Kanton in Bearbeitung. Sobald eine entsprechende Strategie/Regelung des Kantons feststeht, wird die zuständige Abteilung Ordnung und Sicherheit (Bereich Verkehr), dem Kanton die Bedürfnisse der Stadt Olten einbringen und die weiteren Schritte einleiten.

4. Welche Ampeln werden keine Signalisation erhalten? Aus welchen Gründen?

Da noch keine Normen bezüglich der optimalen baulichen Ausgestaltung einer solchen Verkehrsmassnahme existieren, kann derzeit auch nicht beantwortet werden, bei welchen LSA das Rechtsabbiegen nicht umgesetzt wird. Bereits jetzt kann aber gesagt werden, dass nicht erfüllte Normen und formulierte Voraussetzungen des ASTRA als Ausschlussgründe gelten.

- - - -

Raphael Schär: Wir werden heute gemäss Traktandenliste noch über die Velostadt Olten sprechen, und da finden wir, es gehört auch dazu, dass wir die Möglichkeiten, welche die Gesetzgebung erlauben, auch ausnutzen. Insofern sind wir von der abwartenden Haltung, die wir aus der Interpellation lesen können, enttäuscht. Best practice, wie sie es hier nennen, tönt eher à la man würde lieber gar nichts machen. Dabei kann auch die Stadt Olten aktiv werden und beim Kanton bei Kreuzungen, bei welchen die Voraussetzungen gegeben sind, einfordern, diese Signalisation einzuführen. Wie dies geht, sehen wir zum Beispiel in der Stadt Zürich, wo anfangs Jahr 81 Kreuzungen mit dieser Signalisation ausgestattet wurden und seither in Betrieb sind. Auch in der Stadt Olten gibt es eine Vielzahl an Kreuzungen, die möglich wären. Unser pragmatischer Vorschlag wäre deshalb, dass man sich einmal zwei einfache Beispiele sucht und dort einen Testbetrieb startet, um zu schauen, wie es funktioniert. Mögliche Beispiele wären von der Aarauerstrasse in den Wilerweg oder vom Amthausquai, vom Klosterplatz her auf die Bahnhofbrücke, einfach, um einmal zwei zu nennen. Der Vorstoss wurde ja bereits am 3. August des letzten Jahres beantwortet. Er wurde auch eingereicht, um zu schauen, ob man hinsichtlich dieser Möglichkeiten etwas im Kopf hat. Vielleicht gibt es ja von Seiten Stadtrat ein Update, was in diesem, nicht ganzen Jahr gelaufen ist, ob auf städtischem Gebiet neue Möglichkeiten aufgetaucht sind. Merci.

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Merci, Raphael Schär, für Deine markigen Worte. Vielleicht vorweg: Wir haben ja sogar drei Vorstösse, die wir behandeln. Nebst dem, dass wir eigentlich den Langsamverkehr im Zusammenhang mit der Ortsplanrevision von Seiten der Stadt forcieren wollen, ist auch noch die Querung der Baslerstrasse ein Thema, wo der Stadtrat durchaus Verständnis hat. Die meisten Mitglieder des Stadtrats fahren selber Velo und sind diesem Fahrzeug gegenüber sehr positiv eingestellt. Zur Interpellation der Grünen: Sie ist durchaus verständlich. Wir haben selbstverständlich nicht nur im August, sondern bis dato Abklärungen mit dem Kanton getroffen, stehen ständig mit dem Kanton in Kontakt, was Verkehrsführungen anbelangt. Diesbezüglich haben wir noch keine Neuheiten erfahren, was die Regelung anbelangt. Es ist tatsächlich so, dass andere Kantone etwas weiter sind und im Kanton Solothurn die entsprechenden Regelungen tatsächlich noch nicht in Kraft gesetzt sind. Wir sind regelmässig daran. Wir treffen uns auch regelmässig mit dem Tiefbauamt des Kantons Solothurn, und das ist jeweils auch ein Thema. Zum Problem, das wir mit good practice noch haben: Gerne machen wir dies auf städtischem Gebiet, vor allem auch auf Gemeindestrassen. Ich erinnere daran, dass wir insbesondere, und das war auch richtig, im Quartier sämtliche Einbahnstrassen geöffnet haben, zum Glück, dass wir aber natürlich bei den Kantonsstrassen nicht so auf good practice abstellen können und dort einfach auch die gesetzlichen Grundlagen abwarten müssen. Schlussendlich sind es auch noch Haftungsfragen. Aber ich kann Dir versichern, Raphael, und allen Velofahrern, dass wir, was das Anliegen des Rechtsabbiegens anbelangt, selbstverständlich drauf sind und bei bester und erster Gelegenheit, bei der wir dies können, auch zusammen mit dem Kanton, diese Öffnungen realisieren und auch signalisieren.

Heinz Eng: Ich als USA-Fan, ob mit oder ohne Trump, die meisten wissen jetzt, was kommt, wer je in den USA Auto gefahren ist, wenn man bei Rot nicht rechtsabbiegt, wird hinten gehupt usw. Das musste man halt auch lernen. Das ist in der Schweiz anders. Nachdem ich alles gelesen habe, glaube ich, dass hier etwas ein Krieg zwischen den privilegierten Velofahrern, ich sage gleich, weshalb, entbrennt. Übrigens muss ich den Stadtrat korrigieren. Es sind nicht nur die Velofahrer. Es wird hier auch von den Mofafahrern gesprochen, und ein E-Bike über 45 Stundenkilometer hat ein gelbes Kennzeichen und gehört zu den Mofafahrern. Diese fallen auch darunter. Wenn man die Studien, die gemacht wurden, anschaut, der Stadtrat hat es in seiner Antwort auch geschrieben, die Stadt Basel dreieinhalb Jahre. Das ist einfach birnenweich. Da kann man einen Viertklässler nach der Veloprüfung fragen, was das Problem ist, und er wird sagen, man muss den Verkehrsfluss entschlacken der vierrädrigen Automobile. Ein Mofafahrer und ein Velofahrer, ich fahre ja selber auch Velo, schlängelt sich irgendwo durch, ob es rot ist oder nicht. Ihr kennt ja die Disziplin der Velofahrerinnen und Velofahrer im modernen Strassenverkehr. Vorhin habe ich

Privilegierung gesagt. Ich muss schon auch sagen, dass mit den unsinnigen Absperrungen und Barrieren im Säliquartier ist natürlich hier bereits ein Riesenschritt hinsichtlich der Velostadt oder Mofastadt Olten, wie es der Stadtpräsident vorhin gesagt hat, gemacht worden. Die Barrieren sind genau so konzipiert, dass noch etwa ein Meter frei ist. Dort kann kein Auto durchfahren. Aber die Invasion der Velofahrer in die Quartierstrassen, Spielstrassen, die man ja will, ist gewährleistet. Summa summarum, wenn Ihr die Fragen und Antworten anschaut, kann ich zum Schluss kommen und mit einem Zitat von Goethe aus seinem Werk Faust sagen: «Da stehe ich nun, ich armer Tor und bin so gscheit wie allzuvor».

Raphael Schär: Doch, man ist eben schon gescheiter, um dieses Zitat noch zu kontern. Man weiss, dass eben genau nichts läuft. Es ist so, dass dies eine schweizweite Gesetzgebung ist. Soweit mir klar ist, braucht es hier keine kantonale Nachfolgeregelung, die Martin Wey angetönt hat. Da könnte man morgen den Langsamverkehrsbeauftragten des Kantons Solothurn anrufen. Klammerbemerkung: Er ist überhaupt nicht Fan dieser Lösung. Aber es ist ein Bundesgesetz. Man könnte sagen, an welchen Kreuzungen man dies gerne möchte. Man muss auf nichts warten. Wenn Ihr auf die Freigabe wartet, Ihr habt sie jetzt. Es ist möglich. Ihr könnt es machen. Deshalb bin ich gespannt, wann es losgehen wird. Heinz Eng, ja, klar gibt es die Invasion der Velofahrerinnen und Velofahrer. Wir wollen zur Velostadt werden. Wir wollen weniger motorisierten Verkehr in der Stadt haben. Sonst fährt er ja gar nirgends mehr herum. Also muss man alle Möglichkeiten ergreifen, um den Veloverkehr zu bevorzugen. Deshalb gibt es diese Barriere nicht für Velos, sondern sie können durchfahren, damit die Velofahrt das bequemste Verkehrsmittel in der Stadt ist. Da kann man auch noch rechts abbiegen. Das passt dazu.

Heinz Eng: Raphael, wir haben keine Differenzen. Ich sehe dies alles. Man muss einfach etwas sehen, auch von Eurer Seite. Wer finanziert das Ganze? Das sind vor allem die Autofahrer, Lastwagenfahrer und Motorradfahrer und sicher nicht der Veloverkehr, der die Strassen und die fantastischen Radwege und ich weiss nicht was alles finanziert.

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Merci, Raphael, für das Anstossen und das Nachstossen. Wir waren tatsächlich nicht untätig. Ich werde aber den Hinweis, den Du gemacht hast, selbstverständlich aufnehmen. Es ist eine schweizerische Gesetzgebung. Die Umsetzung ist offenbar kantonal. Aber ich nehme diesen Ball sehr gerne auf und werde mich ganz im Sinne der gestellten Fragen dafür einsetzen, dass dies rasch realisiert werden kann, aber eben gemäss den Vorgaben. Ich möchte nicht irgendwie in einen Versuchsbetrieb hineinlaufen, wo wir schlussendlich Haftungsfragen zu beantworten haben.

Parlamentspräsident Philippe Ruf: Raphael hat es angetönt. Er ist von der Interpellation teilweise befriedigt.

Mitteilung an:
Direktion Präsidium, Franco Giori
Ordnung und Sicherheit, Manuela Basso
Ordnung und Sicherheit, Lukas Müllegg
Stadtkanzlei, Andrea von Känel Briner

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 27. Mai 2021

Prot.-Nr.

Überparteiliches Postulat Tobias Oetiker und MU betr. Submissionsverfahren zum Aufbau und Betrieb eines Glasfasernetzes in der Stadt Olten/Beantwortung

Tobias Oetiker (Olten jetzt!) und Mitunterzeichnende haben zuhanden der Parlamentssitzung vom 27./28. Mai 2020 ein überparteiliches Postulat mit folgendem Wortlaut eingereicht:

«Der Stadtrat wird eingeladen, die Vorbereitung und Durchführung eines Submissionsverfahrens zum Aufbau und Betrieb eines offenen Glasfasernetzes für die Stadt Olten zu prüfen. In der Ausschreibung sollen Bedingungen festgelegt werden, die sicherstellen, dass das Netz eine zukunftssichere, schnelle und zuverlässige Internetanbindung aller Firmen und Privathaushalte zu konkurrenzfähigen Preisen bietet und auch für einen Investor zu einem wirtschaftlichen Erfolg werden kann.»

Begründung:

Vor gut einem Jahr hat sich die Firma Swiss4Net bei der Stadt gemeldet: Sie wären daran interessiert, in Olten zu investieren und auf eigene Kosten ein offenes Glasfasernetz (FTTH) zu bauen. Im Frühjahr wurde ein zweiter Investor mit demselben Ansinnen bei der Stadt vorstellig. Anfang Mai haben zudem Sunrise und Salt ein FTTH-Projekt angekündigt, bei dem in den nächsten Jahren 1.5 Millionen Haushalte erschlossen werden sollen. In Niederösterreich investieren private Kapitalgeber aktuell 300 Millionen in den Aufbau eines flächendeckenden Glasfasernetzes.

Es scheint, als ob nun Bewegung in den Markt kommt. Investoren sehen FTTH-Netze zunehmend als eine lohnende Investition, und Internetnutzer/innen realisieren – gerade im Zusammenhang mit der Corona-Home-Office-Erfahrung, wie wichtig ein schneller und zuverlässiger Internetzugang ist.

Es herrscht Konsens darüber, dass wegen der hohen Investitionskosten nur ein einziges Glasfasernetz in der Stadt kostendeckend betrieben werden kann. Wenn also die Stadt einem Investor eine Konzession erteilt, ist davon auszugehen, dass eine gewisse Exklusivität Teil der Vereinbarung sein wird.

Anstatt auf Anfragen von Investoren zu warten, ist es in dieser Situation sinnvoll, wenn die Stadt Olten aktiv wird und ein Submissionsverfahren auflegt. So entsteht eine Konkurrenzsituation zwischen den verschiedenen Investoren, die ein solches Netz bauen wollen. Die Stadt kann dann das beste Angebot auswählen.

Im Submissionsverfahren, kann die Stadt festlegen, welche Bedingungen ein Oltner Glasfasernetz erfüllen muss, damit das Netz für die Einwohner/innen und Betriebe der Stadt den bestmöglichen Nutzen bringt.

Um langfristig einen guten Internetzugang für die Nutzer/innen in Olten sicherzustellen, ist es wichtig, dass eine offene Punkt-zu-Punkt-Netzarchitektur gewählt wird. So können

verschiedene Internetanbieter in direkter Konkurrenz zueinander Internetzugänge für Endkunden bereitstellen.

Technische Stichworte zur Netzarchitektur: Punkt-zu-Punkt-Verteilnetz mit ein bis zwei zentralen Standorten für Provider-PoPs; Punkt-zu-Punkt-Dark-Fiber-Verbindungen auf Stadtgebiet für Firmenkunden; kein GPON-Netz, das durch seine physische Struktur eine Monopolisierung zementiert.

Die Swisscom hat in den letzten Jahren in Olten ein Glasfasernetz aufgebaut. Das Netz geht jedoch nicht in jedes Haus, sondern nur bis in die Strassen und ist von der Kapazität her nicht darauf ausgelegt, jede Wohneinheit direkt mit einem zentralen Ort zu verbinden. Vom Ende der Glasverbindung in der Strasse bis zur Wohnung sind weiterhin die leistungsbegrenzenden und störungsanfälligen Kupferkabel im Einsatz.

Eine ausgebaute Glasfaserinfrastruktur ist ein wichtiger Beitrag, um den verkehrsgünstigen Knotenpunkt Olten für Startups und weitere Firmen noch attraktiver zu machen.»

- - - -

Stadtrat Thomas Marbet beantwortet das Postulat im Namen des Stadtrates wie folgt:

Bereits in den Jahren 2018 und 2019 gingen politische Forderungen ein, welche die Umsetzung von einem Glasfasernetz in der Stadt Olten forderten. Im Gegensatz dazu wird im aktuellen Postulat nicht eine Investition der Stadt oder der städtischen Betriebe gefordert, sondern die Ausschreibung einer Konzession für Drittanbieter. Dies beschränkt das finanzielle Risiko der Stadt auf den Aufwand für die Ausschreibung, Vergabe- und Vertragsprozess und den anschliessenden Koordinationsbedarf für den Tiefbau und die städtischen Betriebe bei Erneuerungsprojekten.

Der Stadtrat begrüsst grundsätzlich die Verbesserung einer Infrastruktur aus welchem Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Olten einen Nutzen haben. Das Vorgehen mittels Ausschreibung der Konzession ermöglicht es, den Markt auf das Interesse der Anbieter zu überprüfen und falls das Angebot auf Resonanz stösst, eine Vergabe gemäss Submissionsgesetz vorzunehmen.

Wenn das Parlament dieses Postulat als erheblich erklärt, wird der Stadtrat im Budget 2021 Fr. 100'000.- für die Ausarbeitung der erforderlichen Submissionsgrundlagen und den Vergabe- und Vertragsprozess einstellen. Dieser Aufwand ergibt sich, da das erforderliche spezifische Knowhow von Spezialisten eingekauft werden muss, geht es doch um langfristige Verträge mit hohen Kostenfolgen.

Der Stadtrat beantragt in diesem Sinne, dass das Postulat erheblich erklärt wird.

- - - -

Tobias Oetiker: Ja eben, die Sache mit dem Glasfasernetz. Ihr habt vermutlich in den letzten zwölf Monaten alle Homeoffice-Erfahrungen gemacht und konntet auch erleben, wie wichtig es ist, dass das Internet zuverlässig funktioniert. Die Technologie, die uns erlaubt, dass es am Zuverlässigsten funktioniert, ist, wenn es ein Glasfasernetz gibt. In Olten ist dies bis jetzt nicht der Fall oder nur an wenigen Orten. Das ist die Vorbemerkung. Eine andere Entwicklung, die sich in den letzten Jahren immer mehr zeigt, ist, dass es schwierig ist, Geld zu investieren. Alle, die ein Postcheckkonto haben, haben wahrscheinlich in den letzten Tagen einen Brief erhalten und sind im Moment daran, sich zu überlegen, was sie tun. Ein Glasfasernetz ist so etwas wie Immobilien und gilt als sicheres Investment. Das ist unter dem

Boden. Ihm kann wenig passieren. Es geht auch nicht kaputt. All diese Randbedingungen haben dazu geführt, dass es unterdessen mindestens zwei Firmen gibt, die höchst interessiert sind, in Olten etwas zu machen. Sie wissen, dass ich dieses Postulat eingereicht habe. Deshalb erhalte ich nach jeder Parlamentssitzung E-Mails und Anrufe von Leuten, die wissen wollen, was denn jetzt passiert ist, weshalb es immer noch nicht behandelt wurde. Es gibt Möglichkeiten, dass in Olten jemand Dritter sozusagen ein Glasfasernetz baut und auch bezahlt. Das Problem ist, dass Olten als Stadt relativ wenig Know-how darüber hat, was wir überhaupt brauchen, was ist für uns gut, was uns als Stadt hilft. Welches Netz möchten wir aus Sicht der Stadt für unsere Bevölkerung? Sinn dieses Postulats ist es, dass die Stadt aktiv wird und sagt, wir möchten ein solches Netz und eine Ausschreibung macht, also aktiv sagt, kommt, macht uns Angebote, nicht wie ein Architekturwettbewerb. Es ist nicht so formal, aber auf eine Art ähnlich, dass man sagt, wir bieten an, nicht, dass wir etwas zahlen, aber die Möglichkeit in Olten, ein Glasfasernetz zu bauen. Dadurch, dass die Stadt eine Ausschreibung macht, baut die Stadt auch entsprechend das Know-how auf, um dann einen Anbieter wählen zu können, der für die Stadt etwas baut, das gut ist. Warum ist es mit dem Know-how so komplex? Es ist hochtechnologisch. Einfach ein kleines Beispiel: Im Moment hat es in Olten von der Swisscom ja schon Glas im Boden. Sie hat vor Jahren einmal ein solches Telefonmonopol von der PTT übernommen. Das haben sie dann verloren. Es hat eine Riesensache mit letzten Meilen und Zugänglichkeiten usw. gegeben. Was im Moment passiert, ist, dass die Swisscom versucht, auf Glasebene wieder etwas Ähnliches wie damals das Telefonmonopol einzuführen, das Glas so zu verlegen, dass es technisch nicht möglich ist, dies mehreren Anbietern zugänglich zu machen, wodurch sie dann in einer Situation wären, dass es, auch wenn das Parlament beschliesst, dass sie dies öffnen müssen, einfach halt leider technisch nicht geht. Im Moment ist eine Klage der WEKO am Laufen, die dies blockiert. Die Swisscom kann zurzeit nach diesem Plan nicht weiter ausbauen. All dies gesagt, ist es wichtig, dass die Stadt oder jemand bei der Stadt weiss, was hier alles auf dem Spiel steht, wie die verschiedenen Technologien funktionieren und was die Vor- und Nachteile sind. Der Sinn dieses Postulats ist, dass sich die Stadt dieses Know-how aneignet und entsprechend aktiv in solche Verhandlungen eintritt und nicht den erstbesten nimmt, der sagt, ich mache etwas, und man nachher merkt, dass zum Beispiel direkte Verbindungen zwischen mehreren Standorten einer Firma innerhalb der Stadt in dieser Lösung gar nicht vorgesehen sind. Das wäre doch etwas, das relativ wichtig ist, dass, wenn eine Firma mehrere Standorte hat, sie auch direkt mit Glasfaser verbunden werden können. Das ist alles, was ich zu sagen habe. Ich empfehle Euch dies gerne zur Annahme. Es ist auch mit dem zuständigen Stadtrat Thomas Marbet schon angesprochen, im Sinne, dass er sich freuen würde, wenn dies vom Parlament bewilligt oder erheblich erklärt würde, so, wie ich die Antwort des Stadtrates interpretiere.

Stadtrat Thomas Marbet: Die vergangenen zwölf Monate haben sicher gezeigt, wie wichtig eine Breitbandverbindung für die Infrastruktur ist, auch für die Arbeitswelt in der Schweiz. Viele von uns waren Stunden und Stunden an Videokonferenzen. In diesem Sinne wurde hier der Tatbeweis oder die Wichtigkeit hervorgehoben. Andererseits kann man im Umkehrschluss auch sagen, dass die bestehende Infrastruktur den Stresstest eigentlich mehr oder weniger aber auch bestanden hat. Was wir haben, ist nicht so schlecht, und es war eigentlich möglich, in der arbeitsteiligen Wirtschaft den Austausch über das Netz, das Kabel zu vollziehen. Es ist klar, dass eine leistungsfähige und hochverfügbare Datennetzerschliessung für Private, aber auch für Firmen sehr wichtig ist. Das betrifft Olten und natürlich auch die anderen Gemeinden und Städte in der Schweiz. Bei der Feinverteilung in Olten wie auch den anderen Städten gibt es natürlich verschiedene Möglichkeiten. Das wisst Ihr, und Du, Tobias, insbesondere. Glasfaser ist sicher die Technologie, die im Festanschluss das grösste Potenzial hat, obwohl einige Endbenutzerinnen und Endbenutzer heute sogar nur auf mobile Erschliessung setzen und gar keinen Festanschluss mehr haben, geschweige denn auch eine entsprechende Nummer, und sich über die Luft, die 5G-Technologie oder fortfolgende austauschen. Die aktuell grossen und wichtigen lokalen Anbieter im Festnetzbereich sind, es ist auch schon erwähnt worden, Swisscom und andererseits jetzt der Verbund UPC mit Sunrise, der auch auf eigenen, Kabelsträngen, nicht über die Rohre der sbo, und das ist vielleicht auch noch ein wichtiger Punkt, die Konzessionen von der Stadt erhalten und die Infrastruktur und

Erschliessung der Kunden auch sicherstellen. Vielleicht noch ein Wort zur Swisscom, nachher zu UPC: Die Swisscom hat durchaus eine ambitionierte Glasfaserstrategie. Ich habe mir dies auch einmal bei einem Austausch mit ihnen zeigen lassen. Auch mit der anderen Firma hatten wir natürlich diesen Austausch. Sie bringen mehr und mehr jetzt auch direkt Glasfasern in die Häuser, nicht nur in die Strasse oder ins Quartier. Sie wollen es auch mehr und mehr direkt zu den Kundinnen und Kunden bringen, und bei Neubauten ist es eigentlich schon fast Standard, dass man es einzieht, zum Block, zur Wohneinheit, in das Appartement. Gemäss ihren Aussagen, ich kann dies nicht überprüfen, wird die Swisscom bis 2025 die Erschliessung weitgehend sicherstellen können. Die Kupferleitungen sind ja das, was am Schluss hat, auf den letzten Meilen, der Flaschenhals. Vorher geht es schnell. Es ist glasig, nachher ist es aus Metall und langsam. Sie werden durch Glasfasern ersetzt. Vielleicht auch noch ein Wort zur UPC/Sunrise: Sie werden natürlich die Kupfernetze auch aufgeben, und sie investieren ja heute schon intensiv und kostenstark in die Glasfasernetze. Deshalb ist die Fusion, wo ein Partner über die Technologie, der andere über das Material verfügt, sicher auch zustande gekommen. Ohne die Infrastruktur im Boden geht es eben nicht. Ich kann Euch nachher noch einen Artikel zukommen lassen. In der vorletzten Sitzung im Januar wurde anhand von drei Beispielen die Versorgung in Olten und in der Schweiz aufgezeigt. Man kommt durchaus zum Ergebnis, dass die Versorgung in Olten nicht schlecht, nicht schlechter als im Rest der Schweiz ist. Vielleicht schlechter als in Zürich, aber sicher viel besser als in Mümliswil. 80 % der Kundinnen und Kunden in Olten haben eine Leistung von 200 Megabit pro Sekunde abonniert. Diese Leistung deckt eigentlich die Bedürfnisse von vielen Anwendungen gut ab, sei es Fernsehen oder Video. Dort wird ja vor allem die Bandbreite verbraucht. Services wie Mail, Browser haben nie die Intensität und belasten die Leitungen auch weniger. Das sieht man ja daran, dass, wenn man, wenn man jeweils das Bild ausschaltet so den Verkehr verbessern kann. Vor allem das Bild braucht die Leistung und nicht die Binärinformation, eine E-Mail, Whatsapp oder was auch immer. Das Postulat bestimmt einen Ausbau, der wahrscheinlich das Maximum wäre, was man in Olten für alle möglichen Dienste machen könnte. Das ist so. Als Kunde hätten wir ein Glasfasernetz zum zentralen Knotenpunkt in Olten. Das ist vielleicht wesentlich, und es wäre ein zusätzliches Netz zu den zwei, die wir heute haben. Einige Städte in der Schweiz haben solche Netze aufgebaut. Ich möchte einfach erwähnen, dass die Stadt Zürich hier 400 Millionen Franken Steuergelder aufgeworfen hat. Das möchten wir nicht. Der Stadtrat hat schon in einer frühen Phase gesagt, dass er weder öffentliche Gelder der Stadt noch der sbo dafür verwenden möchte. Wichtig scheint uns auch, dass die Netze natürlich dort gebaut werden müssen, wo keine Leerrohre vorhanden sind. Wo Leerrohre vorhanden sind, sind sie ja nicht einfach leer, damit sie nicht genutzt werden. Die Photovoltaik baut sich aus. Da gibt es Stränge und Ströme, die gelenkt und gesteuert werden müssen. Dafür sind die Leerrohre ja auch da. Es gibt aber in der Stadt Olten rund einen Drittel der Distanzen, wo nicht Leerrohre zur Verfügung stehen. Diese müssen eben gebaut werden. Diese Strassenzüge oder Quartiere müssen in diesem Sinn aufgerissen werden. Das ist eigentlich auch die Kostenfolge, über die wir reden. Die Millionen, die der Aufbau kostet, das sind Grabarbeiten, die der Investor tätigen und finanzieren muss. Diese Abklärung konnten wir exemplarisch ein Stück weit machen. In der sbo haben wir erste Strassenzüge untersucht, und das zeigt, dass wir doch noch relativ alten Bestand haben, angefangen in den 40er-Jahren mit den Freileitungen. Nachher gingen sie in den Boden. Nicht alle Leitungen sind bis zum Hausanschluss mit Leerrohren, wo man einfach ein zusätzliches Kabel einziehen kann, ausgerüstet. Der Investor wird hier erhebliche Kostenfolgen haben, und es ist dann immer die Frage, wer sie zahlt, auch bei der Feinerschliessung im Haushalt oder beim Block. Der Stadtrat empfiehlt Euch, das Postulat erheblich zu erklären, eigentlich auch im Sinne einer vertieften Nutzung. Sicher muss man auch abklären, wie viele Rohrkapazitäten zur Verfügung stehen, was die Abgeltung dafür ist. Ich denke nicht, dass die sbo sie gratis zur Verfügung stellen kann, wenn sie sie ohnehin für ihre eigenen Zwecke brauchen muss. Das braucht Zeit, und es braucht vor allem auch Investitionen in einen Abklärungsauftrag, den man mit der Verzögerung der Beantwortung wahrnehmen sollte. Es war ja im August 2020 angedacht. Im Budget 2021 ist nichts vorgesehen. Es müsste also mit dem heutigen Beschluss auf Erheblichkeit ins Budget 2022 aufgenommen werden. Danke vielmals.

Christian Ginsig, CVP/EVP/GLP-Fraktion: Olten ist ein zentraler Wohn- und vor allem auch Arbeitsort im Herzen der Schweiz, mindestens auch verkehrstechnisch. Die Büroräume sind in Olten für Firmen verhältnismässig günstig. Aber auch Private, vor allem jüngere Paare, die einen Wohnentscheid irgendwo im Raum Aargau, Aarau, Olten, Zofingen suchen, entscheiden sich heute leider, das gehört dazu, wegen der Frage, ob in der neuen Wohnung Glasfaser vorhanden ist, ja oder nein. Das ist heutzutage ein entscheidendes Kriterium. Die 5 G-Funkversorgungen, die immer wieder als möglichen Ersatz für Glasfaser vorgestellt werden, sind im urbanen Raum effektiv nicht leistungsfähig genug, um dies abzudecken. Zum Thema Swisscom, das vorhin angesprochen wurde, muss man sich schon bewusst sein, dass die Swisscom zwar von Glasfaser spricht, aber letztendlich ist es eigentlich nur das sogenannte Fiber to the street, ein Glasfasernetz bis zum Quartierverteiler. Von dort aus, es ist auch schon gesagt worden, wird es eigentlich nur über Kupferkabel übertragen. Das bedeutet, das hat auch der Motionär schon vorgestellt, dass es eine Monopolstellung der Swisscom ist. Sie behindert insofern auch einen gewissen freien Wettbewerb in der Anbieterwahl. Man kann zwar selbstverständlich einen anderen Anbieter wählen. Aber hinter den Kulissen diktiert dazu einfach die Swisscom auch entsprechend die Zugangsbedingungen. Das schlägt sich letztendlich für uns alle Oltnerinnen und Oltner in den Kosten nieder. Der Vorstoss von Olten jetzt! sichert aus unserer Sicht den freien Wettbewerb für Nutzende, ermöglicht kostengünstigere Angebote. Man kann flexibel nach Wunsch auch den Anbieter aussuchen, was teilweise deutlich günstiger sein kann, mit mehr Leistung, als man heute eigentlich von der Swisscom oder anderen Anbietern kennt. Das alles sind Vorteile einer freien Glasfaser direkt ins Haus. Man muss dies einfach auch kalkulatorisch sehen. Rechnet man dies auf die Mietkosten für fünf oder zehn Jahre aus, weil man in Olten wohnt, macht es auch einen erheblichen Beitrag im familiären Portemonnaie aus, was jede Familie auch entsprechend sparen kann. Corona ist erwähnt worden. Ich glaube, das ist klar, und in der Zukunft werden noch deutlich mehr Bandbreiten genutzt werden. Dementsprechend wird auch der Datenhunger immer grösser werden. Das ist der eine Punkt. Der andere Punkt ist, dass Städte in der Schweiz, die bereits Glasfaser umgesetzt haben, als Paradebeispiel sicher St. Gallen, des Lobes voll sind. Dort ist man bereits einen Schritt weiter. Man hat öffentliche Plätze mit WLAN versorgt, mit Datenversorgung, und entsprechend entspricht auch die Nutzung einem heutigen urbanen Interesse der Bevölkerung. Die CVP/EVP/GLP sagt aus diesem Grunde ja zu einem notwendigen Kredit der rund Fr. 100'000.— für entsprechende Abklärungen. Aus unserer Sicht sind es klar langfristig gut investierte Mittel in eine moderne, gute und zeitgemässe Infrastruktur. Merci.

Raphael Schär, Fraktion Grüne: Eine zeitgemässe Infrastruktur gehört zu einer modernen und attraktiven Stadt, und ein Glasfasernetz gehört zu einer solchen zeitgemässen Infrastruktur. Es ist einerseits für moderne Firmen spannend und wahrscheinlich entscheidender als der Steuerfuss und andererseits auch für die Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt, die zum Beispiel im Homeoffice sind, eine deutliche Verbesserung. Die Stadt der cleveren Pendlerinnen und Pendler ist, wenn man den Zug nach Zürich angeschaut hat oder auch jetzt noch anschaut, definitiv immer noch zu grossen Teilen zu Hause am Arbeiten. Das wird sich auch nach der ganzen Corona-Situation nicht signifikant verändern oder sicher so, dass mehr Leute zu Hause sind. Deshalb sehen wir dies als interessante Lösung. Vielleicht noch ein Beispiel aus Unternehmenssicht: Bei uns in der Firma haben wir gerade ein paar Monate vor dem Lockdown auf Glasfaser umgestellt. Ohne diese Umstellung wäre die Arbeit via VPN in der Zeit, in der man zu Hause arbeiten musste, zu einer Zumutung geworden. Dank dieser stabilen Verbindung, die wir aber über Glasfaser und vor allem der hohen Datenmenge hatten, konnten wir von zu Hause aus weiterarbeiten und unsere Dienstleistungen vollumfänglich anbieten. Ihr hört es heraus. Wir unterstützen als grüne Fraktion das Postulat als zukunftsweisende Investition in unsere Infrastruktur. Danke.

Ursula Rüegg: Ich muss wieder Spielverderber spielen. Die Fraktion SVP lehnt die Erheblichkeitserklärung des Postulats ab. Wir finden die Idee zwar gut, wären aber dafür, jetzt wirklich die Prioritäten auf die wichtigen Ausgaben, die unmittelbar vor uns stehen, zu setzen. Gratis wird nämlich diese Lösung auch nicht. Das haben wir in der Antwort des Stadtrates gesehen. Noch eine persönliche Bemerkung: Wir reden hier von Glasfasernetz. Wir haben vor dem Haus noch die Telefonstange. Ich muss ganz ehrlich sagen, dass mich

diese um einiges mehr beeindruckt, weil sie genau alles, was wir wollen, auch durch diesen Schlauch. Fragt mich nicht wie. Wir arbeiten auch im Homeoffice, und es hat immer funktioniert. Aber dies nur als persönliche Bemerkung.

Dr. Rudolf Moor, Fraktion Junge SP/SP: Wir sind der Meinung, dass ein leistungsfähiges Netzwerk für alle Haushalte, das offen zugänglich ist, heute eine notwendige Infrastruktur ist für eine Stadt, die attraktiv sein will. Das ist schon ein paar Mal gesagt worden. Das sehen wir auch genauso. Wir setzen uns immer dafür ein, dass die richtigen Infrastrukturen im Besitz der öffentlichen Hand sind oder wenigstens durch die öffentliche Hand kontrolliert werden können. Nur so ist es möglich, dass für alle ein so wichtiger Service public, wie ein Netzwerk heute ist, gewährleistet werden kann und nicht das Gewinnstreben im Vordergrund steht, sondern die Leistung und das Angebot. Für die SP/Junge SP ist das im Postulat geforderte Vorgehen ein akzeptabler und zielführender Weg. Wichtig ist, dass man bei der Submission einen offenen Zugang, eine sehr gute technische Verfügbarkeit und die ökologischen Aspekte wie Energieverbrauch, Baumethoden höher gewichtet als einen allenfalls kleinen angemessenen Kostenbeitrag der Stadt. Am Anfang war in der Fraktion das Bedürfnis nicht ganz unbestritten. Wie schon ein paar Mal gesagt, hat aber das letzte Jahr, in dem die meisten von uns auch im Homeoffice gearbeitet haben, andere Möglichkeiten aufgezeigt, nämlich vor allem diejenigen, dass das Arbeiten von zu Hause aus auch ein Beitrag zum CO2-Zero-Ziel leisten kann, indem es nämlich deutlich weniger Pendlerfahrten gibt, wenn man zu Hause arbeitet. Da ist dies eine wichtige und gute Voraussetzung. Die Fraktion SP/Junge SP ist einstimmig für Erheblicherklärung. Zum Schluss muss ich aber Tobias Oetiker schon noch in einem Detail widersprechen. Er hat gesagt, ein solches Glasfasernetz sei eine gute Infrastruktur im Boden, wo sicher nichts passiert. Das zeigt einfach, dass Tobias noch nie einen Wurzelstock ausgebaggert hat, von dem sich Ableger irgendwie in eine Netzleitung verfangen und dann gleich noch das Netz mit dem Wurzelstock ausgerupft haben. Das ist eine Erfahrung, die das Urteil, das Du hier gefällt hast, ein wenig in Frage stellt.

Urs Knapp, FDP-Fraktion: Es ist unbestritten, dass eine gute Infrastruktur in der Stadt Olten wichtig ist. Ich habe mich hier ein wenig kundig gemacht. Wir haben zwei Anbieter, die in der Stadt Olten Glasfasernetze anbieten. Thomas Marbet hat vorhin gesagt, die Grenze von 200 Megabytes sei, was nachgefragt wird. Nach der Statistik, die mir vorliegt, versorgt allein die Swisscom in Olten 12'000 Häuser in Olten. Da gibt es nicht viel mehr. Jeder, der in einem solchen Haus wohnt, kann sagen, ich möchte an das Glasfasernetz angeschlossen werden. Bei UPC und Sunrise habe ich die Zahlen nicht. Aber ich nehme an, das werden ähnliche Sachen sein. Wenn Tobias jetzt sagt, nein, wenn noch ein Dritter kommt, sie stehen bei ihm im Büro Schlage, und sie wollen es gleich machen und es darf nichts kosten, haben wir selbstverständlich nichts dagegen. Wir möchte nicht, und da begrüßen wir das Votum von Thomas Marbet sehr, dass die Stadt oder die sbo investiert. Das war einmal eine erste Idee von Tobias, dass die sbo so etwas baut. Wenn die Stadt abklären will, ob jetzt in Olten vier oder fünf Anbieter kommen und dies machen und damit Geld verdienen wollen, weil sie dies als private Firma wollen, haben wir nichts dagegen. Von daher werden wir das Postulat auch unterstützen. Was wir sicher nicht unterstützen werden, und das kann ich jetzt schon sagen, dass man im Budget 2022 Fr. 100'000.— dafür einsetzt. Da möchte ich den Stadtrat bitte, zum Beispiel nach Reinach zu gehen. Er findet dies sogar im Netz- Sie haben 2019 genau diese Submission gemacht. Man kann dies herunterladen. Vielleicht müsste man wegen des Urheberrechts sagen, wir bezahlen ihm noch einen halben Kaffee. Da kommt man vielleicht auf Fr. 1'000.—. Dann ist es ja auch zu viel. Es gibt andere Städte, Walenstadt, die genau solche Submissionsverfahren gemacht haben. Wenn man in Olten wirklich die Ansicht hat, mit zwei Netzen, die man hat, jetzt wollen wir etwas Neues erfinden, dass die Leute, die bei Tobias Schlange stehen, es soll Fr. 100'000.— kosten. Das kann nicht sein.

Markus Wyss: Ich werde auch zustimmen. Aber ich habe noch eine kurze Anmerkung. Ich weiss, dass die Swisscom in fünf Mehrfamilienhäusern in Olten im Februar bereits Glas bis in die Wohnung gezogen hat. Das lag nachher brach. Heute habe ich aktuell geschaut. Dort ist beim Stand dieser Liegenschaft im Internet eingetragen, dass die Glasfaseranschlüsse in der zweiten Woche Juni in Betrieb gehen. Bis in die Wohnung mit zehn Mega down- und

upload. Ich würde einfach beliebt machen, dass man mit der Swisscom noch klärt, wie der Stand genau ist, bevor man eine grosse Ausschreibung macht und das Geld ausgibt.

Tobias Oetiker: Markus, Du musst diese Abklärung nicht machen. Ich kann Dir sagen, wie es funktioniert. Die Swisscom hat das Fiber to the street.-Netz in Olten gebaut. Man kann bei ihr als Hausbesitzer für Geld sein Haus anschliessen lassen. Wir haben bei der Swisscom angefragt. Ich persönlich möchte natürlich auch gerne Glasfaser haben. Das kostet Fr. 10'000.—. Aber die Swisscom baut im Moment nicht, weil die WEKO ihnen gesagt hat, dass es nicht geht. Was sie bauen, ist nicht eine Point-to-Point-Verbindung, sondern eine Point-to-Multipoint-Verbindung, die ausschliesst, dass Drittanbieter auf das Netz gehen können, ausser sie buchen via Swisscom Bandbreite. Aber sie bauen eben nicht ein Point-to-Point-Netz, was der Wettbewerb ausschliesst. Sie sind daran und zwar im Moment sehr motiviert, möglichst Fakten zu schaffen, bevor andere Anbieter Gelegenheit haben, alternative Netze zu bauen. Das ist es, was im Moment in Olten passiert. Aber zurzeit kann man keine neuen Verbindungen schalten oder bauen lassen, weil die WEKO dies blockiert hat, da ein Monopol im Aufbau ist.

Beschluss

Mit 33 : 5 Stimmen wird das Postulat erheblich erklärt.

Mitteilung an:
Direktion Bau, Kurt Schneider
Direktion Bau; Urs Kissling
Direktion Bau, René Wernli
Direktion Bau, Markus Lack
Stadtkanzlei, Andrea von Känel Briner

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 27. Mai 2021

Prot.-Nr. 67

Postulat Luc Nünlist (SP/JSP) und Mitunterzeichnende betr. Kollektives Gedächtnis Stadt Olten/Beantwortung

Am 25. Juni 2020 haben Luc Nünlist (SP/JSP) und Mitunterzeichnende folgenden Vorstoss eingereicht:

«Der Stadtrat wird ersucht zu prüfen, ob die Ressourcen für die Pflege und Archivierung der Sammlungen im historischen Museum und im Stadtarchiv ausreichend sind und das kollektive Gedächtnis der Stadt den Ansprüchen der Geschichtswissenschaft genügen und mit welchen Massnahmen der Erhalt der wichtigen Dokumente dauernd gesichert werden kann.

Begründung:

Die Pflege einer historischen Sammlung und Aufarbeitung von Firmen-, Privat-, Gemeinde- und Vereinsarchiven, der Urkundenbücher und die Katalogisierung des gesamten historischen Bestandes ist für die Geschichtswissenschaften von eminenter Bedeutung. Ohne eine entsprechend gepflegte Sammlung ist es für Historiker*innen nicht möglich, sich mit der Oltner Geschichte wissenschaftlich auseinanderzusetzen. Ferner ist Genealogie und Familiengeschichte auch ein Bedürfnis der breiten Öffentlichkeit.

Im Verwaltungsbericht der Stadt Olten wurde klar ausgewiesen (s. 177ff), dass die Dotierung im Archiv sehr tief angesetzt ist. Ebenso hat die historische Sammlung des Museums einen riesigen Bestand und Nachholbedarf in der Katalogisierung der Objekte. Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, welche personellen Ressourcen in den beiden Institutionen notwendig wären, um die Pflege und Aufarbeiten gebührend vorzunehmen.»

- - - -

Stadtpräsident Martin Wey beantwortet den Vorstoss im Namen des Stadtrates wie folgt:

Die Direktion Präsidium hat die Gelegenheit genutzt, bereits bestehende Abklärungsergebnisse zu den beiden getrennten Institutionen Stadtarchiv und Historisches Museum aufzuarbeiten und zusammenzufassen:

A. Stadtarchiv:

Bei der Frage, inwiefern Gedächtnislücken drohen bzw. inwiefern die Kapazitäten des Stadtarchivs für die langfristige Erhaltung des historischen Gedächtnisses ausreichen, sind zwei Problembereiche zu unterscheiden:

1. Archiv der Stadt Olten

Hier handelt es sich um das Gemeindearchiv der Stadt Olten, zu dessen Führung sie von Gesetzes wegen verpflichtet ist (§ 131 Gemeindegesetz, GG). Die vorhandenen Ressourcen des Stadtarchivs werden deshalb prioritär in diesem Bereich eingesetzt. Die Bestände des Gemeindearchivs sind vollständig erschlossen und im Archivinformationssystem recherchierbar. Ältere Ablieferungen in der Abteilung Gemeindearchive wurden noch nicht gemäss den aktuellen Standards für die langfristige Archivierung physisch aufbereitet. Das Verpackungsmaterial (Archivschachteln und Dossierhüllen) ist nicht alterungsbeständig und muss ersetzt werden. Die nötigen konservatorischen Arbeiten werden laufend vorgenommen und die Standortdaten im Archivinformationssystem aktualisiert. Diese Arbeiten werden vom mit einem 40%-Pensum ausgerüsteten Stadtarchivar im laufenden Betrieb des Stadtarchivs ausgeführt. Mit dem konsequenten Ersatz aller nicht archivtauglichen Materialien durch alterungsbeständige Verpackungen kann der Erhalt des Gemeindearchivs langfristig sichergestellt werden. Weil diese Arbeiten nicht dringend sind, werden sie neben dem laufenden Betrieb ausgeführt. Mit den vorhandenen Kapazitäten sollten diese konservatorischen Arbeiten bis in fünf Jahren beendet werden können.

In der Abteilung Gemeindearchiv besteht kein dringender Handlungsbedarf und es gibt keine Gefahr von «Gedächtnislücken».

2. Sammlungsbestände: Privatarchive, Vereinsarchive, Firmenarchive

Neben dem primären gesetzlichen Auftrag zur Führung des Gemeindearchivs hat das Stadtarchiv auch den Auftrag, sich für die Sammlung und Erhaltung von Archiven und Nachlässen mit einem Bezug zur Geschichte der Stadt Olten einzusetzen (Art. 3 Abs. 3 Reglement über Records Management und Archivierung). Mit der Erfüllung dieses Auftrags leistet das Stadtarchiv einen erheblichen Beitrag zur Bewahrung des historischen Gedächtnisses der Stadt Olten. In den Beständen des Stadtarchivs befinden sich gegenwärtig 189 Privatarchive, 147 Vereinsarchive und 44 Firmenarchive. Der Erschliessungsgrad und der Erhaltungszustand dieser Archive sind sehr unterschiedlich. Teilweise wurden in der Vergangenheit Bestände übernommen und archiviert, ohne sie konservatorisch aufzubereiten. In diesem Bereich gibt es auch Ablieferungen, die noch nicht in die Bestände des Stadtarchivs integriert und erschlossen worden sind.

Neue Ablieferungen von Privat- und Vereinsarchiven werden soweit möglich durch die Einlieferer selber bearbeitet. Bei Nachlässen verstorbener Personen und bei aufgelösten Vereinen kann diese Regel aber nicht durchgesetzt werden. Diese Ablieferungen werden von Praktikanten bearbeitet. Da seit 2017 kein Praktikant mehr angestellt werden konnte, entstand in diesem Bereich ein Bearbeitungsrückstand. Die Bearbeitung neuer Ablieferungen von Firmenarchiven wird durch das Projekt Firmenarchive des Historischen Vereins in Auftrag gegeben und finanziert.

Privatarchive:

- Erschliessung: 25 Bestände sind im Archivinformationssystem erfasst, aber noch nicht auf Stufe Dossier erschlossen.
- Konservierung: bereits archivierte Unterlagen im Umfang von ca. 17 Lfm müssen konservatorisch nachbearbeitet werden.
- Unbearbeitete Ablieferungen: Umfang ca. 12 Lfm. Davon werden ca. 4 Lfm durch die Einlieferer selber bearbeitet.

Vereinsarchive:

- Erschliessung: 21 Bestände sind im Archivinformationssystem erfasst, aber noch nicht auf Stufe Dossier erschlossen.
- Konservierung: bereits archivierte Unterlagen im Umfang von ca. 19 Lfm müssen konservatorisch nachbearbeitet werden.

- Unbearbeitete Ablieferungen: Umfang ca. 22 Lfm. Davon werden ca. 8 Lfm durch die Einlieferer selber bearbeitet.

Firmenarchive:

- Erschliessung: 13 Bestände sind im Archivinformationssystem erfasst, die Dossierverzeichnisse sind aber in Form von besonderen Dateien vorhanden, die im Archivinformationssystem verlinkt sind.
- Konservierung: Bereits archivierte Unterlagen im Umfang von ca. 40 Lfm müssen konservatorisch nachbearbeitet werden. Davon werden gegenwärtig 17 Lfm bearbeitet (finanziert durch Projekt Firmenarchive).
- Unbearbeitete Ablieferungen: Zwei umfangreiche Ablieferungen (Von Roll und Metallwerke Dornach) sind im Stadtarchiv eingelagert. Deren Bearbeitung im Auftrag des Kantons Solothurn bzw. des Projekts Firmenarchive ist geplant. Eine Ablieferung im Umfang von ca. 3 Lfm ist durch das Stadtarchiv zu bearbeiten.

In erster Priorität soll die Erschliessung und Aufbereitung der unbearbeiteten Ablieferungen von Privat-, Vereins- und Firmenarchiven im Umfang von 25 Lfm in Angriff genommen werden.

geschätzter Arbeitsaufwand: 250 Stunden

In zweiter Priorität soll die konservatorische Nachbearbeitung bereits archivierter Unterlagen von Privat-, Vereins- und Firmenarchiven im Umfang von 59 Lfm in Angriff genommen werden. Dazu gehört auch die Nacherschliessung von 46 Beständen.

geschätzter Arbeitsaufwand Nachbearbeitung: 450 Stunden
geschätzter Arbeitsaufwand Erschliessung: 350 Stunden

Bis 2017 wurden die Arbeiten mit Hilfe von Praktikanten ausgeführt. Der Umfang der Pendenzen im Bereich der Privat-, Vereins- und Firmenarchive konnte so ungefähr konstant gehalten werden. Da seither keine Praktikumseinsätze stattfanden, nahm der Bearbeitungsrückstand markant zu. Der gesamte Aufwand von 1050 Stunden übersteigt die Möglichkeiten eines Praktikumseinsatzes. Ein Teil der Arbeiten kann nur durch qualifiziertes Personal ausgeführt werden.

Bei den Sammlungsbeständen besteht folgender Handlungsbedarf:

Kurzfristig: Bearbeitung der pendenten Ablieferungen, da diese Unterlagen sonst weder erschlossen noch konservatorisch bearbeitet sind. Werden diese Arbeiten nicht ausgeführt, sind diese Bestände für das historische Gedächtnis verloren.

Mittelfristig: konservatorische Nachbearbeitung und Nacherschliessung bereits archivierter Unterlagen. Werden diese Arbeiten nicht ausgeführt, sind diese Bestände für die Konsultation nicht «sichtbar» und ihre langfristige Erhaltung ist in Frage gestellt. Sie sind dann auch für das historische Gedächtnis verloren.

B. Historisches Museum:

Umfang der Sammlung (Schätzung)

Der geschätzte Umfang der Sammlung beläuft sich auf etwa 80'000 Objekte nebst rund 1 Mio. Einheiten in der Fotosammlung. Es handelt sich teilweise um Konvolute von überregionaler, bei einigen sogar von nationaler Bedeutung.

Personalbestand des HMO im Bereich Sammlungspflege

Museumsleitung: 70% (20 max. 30% für Erhalt der Sammlung/Durchsicht der Dokumentation)

Sammlungsverantwortliche: 50%

Mitarbeitende für Hilfsarbeiten in Sammlung: 60% (1 x 40% - 1 x 20%)

Einsätze durch (studentische) Hilfskräfte/Zivildienstleistende: ca.10-20% (aufs Jahr verteilt)

Kein/e Restaurator/innen im Haus

Kein/e administrative/r Mitarbeiter/in für HMO

Kein/e Fotograf/in im Haus

Pflege des kulturhistorischen Gedächtnisses

Neueingänge

Das HMO verzichtet aus Kapazitätsgründen darauf, aktiv nach interessanten Schenkungen/Nachlässen zu suchen. Nur in Ausnahmefällen (z. Bsp. Nachlass Lilian Uchtenhagen-Brunner) wird Kontakt mit den Angehörigen aufgenommen.

Die aktive Suche nach kulturgeschichtlich relevanten Objekten in Auktionskatalogen, Brockenstuben, auf Flohmärkten, online-Portalen etc. wird, ebenfalls wegen mangelnder Kapazitäten, nur unsystematisch betrieben.

Das HMO versucht Besucher/innen wie Bevölkerung deshalb mittels Geschichtswerkstatt und Vermittlungsaktivitäten für den Wert und Erhalt von Kulturgut zu sensibilisieren, damit materielle Hinterlassenschaften dem Museum als Schenkungen angeboten werden, bevor diese vernichtet werden.

Im Moment erhält das HMO viele Anfragen für Schenkungen, da die Haushalte der Zwischenkriegsgeneration aufgelöst werden. Die Beurteilung dieser potentiellen Neueingänge nimmt viel Zeit in Anspruch, ebenso ihre allfällige Registrierung.

Sammlungspflege – Pflege des bestehenden Kulturguts

In den Jahren 2010-2019 wurden verschiedene Teilsammlungen (Textilien, Fahnen, Waffen, Zinn, Ethnographie, Möbel, Orden/Ehrenzeichen, Teil der Keramiksammlung etc.) inventarisiert und teilweise fotografisch dokumentiert. Für einen Abschluss dieser Arbeiten sind in der Regel eine Durchsicht durch Fachleute sowie die Integration der Informationen der entsprechenden Dokumentation notwendig.

Durch die teilweise sehr unübersichtliche Ablage der Dokumente (Schenkungsverträge, Einganglisten etc.) wird diese Aufgabe erschwert. Denn viele Objekte sind nur rudimentär registriert. Allein in einem der fünf Sammlungsdepots lagern auf ca. 260 Laufmetern Behältnisse, deren Inhalt nur sehr summarisch durchgesehen wurde. Überschlagsmässig sind 70 bis 80% der Bestände in den Depots nicht nach den geltenden Standards dokumentiert.

Trotz dieser schwierigen Ausgangslage versucht das HMO-Team, diese Altbestände nach und nach zu bearbeiten. Vor allem um für die auch materiell wertvollen Teilsammlungen (Bürgerbecher, Trachtenschmuck) realistische Versicherungswerte zu ermitteln, werden diese im Mandatsverhältnis durch Spezialist/innen bearbeitet und eine Schätzung ihres Werts vorgenommen.

Status quo und Risiken

Der jetzige Personalbestand und die geringen Pensen bergen folgende Risiken für das kulturhistorische Gedächtnis:

> Bearbeitung, Erfassung und Dokumentation der Neueingänge sowie der noch nicht gesichteten/inventarisierten Bestände („Altlasten“) kommen nur langsam voran

> die für die Begutachtung von möglichen Schenkungen aufgewendete Zeit steht für Arbeiten in anderen Bereichen nicht mehr zur Verfügung

> die Bearbeitung der „Altlasten“ in der Sammlung und die Neuordnung der Dokumentation kann nur am Rande erfolgen, was wiederum den Abschluss der Inventarisierungsprojekte verzögert

Schäden an den Objekten können aus folgenden Gründen nicht ausgeschlossen werden:

> weil die Sichtung der noch nicht erfassten Bestände nur sehr langsam voranschreitet und allenfalls prekäre Erhaltungszustände nicht oder zu spät entdeckt werden

> weil aufgrund fehlender Ressourcen das Bereitstellen von Kulturgut für eine Durchsicht durch Fachpersonal im Bereich Restaurierung nicht zeitnah erfolgen kann

> weil fehlende Ressourcen eine rasche Optimierung der Situation in den jeweiligen Depots verunmöglichen

Personalbedarf

Gemessen an den vielen Arbeitsfeldern und für die Bewältigung der genannten „Altlasten“ ist das HMO personell im Bereich der Sammlungsbetreuung eindeutig unterdotiert. Folgende personelle Aufstockung wäre wünschenswert:

50-60% Stelle (wissenschaftliche/r Mitarbeiter/in) zur Bearbeitung der Fotosammlung

3-4 Hilfskräfte mit Pensen im Umfang von je 40-60%

(werden in Handhabung von Kulturgut speziell geschult, gehen Sammlungsverantwortlicher und wiss. Mitarbeiter/in Fotosammlung zur Hand)

Zusammenarbeit mit Freiwilligen (Pensen: 20-40%) für einfache Umlagerungs- und Reinigungsarbeiten.

1-2 Praktikumsstellen für Student/innen aus historischen/kulturhistorischen Fachrichtungen evtl. Restaurierung

1 Praktikumsstelle f. angehende wissenschaftliche Bibliothekare (1 Jahr – Pensum max. 50%)

Aufstockung des Pensums der Sammlungsverantwortlichen (60-70%).

Weitere Ressourcen

Der zeitliche Aufwand für die Aufarbeitung der Sammlung und Dokumentation sowie für die Optimierung der Depotsituation ist momentan schwierig abzuschätzen.

Die Leitung wird sich zwar ab 2021 bemühen, weitere finanzielle Mittel zu generieren (Sponsoring etc.), doch ist dies als städtische Institution und für die Betreuung der Sammlung erfahrungsgemäss nicht ganz einfach.

C. Fazit

Die obenstehende Zusammenstellung zeigt, dass zurzeit bei der Stadtverwaltung Olten nicht genügend personelle und finanzielle Ressourcen vorhanden sind, um die Bestände des Stadtarchivs und des Historischen Museums innert absehbarer Frist aufzuarbeiten. Dabei präsentiert sich die Situation unterschiedlich: Beim Stadtarchiv besteht – im Unterschied zu vielen anderen, insbesondere auch kleineren Gemeinden – kein dringender Handlungsbedarf im Bereich Gemeindearchiv, Nachholbedarf jedoch im Bereich der unbearbeiteten Ablieferungen von Privat-, Vereins- und Firmenarchiven, die erschlossen und aufbereitet werden müssten. Gravierender sieht die Situation bei der Sammlungspflege des Historischen Museums aus, wo derzeit rund 70 bis 80% der – u.a. aufgrund starker Sammlungstätigkeit mit geringerer Dokumentierung in früheren Jahren – umfangreichen Bestände in den Depots nicht nach den geltenden Standards dokumentiert sind und laufend Neueingänge hinzukommen. Auch hier besteht aber in Olten keine ausgesprochene

Ausnahmesituation, sondern kämpfen viele Institutionen mit der Herausforderung zu geringer Ressourcen.

Dem aufgezeigten Bedarf steht die finanzielle Situation der Stadt Olten gegenüber, welche sich in den nächsten Jahren aufgrund übergeordneter Entscheidungen – insbesondere betreffend Steuerentlastung für juristische und natürliche Personen – noch verschlechtern dürfte. Daher hat der Stadtrat für die Personalkostenplanung im Budget 2021 und im Finanz- und Investitionsplan 2021-2027 den Stellenetat des Budgets 2020 als Grundlage angenommen.

Aufgrund der bereits vorliegenden Abklärungsergebnisse empfiehlt der Stadtrat dem Gemeindeparlament, das Postulat nicht erheblich zu erklären.

- - - -

Luc Nünlist: Ich habe auch ein ausgeprägtes Gedächtnis gebraucht, um noch an einem Votum zu erarbeiten, eines, das ich namentlich dreimal verfasst habe. An dieser Stelle möchte ich eigentlich vor allem fast nur noch danken. Ich danke in erster Linie den Personen, die in unermüdlicher Arbeit die historischen Sammlungen in Olten pflegen und in meiner Meinung massiv unterdotierter Arbeit sie trotzdem mit Leidenschaft ausführen. Ich danke den gleichen Personen auch, dass sie nebst ihren kleinen Pensen die Zeit aufgebracht haben, um die Informationen zu sammeln, die für dieses Postulat notwendig waren. Die gesammelten Informationen sprechen eigentlich für mich eine deutliche Sprache, eine, die ich im November bei einem Budgetantrag zu übersetzen versucht habe. Ich danke auch für die Unterstützung, die damals im Rat vorhanden war. Die Aufstockung des Budgets hätte eigentlich nicht knapper abgelehnt werden können. Es war der Stichtscheid des Präsidenten. Das Stadtarchiv hat einen gesetzlichen Auftrag. Diesen respektiert es auch. Das ist die Pflege der Unterlagensammlungen und den gesetzlich vorgeschriebenen Archivalien. Im Moment reichen die Ressourcen aus, um diesem Auftrag gerade so zu entsprechen. Aber für alles, was darüber hinausgeht, die Katalogisierung und die Pflege der Vereins- und Privatarhive, reicht es nicht. Das wäre eigentlich auch genau der Punkt, den wir bräuchten, um der Wissenschaft die folgenden Sammlungen zugänglich zu machen. Dafür reicht es aber nicht. Kleine Analogie: Wir haben alle einen Briefkasten zu Hause. Er füllt sich. Wöchentlich kommen dort drei, vier Rechnungen hinein. Vielleicht haben wir noch zwei bis drei Zeitungsabos. Wenn dies für den gesetzlichen Auftrag reicht, kann man die Rechnungen herausnehmen, sie gelegentlich wieder zahlen. Aber dafür, dass man sich einmal den Zeitungen widmen würde, reicht halt die Zeit nicht. Ich danke an dieser Stelle auch allen Hobbyhistorikerinnen und –historikern, die in ehrenamtlicher Arbeit das kollektive Gedächtnis weiterhin pflegen, sei es mit gescannten Postkarten auf Facebook oder mit einem Kalenderdruck von historischen Fotografien. Das ist der populär wissenschaftliche Aspekt hinter diesem Ganzen, der natürlich auch nicht zu verachten ist. Ich danke auch dem Stadtrat für die Beantwortung und bedauere lediglich, dass er nicht zum gleichen Schluss kommt, nämlich, dass einer professionellen wissenschaftlichen Aufarbeitung der eigenen Geschichte auch gebührende Ressourcen beigemessen bräuchte. An dieser Stelle vielleicht noch eine kurze Erklärung, weshalb ich in dieser Angelegenheit eine gewisse persönliche Enttäuschung hege. Bei meiner Geschichtsmaturprüfung war der anwesende Experte der amtierende Stadtpräsident Dr. Martin Wey, und ich hätte mir natürlich erhofft, dass er etwas mehr geschichtswissenschaftliches Musikgehör an den Tag legen würde. Merci für die Aufmerksamkeit und schönen Abend.

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Danke vielmals, Luc. Ich wusste nicht mehr, dass ich der Experte war. Aber offenbar hast Du bestanden, und das ist auch richtig. Ich möchte auch Dir herzlich danken, dass Du diese Fragen gestellt hast. Wir haben uns auch Mühe gegeben. Ich möchte hier namentlich unseren Stadtschreiber erwähnen, der zusammen mit den Kulturverantwortlichen, vor allem mit den Personen, die sich mit dem Archiv beschäftigen, aufgearbeitet hat. Es zeigt auch in der Antwort, die ausführlich ist, welche Arbeit hier

geleistet wurde, wo natürlich auch noch Potenzial vorhanden ist. Der Stadtrat hat am Schluss eine Abwägung gemacht, was möglich ist und was nicht und kommt zum Schluss, dass die Ressourcen halt im Moment noch anders gebündelt werden müssen. Ich habe diesen ausführlichen Antworten des Stadtrates nichts mehr beizufügen und würde allenfalls noch weitere Fragen beantworten.

Beat Bachmann, CVP/EVP/GLP-Fraktion: Besten Dank für die ausführliche Antwort des Stadtrates. Sie zeigt ja bereits auf, wie viel Bedarf vorliegt, um die verschiedenen Archivbestände aufzuarbeiten und zu aktualisieren. Es zeigt eben auf, dass es vor allem beim Historischen Museum nötig wäre, mehr Mittel für die Archivierung einzusetzen. Leider ist nicht alles nötig, alles, was nötig ist auch möglich umzusetzen. Wir haben, wie es Luc erwähnt hat, die Stellenerhöhung im Stadtarchiv mit dem Budget knapp abgelehnt, weil es schlussendlich eine Frage der Prioritäten ist. Der Prüfungsauftrag dieses Postulats ist aus unserer Sicht mit dieser Antwort bereits erfüllt, und als CVP/EVP/GLP-Fraktion werden wir deshalb der Empfehlung des Stadtrates folgen und für nicht erheblich stimmen.

Martin Räber: Die grüne Fraktion findet, dass es ein wichtiges Anliegen ist, dass man das historische Erbe der Stadt erhalten und pflegen kann. Das ist für uns als Gemeinschaft wichtig, Es ist die Grundlage, um sich mit einem Ort identifizieren zu können. Es muss für die Öffentlichkeit und selbstverständlich auch für die Forschung da sein. Wie es vom Stadtrat sehr deutlich gezeigt wird, steht es nicht besonders gut, und es fehlt hier an Ressourcen. Das ist klar. Wir würden dafür einstehen, dass man die Ressourcen klar erhöhen könnte, und in diesem Sinne unterstützen wir das Postulat.

Daniel Kissling: Wir haben dies bei uns in der Fraktion diskutiert und sind nicht zu einem eindeutigen Schluss gekommen. Deshalb rede ich als Einzelsprecher. Ich bin mit Prüfungsaufträgen auch nicht glücklich, weil der Auftrag, dass man prüft, ob es mehr Stellen braucht, ja scheinbar vorhanden ist. Wir wissen alle, dass es scheinbar mehr braucht. Das sagt der Stadtrat wie die Betroffenen oder auch Leute, die etwas verstehen. Es wäre uns eigentlich lieber, wenn man jetzt dementsprechend handeln könnte. Aber das ist nicht der Fall. Deshalb stimme ich persönlich dafür, kann aber nicht für meine Fraktions-«Gspänli» reden. Ich finde einfach, es wird Zeit. Wenn man weiss, dass der Bedarf vorhanden ist, könnte man ja als Stadtrat, das wäre jetzt ein Vorschlag an den Stadtrat oder auch an den zukünftigen, dies auch einmal beantragen und es nicht einfach dem Parlament überlassen und die Diskussion quasi auf einem anderen Weg führen, als wir dies jetzt tun.

Beschluss

Mit 20 :18 Stimmen wird das Postulat erheblich erklärt.

Mitteilung an:
Direktionsleiter der entsprechenden Direktionen
Stadtkanzlei, Andrea von Känel Briner
Kanzleiakten

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 27. Mai 2021

Prot.-Nr. 68

Postulat «Fischbrunnen» / Beantwortung

Die Fraktion SP und Junge SP Region Olten, Erstunterzeichner Luc Nünlist, hat mit Datum vom 25. Juni 2020 ein Postulat mit folgendem Wortlaut eingereicht:

«Der Stadtrat wird ersucht zu prüfen, ob im Rahmen der Neugestaltung Ländliweg der „Fischbrunnen“ des Oltner Bildhauers Paul Nünlist in die Gestaltung des Aareraums am Ländliweg beim Salzhüslweg integriert werden kann.»

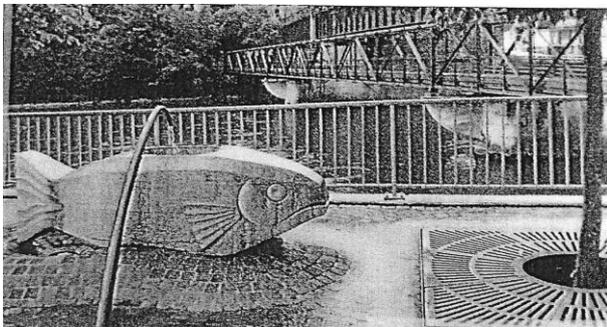


Abbildung 1: Oltner Brunnen, Hrsg. sbo, Dietschi 2000, s.26

Begründung:

*Der Fischbrunnen ist ein Werk des Oltner Bildhauers Paul Nünlist (*1931) und wurde im Rahmen der Neugestaltung beim Ostkopf der Gäubahnbrücke 1998 errichtet und ist seitdem im Besitz der Stadt Olten. 2008 wurde der Brunnen im Rahmen der ERO-Bauarbeiten im Werkhof eingelagert. 2013 wurden die Bauarbeiten abgeschlossen, aber der Brunnen blieb im Werkhof. Im Zuge der Neugestaltung des Aareraums in den kommenden Jahren würde sich eine Prüfung anbieten, ob der Fisch an die Aare zurückkehren könnte. »*

- - - -

Stadtrat Thomas Marbet beantwortet das Postulat im Namen des Gesamtstadtrates wie folgt:

Eigentum, Betrieb und Unterhalt der öffentlichen Brunnen liegen bei der sbo, der Stadtrat ist dafür nicht zuständig. Es ist aber möglich und üblich, dass die Stadtverwaltung oder der Stadtrat der sbo Vorschläge für Änderungen an den bestehenden oder für die Beschaffung neuer Brunnen unterbreitet. Anlass dazu bilden meist Veränderungen oder neue Möglichkeiten im Zuge laufender Bauprojekte auf werkseitigen oder öffentlichen Arealen und Strassen. Im Werkhof der sbo sind zurzeit mehrere, allerdings schwer wieder einsetzbare alte Brunnen eingelagert. Im Falle einer Neuplatzierung müssen solche Brunnen instand gestellt werden, was die Kosten eines neuen, schlichten Natursteinbrunnens um ein Mehrfaches übersteigen kann.

Die mögliche Neupositionierung des Fischbrunnens wurde in den Projekten Neuer Kirchplatz, Sanierung Mühlegasse (auf dem neu entstehenden «Mühleplatz» am Salzhüslweg) wie auch im Projekt Ländiweg bereits geprüft. Die Eignung des Fischbrunnens wurde aus verschiedenen und situationsbezogenen wie auch gestalterischen Gründen jeweils verneint.

Unabhängig von diesem Vorstoss, plant die sbo, den Fischbrunnen im Neubauprojekt für den Werkhof auf dem Färbi-Areal zu integrieren, direkt westlich der Brücke über die Dünern, mit entsprechendem Wasserbezug und am Standort des früheren Ateliers von Paul Nünlist. Der Künstler wurde anlässlich einer Begehung von der sbo informiert und war offenbar einverstanden mit dem neuen Standort.

Aufgrund der vorstehenden Erwägungen empfiehlt der Stadtrat dem Gemeindeparlament, den Vorstoss nicht erheblich zu erklären.

- - - -

Luc Nünlist: Es ist tatsächlich schon eine Weile her, seit ich diesen Vorstoss eingereicht habe, und es hat sich mittlerweile eigentlich erledigt. Wir sind in der Planung des Ländiwegs ein schönes Stück weiter, und ich würde den Vorstoss insofern aus Zeitersparnisgründen gerne zurückziehen.

Mitteilung an:

Kurt Schneider, Direktion Bau

Urs Kissling, Direktion Bau

René Wernli, Direktion Bau

Markus Lack, Direktion Bau

Markus Dietler, Direktion Präsidium Andrea von Känel, Stadtpräsidium

Kanzleiakten

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 27. Mai 2021

Prot.-Nr. 69

Postulat Eugen Kiener und Huguette Meyer Derungs (SP/JSP) und Mitunterzeichnende betr. Velostadt Olten/Beantwortung

Die Fraktion SP und Junge SP Region Olten, Erstunterzeichner Eugen Kiener und Huguette Meyer Derungs, hat mit Datum vom 24. Juni 2020 ein Postulat mit folgendem Wortlaut eingereicht:

«Der Stadtrat wird eingeladen, zu prüfen, wie die Velofreundlichkeit der Stadt Olten im Hinblick auf die nächsten Ausgaben des Prix Velostädte von Pro Velo Schweiz in den Jahren 2021 und (vermutlich) 2024 nachhaltig gesteigert werden kann. Insbesondere wird der Stadtrat gebeten aufzuzeigen, was die Stadt, wo, wie und wann plant, um ihre Rangierung bei den einzelnen Kriterien des Preises „Verkehrsklima“, „Sicherheit“, „Komfort“, „Routennetz“, „Abstellmöglichkeiten“, „Verhältnis der Verwaltung zu den Velofahrenden“ deutlich verbessern zu können.

Begründung:

Obwohl Olten als Stadt der kurzen Distanzen ideale Voraussetzungen für den Langsamverkehr bietet, ist sie kein Paradies für Radelnde. Beim Prix Velostädte 2018 landete Olten auf einem mässigen Mittelfeldplatz (Rang 19 unter den 34 bewerteten Städten). Klar, die fehlende Stadtteilverbindung bleibt ein stark negativer Punkt bei der Velofreundlichkeit. Aber auch bei der Sicherheit der Velowege gibt es Verbesserungsmöglichkeiten; zu oft führen diese entlang der hoch frequentierten Hauptverkehrsachsen. Separate Routen machen das Velo besonders für Schülerinnen und Schüler sicherer.

Der Prix Velostädte wird von Pro Velo Schweiz vergeben und vom Bundesamt für Strassen (Astra) unterstützt. Die Rangierung beruht auf einer Online-Befragung: Bei der letzten Ausgabe im Herbst 2017 beteiligten sich rund 17'000 Personen. Sie beantworteten 34 Fragen zu den Themen Verkehrsklima, Sicherheit, Komfort, Routennetz und Abstellmöglichkeiten; beurteilt wurde auch, ob die Verwaltung die Velofahrenden als ebenbürtige Verkehrsteilnehmer ernst nimmt. Gerade im letzten Punkt ist Olten 2017 auf dem letzten Platz gelandet. Das Postulat gibt den Oltner Behörden die Chance zu zeigen, dass sie den Langsamverkehr ernst nehmen.

Als in der schlimmsten Zeit der Corona-Gefahr fast alles ruhte, standen die Zweiräder nicht still. Weltweit war eine Wende hin zum Rad festzustellen. Viele Städte installierten temporär zusätzliche Velowege und prüfen nun, ob diese definitiv Velo-Pendlerinnen und -Pendlern zugeteilt werden sollen. Der Corona-Stillstand hat auch in Olten viele auf das Fahrrad umsteigen lassen. Doch schon zuvor gab es einen klaren Trend zum Velo, wie die starke Nutzung der Velostationen am Bahnhof beweist.

Mit dem Bestreben, das Energielabel Gold zu erlangen, hat die Stadt Olten den richtigen Weg eingeschlagen. Das Anliegen der stärkeren Förderung der Veloverkehrsinfrastruktur weist in die gleiche Richtung und verdient vor dem Hintergrund des Klimawandels ebenfalls einen zusätzlichen Schub.»

- - - -

Stadtrat Thomas Marbet beantwortet das Postulat im Namen des Stadtrates wie folgt:

Die Förderung des Veloverkehrs ist auch dem Stadtrat ein wichtiges Anliegen und ein Kernelement im Blick auf eine nachhaltige, siedlungsgerechte Mobilitätsentwicklung hin zu den platzsparenden Verkehrsmitteln des öffentlichen und des Zweirad- und Fussverkehrs.

Die Rolle des Velos im Verkehr steigt auf vielen Ebenen, so in der gesellschaftlichen Realität, durch Zunahme an elektrifizierten Zweirädern, durch den Markteintritt von vielfältigen Zwei-, Drei- und Vierrädern mit neuen, innovativen Formaten und für neue Fahrzwecke im Personen- und sogar im Güterverkehr. Auch der Kanton ist stark gefordert: Er muss auf dem Hauptstrassennetz das Basisnetz Alltagsverkehr sicherstellen. Mit dem revidierten Strassengesetz ist er zudem neu für die Planung und Finanzierung der Radrouten von überkommunaler Bedeutung zuständig. Im Agglomerationsprogramm AareLand sind Massnahmen eingestellt und neue geplant, namentlich die Verbindung aller Siedlungszentren und ÖV-Knotenpunkte mit sogenannten Velobahnen (Velovorzugs- resp. Schnellrouten).

Mit dem Prix Velostädte verfolgt Pro Velo Schweiz das Ziel, die Zufriedenheit der Bevölkerung mit der Veloinfrastruktur, Sicherheit, Verkehrspolitik und den Velofördermassnahmen in den Schweizer Städten zu ermitteln, um Behörden, Fachleute, Verbände und die Öffentlichkeit über die Velofreundlichkeit der Städte und über die Wirkung ihrer Verkehrs- und Förderpolitiken zu orientieren. Die Aktion wird seit 2006 alle vier Jahre als gesamtschweizerische Online-Befragung durchgeführt. Voraussetzung für die Aufnahme einer Gemeinde ins Ranking ist eine minimale Teilnehmerzahl von 130 Antworten, unabhängig von der Gemeindegrösse. Dementsprechend sind alle grossen und mittelgrossen, aber nur eine Auswahl kleiner Gemeinden auf der Liste. Die Stadtverwaltung Olten bewirbt die Durchführung jeweils auf allen vorhandenen kostenlosen Kanälen. Die Hürde wurde 2006 und 2018 geschafft. 2018 haben sich 155 Personen zu Olten geäussert, das entspricht 0.8% der Bevölkerung.

Über alle Kriterien gemessen, hat Olten 2018 mit Rang 19 von 34 knapp unterdurchschnittlich abgeschnitten. Verglichen mit 2006 schaffte Olten mit +0.70 Punkten (die Punktezahl 1-6 entspricht Schulnoten) «bemerkenswerte Fortschritte über alle 12 Jahre», wie Pro Velo in ihrem Schlussbericht festhält.

Parallel zur Online-Befragung wurde eine repräsentative Telefonbefragung in 6 ausgewählten Städten durchgeführt. Demnach fahren selbst in den erfolgreichen Städten Basel, Bern und Burgdorf rund 45% der Befragten nie Velo, in Lausanne 67% der Befragten. Die Zunahme an E-Velos (im Durchschnitt der gemessenen Städte aktuell rund 16% aller Zweiräder) sind grossmehrheitlich Umsteiger vom Biorad aufs Elektrovelo, weniger Neulenker wie bspw. Umsteiger vom ÖV aufs Velo.

Pro Velo kommt insgesamt zum Schluss, dass es zur weiteren Förderung des Veloverkehrs gesamtschweizerisch resp. in allen untersuchten Städten kontinuierlicher Massnahmen bedarf, um den Stellenwert des Velos aufrechtzuerhalten respektive zu festigen. Personen, die sich vom Velo abwenden oder gar nicht erst velofahren können, müssten bspw. in den Schulen adressiert werden, um wieder mehr Personen zur Nutzung des Velos zu bewegen. Die Stadt Olten ist in diesem Bereich als Trägerstadt von so!mobil, seit Jahren und auf vielen Ebenen im Mobilitätsmanagement aktiv.

Gemäss einem Bericht des Bundesamts für Strassen «Marketingansatz im Fuss- und Veloverkehr» (SVI 2001/504, Juli 2007) führen Einzelmassnahmen, wie sie in der Regel realisiert werden, zu keiner spürbaren Änderung des Mobilitätsverhaltens. Wirksamer seien Massnahmenpakete, die einen Systemnutzen (Synergien zwischen Einzelmassnahmen) bringen, sowie zielgruppenspezifische und marketingunterstützte Angebote. Bekannt ist auch, dass Massnahmen zum Ausbau der Veloinfrastruktur v.a. dann greifen, wenn sie eine Netzwirkung haben und im Idealfall neue zielgruppenspezifische Angebote geschaffen werden, bspw. eine neue, durchgängige Verbindung von Punkt A zur neuen Velostation am Bahnhofplatz. Entsprechende Projekte werden mit nbo, dem Baustein Ruderclub, der Attraktivierung Ländiweg und anderen, im Agglomerationsprogramm enthaltenen Massnahmen verfolgt. Solche Massnahmen sind kosten- und zeitintensiv, entsprechende Fortschritte und Wirkungen können nur über entsprechend längere Zeiträume gemessen werden.

Die Stadt Olten verfügt über ein Fuss- und Veloverkehrskonzept aus dem Jahr 2009. Der Mobilitätsplan liegt vor. Die Ortsplanung steht bevor; Phase 1 kommunales Leitbild wurde im 2. Semester 2020 gestartet. Der Stellenwert des Velos muss in diesem Rahmen diskutiert und entsprechende Massnahmen müssen abgeleitet werden. Die erwähnten Grundlagen könnten zu einem «Masterplan Velo» weiterentwickelt, verdichtet werden.

Die Stadt Olten war Partnerstadt 2019-2020 für die Studiengänge der Raum- und Verkehrsplanung an der Hochschule Rapperswil. Die besten Arbeiten werden demnächst in Olten öffentlich präsentiert. Die Direktion Bau durfte die Aufgabenstellungen/Themen definieren. So sind u.a. zehn Gruppenarbeiten zum Thema «Masterplan Velo» entstanden. Ein Ausbau der Veloinfrastruktur ist jedoch kostenintensiv und bedingt planerische Vorlaufzeiten. Das Thema ist wie erwähnt Gegenstand der Ortsplanung. Parallel dazu wird sich die Direktion Bau weitere Gedanken machen, wie die Velofreundlichkeit in der Stadt Olten weiter gesteigert werden kann.

Aufgrund der vorstehenden Erwägungen empfiehlt der Stadtrat dem Gemeindeparlament, den Vorstoss vor dem Hintergrund der laufenden Ortsplanrevision für erheblich zu erklären.

- - - -

Eugen Kiener: Besten Dank an Stadtrat Thomas Marbet, der das Postulat vor langer Zeit beantwortet hat. In seiner Antwort sagt der Stadtrat, dass ihm die Förderung des Velos wichtig sei, es ständige Anstrengungen brauche, um die Attraktivität des Veloverkehrs aufrecht zu erhalten. Wirksam seien nur Massnahmenpakete, besonders, wenn sie zu einer Vernetzung führen sollen. Der Ausbau der Veloinfrastruktur sei kostenintensiv und bedinge einen planerischen Vorlauf. Mit diesen Argumenten kommt der Stadtrat zur Empfehlung, das Postulat erheblich zu erklären. Tatsächlich war es zu ambitioniert, als wir diesen Vorstoss eingereicht haben, schon auf den nächsten Herbst eine wesentliche Verbesserung für den Zweiradverkehr in unserer Stadt hinbringen zu wollen. Wir sollten vielleicht auf die Ausgabe 2024 Velostädte zielen oder überhaupt erst mitmachen, wenn es für den Langsamverkehr eine echte Stadtteilverbindung gibt. Aber ich habe grosse Angst, dass in Sachen Veloförderung nichts geht, wenn nicht das Parlament regelmässig mit Vorstössen an die Dringlichkeit des Anliegens erinnert. Immer wieder geht der Veloverkehr bei wichtigen Projekten nämlich vergessen oder wird nur am Rand berücksichtigt. Beispiel Entlastungsstrasse: Nicht nur die Umfahrung endet am Sälikreisel. Für den Langsamverkehr hat man damals die Gäubahnbrücke zurechtgemacht. Aber wer von dort ins Säliquartier will, muss sich entweder mit dem Velo über den Kreisel durch die Lastwagen hindurchschlängeln oder dann den Fussgängerstreifen nehmen und das Trottoir benutzen. Das kann es nicht sein. Beim neuen Projekt am Bahnhofplatz gibt es zwar eine weitere Brücke für die Velos über die Aare. Aber auch sie führt nicht weiter auf die andere Seite der Bahngleise. Damit sich der Zweiradverkehr richtig entfalten kann, braucht es eben schon ein Netz von

Verbindungen. Nur so können die Velos sicher von den Wohnquartieren zu den Schulen, Arbeitsplätzen in der Industrie und im Spital, öffentlichen Einrichtungen in der Innenstadt und im Kleinholz fahren. Konkret heisst dies vielleicht halt auch, dass es zwei hindernisfreie Verbindungen zwischen den beiden Stadtseiten braucht. Vor vier Jahren hat der Stadtrat in seinem Regierungsprogramm für die Amtsperiode, die jetzt zu Ende geht, drei für den Veloverkehr wichtige Projekte in den Vordergrund gestellt, den Bahnhofplatz, die Stadtteilverbindung nach SüdWest und die Winkelunterführung. In all diesen Projekten sind wir immer noch in der Planungsphase, zum Teil ziemlich am Anfang. Die Resultate der gestern veröffentlichten kantonalen Verkehrserhebung zeigen in unserer Region eine Stagnation des Autoverkehrs und ein Wachstum des Veloverkehrs. Ich möchte diese Resultate nicht überinterpretieren. Aber ich bin überzeugt, dass die Mobilität wieder wachsen wird, wenn die Pandemie vorbei sein wird. Zudem rechnet die aktuelle Ortsplanungsrevision mit einer grösseren Bevölkerung. In unseren Nachbargemeinden Trimbach und Winznau werden grosse Überbauungen in Angriff genommen. Die Kinder, die jetzt in unsere Schulen gehen, werden grösser und mobiler. Damit dieser Mehrverkehr, den wir erwarten müssen, aufgefangen werden kann, braucht es mehr Platz für Velos und auch für diejenigen, die zu Fuss gehen. Es braucht vielleicht auch neue Verkehrsflächen, vor allem unter den Bahngleisen. Diese kann man nicht einfach beim motorisierten Verkehr wegnehmen. Das ist mir klar. Das hat nämlich kürzlich auch das Organ der Velolobby desillusioniert festgestellt, weil es nicht einmal mehr der Zürcher Stadtregierung gelingt, etwas in diese Richtung zu steuern. Etwas macht die aktuelle Strassenverkehrs-erhebung aber klar. Die alte Brücke in Olten ist der Hotspot des Veloverkehrs im ganzen Kanton. Gleichzeitig ist diese Brücke aber auch die zentrale Fussgängerachse zwischen den beiden Stadtseiten. Sie ist weiter ein Fest- und Marktplatz. Aber immer wieder höre ich auch von älteren Leuten, dass sie auf der Brücke Angst haben wegen der vielen Velos, E-Bikes, Trottinets, Rollbretter, die alle mit unterschiedlichsten Geschwindigkeiten verkehren. Der Ausdruck Hotspot für die Holzbrücke ist sicher angebracht, auch wenn sie nicht brennt. Velofahren ist bestimmt im Sinne einer nachhaltigen Klimapolitik. Aber nicht nur das. Wer das Velo jeden Tag für seinen Arbeitsweg benützt, tut auch etwas für seine Gesundheit. Es braucht nicht nur bauliche und planerische Massnahmen. Das Velo muss noch in mehr Köpfen zu einer Selbstverständlichkeit werden. Fast alle von uns Mitgliedern im Parlament habe ich schon auf dem Velo trampen gesehen. Aber wir im Parlament sind halt Mitglieder einer Blase. Die grossen, gut gefüllten Autoparkplätze bei Produktions- und Bürobetrieben in Olten und in der Region reden eine andere Sprache. Es braucht Anstrengungen auf allen Ebenen, in den Schulen, an den Arbeitsplätzen, in den Medien, damit die Idee des Velos in weiteren Kreisen ankommt. Die Stadt muss entsprechende Initiativen unterstützen. Damit Olten eine Velostadt wird, braucht es deutlich mehr Anstrengungen, als wir in den letzten Jahren unternommen haben. Wir sollten das Postulat unbedingt erheblich erklären.

Thomas Kellerhals, CVP/EVP/GLP-Fraktion: Ich muss ein wenig ausholen. Letztes Jahr waren wir mit der Familie in Rimini. Da Italien noch etwas das Klischee, dass man dort immer halb überfahren wird, wenn man die Strasse überqueren will. Es ist immer ein Chaos, und niemand fährt Velo. Niemand ist mit dem Langsamverkehr unterwegs. Wir haben wirklich gestaunt, sei es in der Innenstadt, sei es auch am Strand. Am Strand hattet Ihr halbe Veloautobahnen. Das ist nicht mehr das Italien, das man von früher gekannt hat. Wenn Ihr auf Paris schaut, wie es sich verändert hat, Paris war mit dem Auto immer eine Katastrophe, und jetzt auch immer noch mehr. Aber man kommt jetzt mit den E-Bikes ohne Probleme von A nach B. Jetzt ist es vielleicht etwas verwegen, Olten mit Paris und diesen Städten zu vergleichen. Aber wo Ihr auch hinschaut, wird das Velo in den Städten ein immer wichtigeres Fortbewegungsmittel. Nach Rimini habe ich auch wieder gestaunt, als wir in die Aarburgerstrasse, wo wir wohnen, zurückgekommen sind. Dort komme ich jeweils nicht auf die andere Strassenseite, um mit dem Velo zur Kanti zu fahren. Ich muss tatsächlich auch immer zum Zebrastreifen, dort drücken. Nachher gibt es wieder einen riesigen Rückstau etc. etc. Es war wie zwei Gegensätze. Ich glaube, wenn wir auch in die Zukunft dieser Städte schauen, haben die meisten Städte entdeckt, dass das Velo als Fortbewegungsmittel das wichtigste Instrument wird und eigentlich diese Unterstützung braucht und dies dann auch zu einer Standortqualität einer Stadt gehört. Ich möchte jetzt hier aber das Velo gegen das Auto ausspielen. Jeder, der nachher mit dem Velo fährt und sagt, doch, jetzt komme ich gut nach

A und B und sogar noch schneller, verstopft auch die Strassen nicht so. Ich glaube, der grösste Fehler, den man machen könnte, wäre, die verschiedenen Verkehrsmittel gegeneinander auszuspielen. Wir sind aber der Meinung, dass, um in Olten den Verkehrskollaps zu vermeiden, an gewissen Stellen, Ihr wisst dies alles, sind wir nicht mehr so weit weg, das Velo ein wichtiger Player ist. Wir können nichts Anderes sagen, als immer daran bleiben, daran bleiben, daran bleiben. Es gibt wirklich noch viel zu tun, und unsere Fraktion unterstützt das Postulat einstimmig.

Heinz Eng, FDP-Fraktion: Ihr könnt Euch an die gestrige grosse Sitzung von Stadträtin Iris Schelbert in Sachen schulärztlicher Dienst erinnern, in der es um des Kaisers Bart ging, nämlich Formalien, ob jetzt Ziffer 1 oder 2. Grosse Wortführerinnen und Wortführer, Juristinnen und Juristen, die hier etwas zum Besten gegeben haben. Wenn etwas formal oder materiell ein Quatsch und Habakuk ist, ist es von der Terminologie her das entsprechende Postulat. Es ist schlecht recherchiert und ebenfalls schlecht beantwortet. Familie Eng hat vier Velos und ein leichtes Motorfahrrad. Ein E-Bike, das nicht schneller als 25 Kilometer pro Stunde fährt, ist gemäss Strassenverkehrsgesetz ein leichtes Motorfahrrad. Die E-Bikes, die 45 Kilometer fahren, sind nicht schwere Motorfahrräder, sondern gemäss Strassenverkehrsgesetz Motorfahrräder. Wenn man jetzt Velostadt im wahrsten Sinne des Wortes und von der Terminologie her Velos sagt, sind Velos gemeint, die keine E-Bikes sind, also keine leichten Motorfahrräder und keine Fahrräder. Im Postulat wird immer von Velo gesprochen. Dann machen wir dies so. Aber dann gelten die Velos gemäss Strassenverkehrsgesetz und es gibt keine leichten Motorfahrräder, die auch darunterfallen, oder Motorfahrräder. In diesem Sinne ist die logische Konsequenz, nachdem, was Ihr gesagt habt und wir gestern wegen der schulärztlichen Vorlage um Kaisers Bart gestritten haben, formalrein, und da ist materiell wirklich Quatsch drin respektive es wurde nicht sauber recherchiert, und es gibt eigentlich nur eine Schlussfolgerung, das Ganze return to the sender.

Parlamentspräsident Philippe Ruf: Als Hinweis: Bitte auf das Inhaltliche verweisen. Dass es inkorrekt ist, ist für mich in Ordnung, die Inputs der anderen im Parlament als Quatsch bezeichnen bitte nicht.

Ursula Rüegg: Die Fraktion SVP wird für nicht erheblich stimmen. Wir streben nicht nach Prix-Velo-Stadt. Wir wollen, dass gehandelt und der Veloverkehr als wichtig eingestuft wird. Wir befassen uns schon auf ein paar Ebenen mit dem Langsamverkehr. Wir wollen auch, dass der Stadtrat plant wo, wie und wann. Aber nicht um die Rangierung zu verbessern, sondern um die Situation der Velofahrenden zu verbessern und vielleicht auch noch der E-Bike-Fahrenden, um Heinz gerecht zu werden. Da muss endlich Klarheit geschaffen werden. Es nützt niemandem, wenn man ganz klar und seit Jahren immer wieder sagen kann, wo es eng und schwierig ist oder dass es am Bahnhof zu wenig Abstellplätze hat und man uns nur sagt, wo wir den Drahtesel nicht abstellen dürfen. Wenn man das Problem erkannt hat, macht man etwas dagegen. Ich glaube, so möchten viele im Parlament endlich eine Lösung, wie man als Strampler von der einen Stadtseite auf die andere kommt, ohne ein Kamikaze-Flieger zu sein oder, wie wir gehört haben, auch vom Schöngrund an den Bahnhof. Wir möchten Lösungen. Rangierungen sind uns nicht so wichtig. Sie würden sehr wahrscheinlich nach den Lösungen von selber kommen. Dankeschön.

Raphael Schär, Fraktion Grüne: Ich kann es kurz halten. Wir bedanken uns für den Vorstoss und freuen uns, dass der Stadtrat das Postulat als wichtig betrachtet. Für uns ist wichtig zu betonen, dass man eine gesamtheitliche Sicht anstrebt, zum Beispiel einmal ein ganzes Netz für den Veloverkehr in der Stadt andenkt, für welches Velo auch immer, wie viel motorisiert gemäss Heinz Eng. Dann schauen wir, wie wir diese Löcher Schritt für Schritt stopfen respektive Lösungen dafür finden können, dass man von A nach B und von B nach C usw. kommt. Eine solche Lösung haben wir angeboten. Darüber werden wir nachher noch in einer Motion unserer Fraktion debattieren.

Stadtrat Thomas Marbet: Ich mache es auch kurz. Der Stadtrat hat für die Erheblichkeit plädiert. Der Langsamverkehr ist uns wichtig. Es wird uns auch jeden Tag bewusst, wenn wir

uns durch diese Stadt bewegen. Ich bewege mich auch, nicht nur mit MIV, auch mit einem E-Bike durch diese Stadt. Wir erkennen die Lücken und wollen die Verbesserungen planerisch angehen, auch in der Umsetzung mit der Ortsplanungsrevision, aber auch mit konkreten Massnahmen, die ja step by step erfolgen. Ich erinnere an den Ausbauschritt Innenstadt, wo beispielweise die Fahrbahn für den MIV verkleinert wird, der Fuss- und Veloverkehr mehr Platz erhält, auch der Linksabbieger auf der Bahnhofbrücke wie jetzt auch die Parkmöglichkeiten bei der Bahnhofanlage Nord, wo zusätzliche Kapazitäten geschaffen wurden. Danke.

Beschluss

Mit 30 : 8 Stimmen wird das Postulat erheblich erklärt.

Mitteilung an:
Kurt Schneider, Direktion Bau
Lorenz Schmid, Direktion Bau
Stadtkanzlei, Andrea von Känel Briner
Kanzleiakten

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 26. Mai 2021

Prot.-Nr. 70

Postulat Philippe Ruf (SVP) und Mitunterzeichnende betr. Umgang mit Randständigen auf der Kirchgasse resp. Sockel der Stadtkirche/Beantwortung

Am 25. Mai 2020 haben Philippe Ruf (SVP) und Mitunterzeichnende folgenden Vorstoss eingereicht:

«Auf dem Sockel der Stadtkirche versammeln sich täglich Randständige, welche dort herumlungern, Drogen konsumieren, rauchen, Alkohol trinken und Passanten mit aufdringlichen Verhalten belästigen. Nicht selten kommt es bei den Randständigen – teils untereinander, aber auch gegen Aussenstehende – zu Streitereien und Pöbeleien. Ausserdem verdrecken die Randständigen den öffentlichen Raum rund um die Stadtkirche durch argloses Wegwerfen von Abfällen («Littering»).

Die Innenstadt ist eine Visitenkarte von Olten. Dass das Stadtbild von Randständigen geprägt wird, ist negativ für das Ansehen der Stadt Olten. Das Gegröle und der Abfall sind für jedermann störend, deshalb sollte die Situation schnellstmöglich behoben werden.

Der Stadtrat wird gebeten, zu prüfen, was gegen die erwähnte Problematik unternommen werden kann. Offenkundig wird eine SIP die Problematik kaum beheben können; die problematischen Personen sind oft bereits in der Sozialhilfe und erhalten bereits deren Unterstützung. Zudem beschreibt der Aufgabenkatalog der SIP nicht die Verhinderung genannter Problematiken. Als Massnahmen sollen die Förderung von (Gastro-)Betrieben auf dem Sockel der Kirche (analog «Stadtgespräch») und/oder auch regelmässige Kontrollen sowie Wegweisungen geprüft werden, Insbesondere gilt zu prüfen, ob über ein Alkoholverbot die Situation in den Griff bekommen werden kann. Eine Zusammenarbeit mit der Christkatholischen Kirchengemeinschaft kann ausserdem Sinn machen (Hinweis: Sockelnutzung des Geschäfts Renovation Stadtkirche/Subventionsbeitrag Einwohnergemeinde, 2016). Die Kirchengemeinschaft hat die Bereitschaft zur Zusammenarbeit bereits bestätigt.»

- - - -

Stadtpräsident Martin Wey beantwortet den Vorstoss im Namen des Stadtrates wie folgt:

Der Stadtrat ist sich bewusst, dass die Innenstadt eine Visitenkarte von Olten ist. Die Tendenz, dass Randständige Plätze im öffentlichen Raum aufsuchen, ist zudem nicht nur in der Innenstadt bei der Stadtkirche, sondern auch an diversen weiteren Plätzen (Hammer-Center, Ländiweg, Süfzgerallee, etc.) zunehmend. Dies stellt für viele Oltnerinnen und Oltner ein nicht "normales", vertrautes Bild dar.

Der Stadtrat hat die Problematik früh erkannt und bereits im April 2017, unter der Leitung der Direktion Soziales, eine Arbeitsgruppe "Sicherheit im Öffentlichen Raum" gegründet, welche eine Bewertung der Situation vornahm und eine Situationsanalyse für den öffentlichen Raum in Olten in Auftrag gab. Die Situationsanalyse zeigte auf, dass dort, wo die Bedürfnisse nach

Ruhe, Ordnung und Rücksichtnahme auf der einen Seite und nach Unterhaltung auf der anderen Seite aufeinandertreffen, Konfliktpotenzial entstehe, und wies einen erhöhten Handlungsbedarf aus. Sie empfahl die Einführung einer "SIP" (Sicherheit, Intervention, Prävention), welche eine Mischung aus präventiven und repressiven Massnahmen im öffentlichen Raum anstreben soll. Mit dem Projekt SIP haben bereits einige andere Städte auf die vorhandenen Herausforderungen im öffentlichen Raum reagiert und gute Erfolge erzielt.

An der Mai-Sitzung hat das Oltner Gemeindeparlament einer dreijährigen Pilotphase eines Projekts SIP (Sicherheit, Intervention, Prävention) mit einem Kostendach von CHF 450'000.00 zugestimmt. Die entsprechende öffentliche Ausschreibung erfolgte nach Ablauf der Referendumsfrist Anfang Juli für eine Einführung im vierten Quartal 2020.

Im Frühjahr/Sommer 2020 verschärfte sich die Situation in der Innenstadt, wohl auch im Zusammenhang mit COVID-19, und es gingen zahlreiche Reaktionen aus der Bevölkerung und dem lokalen Gewerbe ein, welche sich eine Verbesserung der Situation wünschten. Daraufhin beauftragte der Stadtrat die Direktion Präsidium, kurzfristig Massnahmen zu ergreifen, um die Durchsetzung einer «Hausordnung» in der Innenstadt bis zur Installation der SIP sicherzustellen.

Am 17. Juni 2020 wurden von der Direktion Präsidium diverse Personen/Institutionen zu einem runden Tisch eingeladen. Teilnehmende waren die Suchthilfe, die Polizei Kanton Solothurn, die Christkatholische Kirchgemeinde, Vertretungen des Gewerbes und Vertretungen der Stadt Olten, um ein koordiniertes Vorgehen zu planen und durchzuführen. Die christkatholische Kirche kündigte an, auf dem Kirchenpodest eigene Massnahmen zu prüfen.

Als Sofortmassnahme prüfte die Direktion Präsidium, ob geeignete geschulte Personen über andere Sozialstellen (SIP Zürich, SIP Luzern) angestellt werden könnten. Die Suche nach geschulten Personen gestaltete sich in der Folge aber als schwierig, da sich der diesbezügliche Markt als relativ ausgetrocknet erwies, wie die Nachfrage bei andern Städten ergab. Durch den Kontakt mit der SIP Luzern wurde die Firma LU-Sicherheitsdienst AG empfohlen. Diese führt unterstützt bei der SIP Luzern seit Jahren die mobile aufsuchende Sozialarbeit im Bereich Sicherheit und verfügt über grosse Erfahrung. Ausserdem konnte sie die zeitlichen Ressourcen kurzfristig zur Verfügung stellen.

In der Folge formulierte die Direktion Präsidium unter Beizug der Polizei Kanton Solothurn einen Auftrag für die Durchführung eines Ordnungsdienstes in der Stadt Olten. Der Auftrag wurde vorerst auf drei Monate festgelegt (August bis Oktober).

Am 3. August 2020 nahm die Firma LU-Sicherheitsdienst AG ihre Arbeit auf. An 15 Tagen von Montag bis Samstag sind zwischen 12.00–22.00 Uhr jeweils zwei Personen rund sechs Stunden im Einsatz. Dabei werden nach Möglichkeit immer die gleichen Personen eingesetzt. Es geht nicht um Repression, sondern darum, ein geordnetes Zusammenleben im öffentlichen Raum sicherzustellen. Der mobile Ordnungsdienst soll mit Personen in Dialog treten, welche sich nicht an die Anstandsordnung halten (Littering, Lärmbelästigungen, Leinenflicht von Hunden), aber auch den Konsum und Handel von Drogen auf öffentlichem Grund möglichst unterbinden. Weiter sollen unerwünschte Ansammlungen und das ungewollte Inbesitznehmen von öffentlichem Raum durch einzelne Gruppen verhindert werden. Die Umsetzung erfolgt in enger Koordination mit der Polizei Kanton Solothurn. Die Direktion Präsidium begleitet den Ordnungsdienst-Auftrag und erhält täglich einen Rapport über die Feststellungen und Geschehnisse im Einsatz.

Als Einsatzorte wurden in erster Priorität insbesondere der Raum Kirchgasse/Baslerstrasse und der Vorplatz des Einkaufszentrums Hammer und in zweiter Priorität vor allem der Ländiweg, die Winkelunterführung und die Umgebung des Pontonierhauses definiert.

Nach dem ersten Monat der Einsätze der Firma LU-Sicherheitsdienst AG zugunsten eines geordneten Zusammenlebens im öffentlichen Raum der Stadt Olten kann bereits eine positive Bilanz gezogen werden. Die Rundgänge tragen zur Beruhigung der Situation bei und werden nicht nur von vielen Passantinnen und Passanten und Gewerbetreibenden, sondern auch von der Mehrzahl der Klientinnen und Klienten begrüsst. Das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung im öffentlichen Raum hat zugenommen.

Auch die christkatholische Kirche äusserte sich positiv über die Arbeit der Firma LU-Sicherheitsdienst AG und plant auf dem Kirchenpodest eigene Massnahmen durchzuführen. Die täglichen Rapporte werden von der Direktion Präsidium laufend ausgewertet und festgestellte "Mängel" an die Polizei Kanton Solothurn, die Sozialdirektion und den Werkhof, bei Bedarf an weitere Stellen, für die Beurteilung und Durchführung von Massnahmen weitergeleitet.

Da auch bei den Schulhäusern Bifang und Säli grosser Handlungsbedarf besteht (Littering, Drogen etc.), wurde die Firma LU-Sicherheitsdienst ab 17. August 2020 mit einem zusätzlichen Auftrag betraut, bei den beiden Schulanlagen an den bereits definierten 15 Tagen pro Monat, drei Stunden und an zwei Sonntagen (6 Std.) die Hausordnung durchzusetzen. Die bisherigen Rapporte der Schulhauseinsätze zeigen auch hier positive Wirkung.

Für den Einsatz des Ordnungsdiensts hat der Stadtrat einen Kredit von CHF 10'000.- pro Monat bewilligt. Für den Zusatzauftrag (Durchsetzung der Hausordnung bei den Schulhäusern) belaufen sich die Kosten pro Monat – wie in den letzten drei Jahren, in denen ein gleichgelagerter Auftrag bereits durchgeführt wurde – auf rund CHF 5'500.- zulasten Budget 2020 der Schulanlagen.

Der Stadtrat betrachtet die Aufrechterhaltung einer gewissen «Hausordnung» in der Innenstadt und in Aussenanlagen der Stadt Olten als Dauerauftrag, deren Umfang und Ausrichtung er regelmässig überprüft. Untersucht wurde in diesem Zusammenhang auch die Einführung eines Alkoholverbots, beispielsweise im Umfeld der Stadtkirche; auf ein solches wurde aber verzichtet, da es zu Verlagerungen führt und die Einhaltung nur schwer bzw. mit viel Aufwand zu kontrollieren ist.

Eine erneute generelle Prüfung, was gegen die erwähnte Problematik unternommen werden kann, erachtet der Stadtrat indessen angesichts der bereits getroffenen und der geplanten Massnahmen nicht mehr als erforderlich und empfiehlt daher dem Gemeindeparlament, das Postulat nicht erheblich zu erklären.

- - - -

Ursula Rüegg, stellvertretend für Philippe Ruf: Es fällt vielen Leuten auf, dass rund um die Stadtkirche ein Hotspot entstanden ist. Was verhindert, dass wir alle diesen schönen Platz geniessen können. Es gibt nicht wenig Leute, die Angst haben, wenn neben ihnen jemand einfach losschreit, dreinzuschlagen beginnt oder sie anpöbelt. Fakt ist, dass es viel Abfall gibt, dass laute Musik läuft und es dort nicht wenig Krach und Schlägereien gibt. Randständig kommt im Vorstoss vor, und allein schon dieses Wort hat für einen Zeitungsartikel gereicht. Unbedarf sei es, unappetitlich und nebenbei eine gute billige Gelegenheit, über die SVP herzuziehen. Aber es ist halt, wie es ist, unappetitlich, und der Umgang mit diesem Problem ist wirklich unbedarf. Das Postulat hatte nie die Absicht, abwertend über Personen zu reden oder zu provozieren. In der Situationsanalyse öffentlicher Raum Olten des Trägervereins offene Kinder- und Jugendarbeit Aargau von 2019 kommt randständig im Übrigen viermal vor. Offenbar doch ein gängiges Wort. Es kommt nur darauf an, wer es verwendet. Am Rand stehen im Moment wohl eher die Leute, die vielleicht bei schönem Wetter auch auf dem Sockel der Stadtkirche Pause machen möchten, nachdem sie eingekauft haben oder Eltern, die mit ihren Kindern dort das Zvieri nehmen wollen. Sie stehen vielleicht auch nicht gerne abseits. Der Vorstoss fragt nach Möglichkeiten, damit

umzugehen, wohlverstanden abgesprochen mit der christkatholischen Kirche, die sich in dieser Angelegenheit Unterstützung wünscht. Die christkatholische Kirche unterstützt den Vorstoss, damit sie gemeinsam mit der Stadt Massnahmen umsetzen könnte. Die Christkatholiken müssen Gottesdienste abbrechen, weil sie von den genannten Personen so gestört werden, und wenn man sie darauf anspricht, werden sie von ihnen angepöbelt und gar angegangen. Des Weiteren haben sich bereits auch die umliegenden Geschäfte, Anwohner wie auch das Gewerbe Olten hinter das Postulat gestellt und bitten um Unterstützung. Der Kanon ist recht deutlich. Eine SIP hat diesbezüglich rein gar nichts gebracht. Der Vorstoss verlangt auch nicht explizit ein Alkoholverbot. Er verlangt, Massnahmen zu prüfen und dort auch zu prüfen, ob ein Alkoholverbot Sinn macht, dies im Sinne der vorhandenen rechtlichen Möglichkeiten. Denn sollte man mit einem Alkoholverbot agieren wollen, so würde man die Grundlage schaffen, fehlerhafte Personen wegweisen zu können. Diese Möglichkeit fehlt nämlich der Polizei aktuell. Logischerweise wird während einer Kilbi oder Fasnacht niemand weggewiesen, wenn er auf dem Kirchsockel ein Bier trinkt. Das müssen wir ja kaum diskutieren. Möglichkeiten soll man suchen, bei denen alle Gelegenheit haben sollen, den Platz zu nutzen und wo ein Kirchgang möglich ist. Es ist unsere Stadt, diejenige aller. Daran ändert auch ein scheinheiliger Blickwinkel im Wahljahr nichts. Olten ist eine offene menschliche Stadt, die alle willkommen heisst. Das ist in unserem Sinn. Es macht aber nichts, wenn sich alle ein wenig benehmen, und es stört auch niemanden, wenn Olten eine bessere Visitenkarte abgibt. Alle Probleme werden sicher nicht behoben. Aber es würde das Stadtbild um einiges verschönern, und ich spreche hier ausschliesslich vom Littering. Das Gewerbe kann wieder besser florieren, die Stadt gibt eine weniger schlimme Visitenkarte ab, die Christkatholiken können ungestört in die Kirche gehen, und der Raum soll für alle Personen frei werden. Der Stadtrat sieht dies nicht so, obwohl ihm Briefe, Fotos und Filme von Betroffenen vorliegen. Wie jedes Wochenende, hat es auch an diesem Samstag um fünf Uhr auf dem Kirchensockel wieder Schlägereien gegeben, bei denen mehrere Polizeiautos ausrücken mussten. Ein Stadtrat konnte dies ja auch miterleben und sich selber davon ein Bild machen. Der Stadtrat wird darauf hingewiesen, dass eine neue Prüfung nicht erforderlich ist, weil schon Massnahmen getroffen wurden. Der Nutzen der getroffenen Massnahmen ist aber nicht ersichtlich. Auf dem Sockel der christkatholischen Kirche hat sich nichts geändert. Anwohner, Bewohner von Olten, Besucher, die umliegenden Läden, das Gewerbe, die betroffenen Christkatholiken, eigentlich einfach alle, ausser dem Stadtrat, erkennen, dass es keineswegs besser geworden ist. Das Gegenteil ist ganz offensichtlich der Fall. Aus diesen Gründen bitten wir Euch, für das Gewerbe, die Anwohner, für Euch und für uns, das Postulat erheblich erklären zu lassen. Dankeschön.

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Es ist eigentlich exakt ein Jahr, seit Philippe Ruf ein Postulat eingereicht hat. Es war nämlich am 25. Mai 2020. Von daher lohnt es sich tatsächlich, auf dieses Jahr zurückzublicken, was passiert ist, nicht nur coronabedingt, sondern was der Stadtrat arrangiert hat, was das Parlament diskutiert hat und wo wir heute stehen. Weil es jetzt schon ein jähriges Projekt ist, wird auch meine Kollegin Marion Rauber insbesondere zur Neuausrichtung, als die SIP installiert wurde, Ausführungen machen. Im Jahr 2020, ich kann mich auch gut erinnern, es war, als es warm wurde, die Sommerzeit angefangen hat, waren trotz Corona Leute auf der Strasse und insbesondere auch um den Kirchplatz herum. Wir haben vermehrt Reklamationen erhalten, auch vom Gewerbe, von der Bevölkerung. Wir haben dies selber auch festgestellt, und wir haben als Folge davon als Sofortmassnahme einen Sicherheitsdienst installiert. Wir haben ihn so installiert, dass er nicht im Sinn von Repression und wegscheuchen, sondern im Sinn von Platzordnung erstellen bleibt. Ordnungen, eine Art Hausordnung einhalten lässt. Das hat auch nicht allen gepasst. Wir haben am 21. September im Parlament eine Interpellation erhalten, in der Fragen gestellt wurden, ob es richtig sei, dort eine solche Intervention zu machen, eine Hausordnung zu installieren. Ich kann mich erinnern, und das ist von den Vorrednerinnen und -rednern auch schon genannt worden, dass die entsprechenden Meinungen natürlich auseinandergingen. Dem Stadtrat ging es darum, in der Phase bevor die SIP installiert wurde, Ordnung hinzubringen, aber nicht im Sinn von wegscheuchen, sondern im Gespräche diese Personen auch auf ihre Anstandsregeln, die sie einhalten müssen, aufmerksam zu machen. In diesem Sinn hatte man einen gewissen Erfolg. Aber es war ja

nicht dies, was das Parlament schlussendlich beschlossen hat. Das ist nämlich die SIP. Ich bin froh und dankbar, wenn auch Marion Rauber über erste Erfahrungen etwas sagen kann. Wegen der Bemühungen: Der Stadtrat hat runde Tische gemacht, an denen das Gewerbe, auch die christkatholische Kirche, Betroffene, aber auch Fachpersonen waren und das Problem nicht nur diskutiert haben, sondern man hat gefragt, was können wir tun, wo sind Lösungen? Man war sich einig, dass man eine Lösung finden muss, bei der ein Miteinander möglich sein soll. Wir sind hier auf dem Weg, dies zu erreichen. Im Moment scheint es nicht alle zu befriedigen. Aber ich bin froh, wenn Marion Rauber doch das eine oder andere Erfolge darüber berichten kann.

Stadträtin Marion Rauber: Die SIP war bis dato 420 Stunden im Einsatz, von Montag bis Samstag zu verschiedenen Tages- und Nachtzeiten. Die Ausrichtung der Präsenz erfolgt saisonal und wird sich jetzt gegen die wärmere Jahreszeit auch steigern. Den Quartalsbericht mit den konkreten Massnahmen haben wir Euch ja zustellen lassen. Offenkundig und zentral sind auch den SIP-Mitarbeitenden die Nutzungskonflikte und Raumansprüche rund um die Stadtkirche und um das Coop City aufgefallen. Entsprechend ist auch der Fokus der Arbeit der SIP-Mitarbeitenden mehrheitlich auf das Stadtzentrum gelegt worden. Gleichwohl sind aber regelmässige Rundgänge, zum Beispiel auf der Trottermatte, im Stadtpark oder auf der Bifangmatte gemacht worden und auch etwas ganz Wichtiges eine regelmässige Kontrolle der städtischen WC-Anlagen, wo leider sehr viel Drogenkonsum mit entsprechenden Hinterlassenschaften stattfindet, was eine relativ problematische Begleiterscheinung ist, insbesondere, weil sich diese WCs ja häufig in der Nähe der Spielplätze befinden und die netten Toiletten, die wir mit den Restaurants eingerichtet haben, im diesem Moment natürlich nicht offen waren. Noch einmal konkret zur Problematik Kirchgasse: Es ist dem Stadtrat natürlich bewusst, dass das Verhalten einiger Anwesenden manchmal störend und verstörend wirken kann und auch die Raumansprüche und der Lärm zum Teil etwas unangemessen sind. Wir nehmen die Rückmeldungen aus der Bevölkerung ernst, und es ist für uns ein Ziel, dass sich auf den Gassen von Olten alle wohlfühlen können, wie es Ursula auch schon gesagt hat. Augenfällig ist, dass die Beschwerden aus der Bevölkerung ausschliesslich in den Zeitfenstern gemeldet werden, in denen die SIP nicht vor Ort ist. Das zeigt mir, dass die SIP-Präsenz durchaus eine gewisse Wirkung zeigt und nicht einfach gar nichts passiert ist. Die Corona-Krise und die aktuellen Lokalschliessungen führen dazu, zum Glück ja nicht mehr lange, dass sich viel mehr Menschen draussen aufhalten, auf engem Raum sind und das Konfliktpotenzial unweigerlich auch gestiegen ist, gerade wenn noch Alkohol und Drogen im Spiel sind, aber nicht nur. Corona macht die Menschen generell etwas frustriert. Ich glaube, das merken wir alle. Der Stadtrat hält daran fest, dass wir keine Wegweisungen oder Rayonverbote wollen. Wir wollen auch keine Verlagerung der Problematik, sondern eine nachhaltige Lösung. Es kann nicht angehen, dass wir als Behörde bestimmen, wer sich wo aufhalten darf und wer nicht. Dass aber unsere städtische «Hausordnung» eingehalten werden muss, muss selbstverständlich auch so eingefordert werden. Öffentlich Alkohol zu konsumieren ist aber in der Schweiz Gottseidank noch kein Verbrechen. Ich bin trotz überzeugter Sozialdemokratin und Sozialdirektorin keine unrealistische Sozialromantikerin. Aber ich meine, es sollte uns doch gelingen, einen gemeinsamen Weg zu finden, das Zusammenleben in unserer Stadt friedlich zu gestalten, und es sollte uns auch möglich sein, im gegenseitigen Respekt die individuellen Bedürfnisse und verschiedenen Lebenswelten ein wenig zu tolerieren. Das Pilotprojekt SIP ist ein Puzzleteil, das uns dabei nachhaltig unterstützen wird. Die SIP kann aber keine Wunder vollbringen. Sie können auch nicht 24 Stunden vor Ort sein, und die SIP kann auch nicht verhindern, wenn sich zwei, wie am Samstag, wegen 10 «Stutz» aufs Dach geben. Solche Sachen und Vorkommnisse passieren in jeder Stadt unserer Grösse, und die SIP allein reicht auch nicht. Es braucht alle Involvierten, die etwas dazu beitragen können. Konkret heisst dies, dass wir als Stadtverwaltung sicher das Littering-Problem angehen, das auch schon angesprochen wurde. Das beeinflusst nämlich das subjektive Sicherheitsempfinden massiv, und aktuell wird dies natürlich auch durch den erhöhten Take-away-Verbrauch vielmehr verursacht. Wir müssen sicher das Problem mit den öffentlichen WC-Anlagen angehen. Die KAPO darf nicht auf ihre Rundgänge zu Fuss mit regelmässiger Präsenz in der Innenstadt verzichten, nur, weil wir jetzt in Olten eine SIP haben. Da es sich bei diesen Hotspots zum Teil halböffentliche Räume handelt, sind auch andere gefordert,

zum Beispiel, wie auch schon angesprochen, die christkatholische Kirche. Sie haben uns im Austausch, den wir mit ihnen hatten, auch versprochen mitzuhelfen, und ihren Kirchensockel auch etwas vermehrt zu bespielen, zum Beispiel mit klassischer Musik, mit Gastronomie oder einem Vorgärtchen, wie jetzt geplant ist, und wir sind im regelmässigen Austausch mit ihnen. Erlaubt mir jetzt gleichwohl noch die Bemerkung, dass es halt schon ein wenig vermessen ist, als Gewerbetreibender Kunden mit Billig- und sogar Gratisbier anzulocken, dann aber im gleichen Atemzug von der Stadt zu fordern, dass wir verbieten, dass man es auch draussen vor dem Laden trinken darf und ein Alkoholverbot durchsetzen müssen. Irgendwie passt dies nicht so ganz zusammen. Aber wie auch immer: Der nächste runde Tisch ist, wie es Martin Wey schon erwähnt hat, geplant, an dem wir uns mit allen Anstössern und Anstösserinnen wieder zusammensetzen werden. Es wäre auch schön und wünschenswert, wenn die Einwohner und Einwohnerinnen statt nur E-Mails an die Verwaltung zu schreiben, einmal direkt das Gespräch mit den Anwesenden suchen würden. Statt Fotos zu machen und zu schicken, in den Dialog zu treten und auch ihre Ansprüche und Rechte einzufordern, Präsenz zu markieren und die öffentlichen Räume ebenfalls in Anspruch zu nehmen. Es fällt nämlich auf, dass wenn etwas auf der Kirchgasse stattfindet, zum Beispiel eine Klimademo, eine Mahnwache, ein Hochzeitsapéro, Markt oder etwas Ähnliches, es bestens funktioniert und friedlich und alle kommen tipp-tipp aneinander vorbei. Ich und der Stadtrat sind überzeugt, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Die Gestaltung des Zusammenlebens in Olten kann aber nicht ausschliesslich an Ämter und Institutionen abdelegiert werden. Dazu braucht es die Mitwirkung von uns allen. Falls Ihr anderer Meinung seid, gangbare Lösungsvorschläge für uns habt, ohne dass wir eine Zweiklassengesellschaft heraufbeschwören, nehmen wir diese natürlich jederzeit entgegen. Was wir aber ganz klar nicht wollen, ist Repression, und wir wollen ganz klar nicht eine Verlagerung der Szene an einen anderen Ort. Merci vielmals.

Beat Bachmann, CVP/EVP/GLP-Fraktion: Wir besprechen hier das Postulat vom Mai 2020, das wir heute, ein Jahr später, unverändert erhalten, obwohl sich die Situation ja schon mehrmals verändert hat, wie es der Stadtpräsident gerade ausgeführt hat. Natürlich gibt es weiterhin verschiedene Menschen und Gruppen, die sich rund um die Stadtkirche treffen. Es gibt Lärm, Abfall und Konflikte. Aber es ist nicht so, dass nichts gegen diese Konflikte gemacht wird. Erst im Februar ist die SIP ja eingesetzt worden und zwar genau für eben die Brennpunkte in der Innenstadt. Wir haben den Bericht der SIP erhalten, in dem wir die ersten Ergebnisse nachlesen konnten. Wie es Marion gesagt hat, ist auch für die SIP klar: «Offensichtlich und zentral sind die Nutzungskonflikte und Raumansprüche um die Stadtkirche und das Coop City». Es macht Sinn, die SIP hier weiterarbeiten zu lassen, weil Vorkenntnisse von Mitarbeitenden vorhanden sind, die auch bei der Suchthilfe in Olten gearbeitet, viel Erfahrung haben, diese Menschen auch kennen und übrigens auch das Coop City schon nach kurzer Zeit gesagt hat, dass sich die Situation leicht verbessert hat, seit die SIP im Einsatz ist. Es sind Menschen und eben nicht nur einfach Randständige, die sich dort treffen und man nicht einfach aus der Innenstadt verjagen kann und sollte, sondern es braucht Zeit, und es braucht vor allem auch die Zusammenarbeit aller Beteiligten, um die Konflikte anzugehen. Auch der Verkauf von Leichtbier der Suchthilfe finden wir eine bessere Idee, als ein generelles Alkoholverbot um die Stadtkirche herum. Aber jetzt ist es wirklich Zeit, dass man die SIP wirken lässt und auch die runden Tische einsetzt, inklusive die Kirchgemeinde. Aus diesem Grund sind wir als Fraktion gegen diesen Prüfungsauftrag, und die CVP/EVP/GLP-Fraktion wird das Postulat als nicht erheblich erklären.

Simon Muster, Fraktion Junge SP/SP: Ich rede hier für die Fraktion und nicht als Autor des erwähnten Blickwinkels, der offenbar bei der SVP sehr viele Emotionen ausgelöst hat. Vorweg: Es ist meistens nicht ein gutes Zeichen, wenn der Postulant, wie dies Philippe Ruf gemacht hat, ein FAQ machen und auf Facebook posten muss und seine Partei ein ganzes Votum dafür braucht, um zu erklären, weshalb ein Vorstoss eben nicht armenfeindlich sein soll und warum man trotzdem Randständige sagen soll. Die Fraktion SP/Junge SP lehnt die Erheblichkeit dieses Postulats ab und begrüsst die erfrischenden, klaren Worte des Stadtrates. Ein Alkoholverbot ist wie eine Forderung der Kameraüberwachung am Ländiweg. Reine Symbolpolitik und Problembewirtschaftung von rechts. Dazu passt halt eben der abwertende Ton des Postulats. Wir sind klar der Meinung, dass alle Menschen

gleichberechtigt sind und somit den gleichen Anspruch auf öffentlichen Raum haben. Wer gegen kein Gesetz verstösst, soll sich weiterhin frei bewegen können. Dass Ursula Rüegg nachher das Beispiel bringt und sagt, dass ein Alkoholverbot zum Beispiel nicht an der Fasnacht zählen würde, obwohl sich dort sehr viele Leute, die nicht verkleidet sind, oft auch bedroht fühlen, zeigt ja schon, dass nicht alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind. Unter Punkt 5 seines FAQ, das er auch an uns versendet und auf Facebook gepostet hat, schreibt Philippe Ruf: «Sich auf dem Sockel aufzuhalten, Musik zu hören, pöbeln etc. sind keine Grundlage, um die Personen wegweisen zu können». Ursula Rüegg hat ja vorhin ungefähr das Gleiche behauptet. Das ist einfach schlicht falsch. Artikel 37d des kantonalen Polizeigesetzes sagt, dass die Polizei eine Person vorübergehend wegweisen oder fernhalten kann, wenn «Dritte, zum Beispiel Passanten, Anwohner oder die Geschäftsinhaber belästigt, gefährdet oder unberechtigterweise an der bestimmungsmässigen Nutzung des öffentlichen Raums gehindert werden». Die gesetzlichen Grundlagen sind mehr als gegeben. Solothurn hat bereits heute eines der repressivsten Polizeigesetze und es erst gerade bei der letzten Abstimmung noch einmal massiv verschärft. Wenn es trotzdem zu Nutzungskonflikten kommen soll, ist der grösste Teil der Fraktion Junge SP/SP der Überzeugung, dass die neu geschaffene SIP dies möglichst repressionsfrei lösen kann. Ich möchte einfach noch einmal darauf eingehen, was Marion Rauber gesagt hat. Wenn man ein Problem mit Mitmenschen hat, kann man dies auch einfach ansprechen. Wir lehnen dies einstimmig ab.

Martin Räber: Wir von der Grünen Fraktion verstehen das Anliegen, und wir verstehen auch die Sorgen des Gewerbes und gewisser Einwohnerinnen und Einwohner, die hier ein Problem haben. Aber es ist einfach so, dass nicht immer alles, was passiert, für alle in der Gemeinschaft angenehm ist. In der Gemeinschaft passiert es halt auch, dass es Sachen gibt, die manchmal stören können. Das ist eine Gruppe von Leuten, die einen Teil des öffentlichen Raums einnehmen. Sie fallen halt auch auf. Das ist so. Aber das ist ihr gutes Recht. Sie haben das Recht, diesen Raum zu benutzen. Ich kann nur sagen, dass ich mein Büro bis vor Kurzem im Gebäude des Coop-City im dritten Stock oben hatte. Leider musste ich raus, weil es renoviert wird. Ich war dort regelmässig vor Ort und habe persönlich nie eine Situation erlebt, die bedrohlich war. Auch konnte ich mich immer auf den Sockel setzen etc. Man kann mit diesen Leuten auch reden. Ich habe mit ihnen gesprochen. Es sind grundsätzlich keine schlechten Leute. Für Verhalten, das gegen geltendes Recht verstösst, haben wir ja die Mittel in der Hand, wie vorhin von Simon Muster gerade ausgeführt. Wir glauben auch, dass mit der SIP wirklich Massnahmen eingeleitet wurden, die greifen und die man wahrscheinlich auch noch verstärken sollte. Aus unserer Sicht gibt es keinen Handlungsbedarf. Ich habe letzte Woche noch mit Hans-Ruedi Kern von Coop, weil es mich interessiert hat, so etwas zu hören, wie Coop dies sieht. Wir haben recht lange geredet. Er hat gesagt, für ihn wäre eine Lösung, wenn die betroffenen Leute sonst einen Ort hätten, der irgendwie vor Regen und Wind geschützt wäre, wo sie sich aufhalten könnten und dann nicht bei ihm vor dem Coop unter dem schützenden Dach wären. Er hat aber auch gesagt, dass er ein Alkoholverbot als schwieriger anschaut, schwierig umsetzbar und durchsetzbar. Das sehen wir von den Grünen natürlich auch so wie Hans-Ruedi Kern. Ein Alkoholverbot macht gar keinen Sinn. Das wäre ein unverhältnismässig grosser Aufwand, dies überhaupt durchzusetzen, und es ist ein Eingriff in die persönliche Freiheit, den wir natürlich nicht wollen. Es ist in der Schweiz eben nicht üblich, dass man im öffentlichen Raum nicht Alkohol trinken darf. Die Idee mit den Anreizstrukturen, die geschaffen werden müssen, dass sich diese Menschen vielleicht freiwillig anderswo aufhalten würden, wo sie allenfalls weniger stören würden, okay, darüber könnte man ja reden. Aber dann müsste wahrscheinlich auch dafür gesorgt sein, dass sie sich mit billigem Bier versorgen könnten, wie es jetzt möglich ist. Eine zweite Möglichkeit, Anreiz zu schaffen, wäre, dass der Platz rund um die Kirche attraktiver gestaltet werden würde, so, dass sich mehr Leute dort aufhalten würden, dass es eine bessere Durchmischung mit Leuten, die sich dort aufhalten würden, gäbe und deshalb die betroffenen Leute auch weniger auffallen und in diesem Sinne vermutlich weniger stören würden. Was aber aus unserer Sicht sicher ist, dass ein Alkoholverbot nicht geht. Deshalb sind wir einstimmig gegen dieses Postulat.

Laura Schöni, Olten jetzt!: Ich halt mich kurz. Wir finden, dass es keine neuen Massnahmen braucht, um die Situation auf der Kirchgasse zu verändern. Wir stehen voll und ganz hinter der SIP und finden, sie sollen jetzt ihre Arbeit aufnehmen. Erste gute Erfahrungen sind gemacht. Das ist ein Pilotprojekt. Es soll einmal herausgefunden werden, was es bringt. Man soll ihnen Zeit geben. Die Erfahrungen werden ja laufend in die Arbeit integriert. Das heisst, es ist nicht so, dass man einfach mit einem Ansatz hineingeht, sondern man beobachtet den aktuellen Verlauf und kann Anpassungen machen. Wir finden auch wichtig, dass weitere Angebote für diese Leute schafft und auch sichtbarer macht, dass man Anlaufstellen schafft, damit es zu Konfliktminimierungen kommen kann.

Luc Nünlist: Ich melde mich noch zu Wort. Als Gewerbler und Oltner Getränkeproduzent finde ich natürlich unverdächtig, dass ich mich für ein Alkoholverbot einsetzen würde. Aber ich muss schon noch sagen, dass ich mich vehement dagegen aussprechen möchte, dass man eine Platzordnung erschaffen würde, die man im gleichen Atemzug gerade schon wieder mit Ausnahmen spickt. Es kann natürlich nicht sein, dass man eine Zweiklassengesellschaft schafft und sagt, gut, gewissermassen haben wir irgendwo 300 Tage ein Alkoholverbot, und nachher wissen wir aber schon, dass es an gewissen Anlässen wieder ausgehebelt ist. Das leuchtet mir überhaupt nicht ein. Das Alkoholverbot ist etwas, über das ich im Text immer wieder gestolpert bin. Es geht nicht, dass man Gesetze nicht für alle Leute gleich handhabt. Das möchte ich einfach noch einmal betont haben.

Daniel Kissling: Ich möchte noch das Votum von Ursula Rüegg vorhin aufgreifen. Sie hat nämlich gesagt, dass der Stadtrat die Bevölkerung vergisst und alle Anwohner und Leute, die mit diesem Kirchplatz zu tun haben, ignoriert werden. Ich bin Bewohner dieser Stadt. Ich wohne sogar relativ nahe. Ich bin viel auf diesem Platz. Oft gehe ich dort vorbei, auch mit einem Kleinkind. Ich muss sagen, dass ich mich nicht vergessen fühle. Ich glaube, es geht vielen anderen auch so. Man hört halt immer diejenigen, die sich daran stören. Es sind aber nicht 20'000 Personen, die sich an dieser Kirchgasse stören und die auch ein Problem mit diesen Leuten haben. Die Leute, die sich dort aufhalten, sind zum Teil auch sehr freundlich. Es sind ganz verschiedene Leute. Man kann sie nicht alle in einen Topf werfen. Auch ich sass schon auf dieser Bank. Auch ich sass schon auf dieser Kirchgasse. Wir alle haben schon irgendeinmal eine Nacht dort verbracht und hatten es lustig. Dann ist es immer okay. Wir sind nie die Bösen. Wir sind nie diejenigen. Auch an der Fasnacht sind wir nie die Bösen. Aber es sind immer die Anderen. Sie benehmen sich nicht. Ich denke halt schon, wenn man das Gewerbe fragt, was sie von einem Alkoholverbot halten würden, geht dieser Vorstoss eben doch um ein Alkoholverbot und nicht nur um die Idee, dass man einmal überlegen könnte, was vielleicht sein könnte. Wenn das Gewerbe antwortet, dass sie zum Teil dafür wären, hat man nicht einfach gesagt, es gebe verschiedene Varianten, sondern man wollte konkret wissen, ob dies eine Variante wäre, die man durchführen könnte. Dann möchte ich noch eine andere Stadt ins Spiel bringen. Chur hat 2008 ein Alkoholverbot eingeführt. Nicht wegen sogenannten Randständigen, sondern wegen der Jugend. Das Alkoholverbot galt in der ganzen Innenstadt und zwar von 23.30 oder 24.00 Uhr bis um 7.00 Uhr. Sie diskutieren gerade, dass es wieder aufgehoben wird oder es wurde sogar schon aufgehoben, weil es schlicht nichts gebracht hat. Die Jugendlichen sind an einen anderen Ort trinken gegangen. Dann haben sich diese Leute genervt und haben die Polizei angerufen. So geht es dann immer weiter. Es ist ein Verdrängungskampf, der nichts bringt, wenn man keine Alternative schafft. Man muss alternative Angebote schaffen. Dann kann man darüber reden, ob man diesen Ort anders nützen will. Aber sobald man ihn dafür nützt, dass man ein Festzelt 50 Meter dahinter hinstellt und dort alle saufen lässt, kann man sie auch während des Rests des Jahres dort saufen lassen.

Heinz Eng: Ich habe den Vorstoss der SVP jetzt mehrmals gelesen. Wenn Ihr ihn lest, ist er eigentlich sehr gut abgefasst. Man kann sich über gewisse Ausdrücke, wie es gesagt wurde, fragen. Aber «Der Stadtrat wird gebeten». Es wird versucht, den Stadtrat einzuladen zu prüfen. Es steht nicht drin, dass ein Alkoholverbot an erster Stelle steht. Es steht drin, dass man dies überhaupt prüfen soll. Marion Rauber hat gesagt, dass gewisse Sachen geklärt werden müssen, je nachdem auch die Zusammenarbeit mit der Polizei, das Zusammenspiel SIP usw. Das kann man doch mit einem solchen Prüfauftrag, der ja nichts bereits verbindlich

erklärt, machen. Ich habe es gesagt. Klar: Gewisse Ausdrücke nicht. Martin Räber hat vorhin noch etwas wegen des Wohnraums gesagt. Das ist wichtig und auch richtig. Diese Leute müssen auch irgendwo ein Zuhause haben. Ich gehe davon aus, dass diejenigen, die registriert sind, von der Stadt Olten durch den Tag je nachdem eine soziale Institution oder eine Wohnung haben, wo sie hingehen können. Ich bin im Vorstand von «Schlof guet», und wir versuchen seit Jahr und Tag auch eine sogenannte Schlafstätte anzubieten. Über Nacht, vor allem dann in den kalten Wintermonaten. Da möchten wir gerade auch solche Personen animieren. Es ist etwas der Wurm drin, indem wir fast kein Gebäude finden. Bei allen sind natürlich auch die Mieten usw. exorbitant. Aber es ist ganz klar, dass man sich ihnen menschlich etc. annehmen muss. Ich glaube, auch dieser Vorstoss ist so abgefasst, dass man dies im gegenseitigen Einvernehmen einmal prüfen kann. Deshalb bin ich eigentlich für die Erheblichkeit. Es kann dann vielleicht sein, wie dies gesagt wurde, dass sich ein Alkoholverbot nicht bewährt. Deshalb ist doch dieser Vorstoss auch, dies noch einmal genau abzuklären. Bis jetzt gehören wir viel. Aber konkret haben wir noch nichts gesehen.

Matthias Borner: Insbesondere möchte ich meine Worte an die Fraktion SP/Junge SP richten. Eure Stadträtin Marion Rauber, die zu diesem Geschäft auch Stellung genommen hat, ist schon länger im Parlament. Sie hat einmal eine Motion mit dem Titel «Motion Marion Rauber betr. Randständige» eingereicht.

Deny Sonderegger: Ich möchte einfach noch gerne ein Votum wiedergeben. Ich habe das Gefühl, es ist jetzt sehr viel gesagt worden, wie man mit diesen Leuten umgehen soll, und dass ein grosser Teil der Gesellschaft die Möglichkeiten hat, sich persönlich zu wehren und entgegenzuhalten, vielleicht auch den Dialog mit diesen Leuten zu führen. Ich habe einfach noch eine Betrachtungsweise, die mir bei meinem vierjährigen Sohn noch aufgefallen ist. Es ist nicht nur das Problem der Leute selber, der Personen, die anwesend sind, es ist vor allem auch ein grosses Problem der streunenden Hunde. Mein Sohn hat markant Angst, in diesem Gebiet unterwegs zu sein. Wir haben in unmittelbarer Nähe auch den Kindergarten Hübeli. Das darf man nicht ausser Acht lassen. Persönlich habe ich das Glück, dass Noé jetzt im Kleinholz einquartiert ist. Aber ich kann an dieser Stelle ganz klar sagen, dass es für mich ein Grund wäre, dass ich meinen Sohn begleiten oder allenfalls mit dem Fahrzeug in den Kindergarten bringen würde, weil wir es ihm nicht zumuten möchte, quasi im Angstumfeld dort vorbeizugehen. Das möchte ich an dieser Stelle einfach auch noch kurz deponiert haben, dass man vielleicht auch diesen Teil der Gesellschaft, nämlich die Jüngsten, Schwächsten in unserer Gesellschaft nicht ganz ausser Acht lässt. Besten Dank.

Felix Wettstein: Ich würde gerne noch auf Heinz Eng reagieren. Heinz, Du hast betont, dass Du den Text auch noch einmal genau angeschaut hast. Ich habe das Gleiche getan, weil es ja auch schon lange her ist, dass wir ihn erhalten haben. Ich pflichte bei, dass die Formulierung des Textes insgesamt moderat ist, was die Aufforderung an den Stadtrat anbelangt. Genau das ist der Punkt, weshalb es richtig ist, dem Postulat heute nicht zuzustimmen. Marion Rauber hat sehr klar ausgeführt, dass genau die Prüfungen, die gefordert wurden, inzwischen längstens eingesetzt haben. Mit einer Zustimmung zu diesem Postulat kannst Du nicht etwas Weiteres bewirken als das, was als Handlung des Stadtrates mit diesem Postulat verlangt wird. Ansonsten muss man von der Sprache und vom Tonfall her schon noch betonen, und das ist eine Formulierung wörtlich aus dem Postulatstext: «Die Situation soll raschestmöglich behoben werden». Darin steckt eine Vorstellung, dass man hier mit ich weiss nicht welchem Zauberstab vielleicht einfach etwas aus der Welt schaffen kann, das halt stört. Ich denke, es ist heute vielfach betont worden, weshalb dies eine naive Vorstellung wäre.

Simon Muster: Ich möchte kurz auf zwei Sachen eingehen. Das Eine ist, was Matthias Borner gesagt hat. Es ist so. Marion Rauber hat diesen Begriff in einem Postulat verwendet. Sie wollte in Zusammenarbeit mit der Suchthilfe ein Floss bauen. Ich zitiere aus Eurem Postulat. «Dass das Stadtbild von Randständigen geprägt wird, ist negativ für das Ansehen der Stadt Olten». Ich glaube, ich muss nicht mehr erklären, weshalb ein Begriff in zwei verschiedenen Kontexten zwei komplett andere Sachen auslösen kann. Das Zweite, was mich in diesen Diskussionen immer wieder fasziniert, wenn es um die Innenstadt geht, wenn

es um den Ländiweg geht, ist die Opferumkehr, die passiert. Es ist mir vor allem beim Votum von Ursula Rüegg aufgefallen, bei dem es darum ging, dass ja auch wir die Stadt nutzen. Wir sind hier 40 sehr privilegierte Leute, die sich noch Zeit nehmen können, um Politik zu machen, die alle noch einen Job haben. Es gibt niemanden hier, der Personen vertritt, die armutsbetroffen, drogensüchtig sind. Wir kommen nachher hierher und sagen, wir sind aber eigentlich die wahren Opfer dieser Gesellschaft. Wir, die wir frei wählen können, in welchen Räumen wir sind. Wir, die wir nie komisch angeschaut werden. Wir, die nicht ständig von der Polizei kontrolliert werden. Es ist eine relativ perfide Opferumkehr und nimmt uns komplett aus der Verantwortung, in dieser Gesellschaft zu schauen, dass sich alle wohl fühlen. Das stört mich im Allgemeinen am politischen Diskurs in Olten. Dieses Postulat ist jetzt wieder ein sehr gutes Beispiel dafür.

Hugette Meyer Derungs: Ganz kurz: Mich stört es manchmal auch, dass der Abfall überall herumliegt. Ich möchte eigentlich Lösungen finden und nicht Symptome bekämpfen. Wer garantiert, dass die Menschen, die ständig angesprochen werden, nicht ins Kleinholz hinaufgehen? Dann haben wir aber keine Lösung. In der Kirchgasse sind einfach die Symptome bekämpft worden. Aber ich möchte eigentlich eine nachhaltige Lösung, damit die Gemeinschaft funktioniert, damit diese Leute überall sein können und sich auch an gewisse Regeln halten. Ich finde, das ist der beste Weg, mit diesen Leuten in Kontakt zu kommen, der SIP zu vertrauen, dass sie das Vertrauen aufbauen kann. Ganz viel läuft über das Vertrauen. Wenn man sie tausendmal wegweist, kommen sie tausendmal wieder, und das Verhalten hat sich nicht geändert. Es geht auch nicht darum, irgendwie ihre Lebensidee zu ändern, aber vielleicht auf gewisse Sachen aufmerksam zu machen. Das geht nicht, wenn man einfach Symptome bekämpft. Irgendwo finden sie ihren Platz. Dann sind sie anderswo. Dort nerven gewisse Leute wieder. Ich wäre dafür, dass man dieser SIP jetzt wirklich Zeit gibt, damit man zusammen mit diesen Leuten nachhaltige Lösungen finden kann.

Beschluss

Mit 28 : 5 Stimmen bei 5 Enthaltungen wird das Postulat nicht erheblich erklärt.

Mitteilung an:
Direktionsleiter der entsprechenden Direktion
Stadtkanzlei, Andrea von Känel Briner
Kanzleiakten

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 27. Mai 2021

Prot.-Nr. 71

Motion betr. «Sicherer Bahnhofzugang aus dem Schöngrundquartier», Beantwortung

Die Fraktion Grüne Olten hat zuhanden der Parlamentssitzungen vom 24. September 2020 eine Motion mit folgendem Wortlaut eingereicht:

*«Der Stadtrat wird beauftragt, die notwendigen Massnahmen umzusetzen, beziehungsweise beim Kanton dafür vorstellig zu werden, damit die Anbindung des Schöngrundquartiers an den Bahnhof bzw. den Aareraum soweit verbessert wird, dass der Veloverkehr gefahrlos, schnell und bequem vom und zum Schöngrundquartier erfolgen kann. Dafür ist die Überquerung der Baslerstrasse vom Frohheimweg zur Jurastrasse und umgekehrt durch eine Überquerspur für die Velofahrer*innen zu ergänzen.*

Begründung:

*Die City-Kreuzung ist für Velofahrer*innen gefährlich, da die Fahrspuren so eng sind, dass ein Überholen durch den Autoverkehr praktisch ausgeschlossen ist. Die vorgeschlagene Massnahme führt zu einer Erleichterung der Überquerung der Baslerstrasse und wäre dadurch eine attraktive Alternative zur Fahrt über die City-Kreuzung. Sie reduziert das Unfallrisiko deutlich und ergänzt das Oltner Velonetz um auch unerfahrene Velofahrer*innen (z.B. Kinder) gefahrenlos ans Velofahren heranzuführen.*

Viele Velofahrer und Velofahrerinnen benützen schon jetzt die Achse Zehnderweg - Frohheimweg - Jurastrasse, um an den Amthausquai zu kommen. Das Problem ist die Überquerung der Baslerstrasse, die nur zu Fuss über den bestehenden Zebrastreifen erfolgen kann.

*Der Überquerung der Baslerstrasse vom Frohheim zur Jurastrasse könnte praktisch ohne zusätzliche Belastung für den motorisierten Verkehr durch eine Erweiterung der bestehenden Ampelanlage realisiert werden, indem diese durch eine zweite Überquerspur für die Velofahrer*innen ergänzt wird. Dies natürlich auch für die Richtung Jurastrasse Frohheimweg. »*

- - - -

Stadtrat Thomas Marbet beantwortet die Motion im Namen des Stadtrates wie folgt:

Zum Formellen

Da der vorliegende Vorstoss eine Aufgabe der Verkehrsplanung in der Kompetenz der Exekutive betrifft und weil der Kanton für Planung, Bau und Unterhalt der Kantonsstrassen inkl. Knoten und Querungen zuständig ist, kann er nur als Postulat behandelt werden.

Zum Inhalt des Vorstosses

Der Handelshofknoten ist für den Radverkehr tatsächlich nicht ideal ausgestaltet. Auf den Knotenästen der Ringstrasse, Frohburgstrasse und Baslerstrasse fehlen die auf der Kantonsstrasse üblichen Radstreifen. Dies wurde bereits im Fuss- und Veloverkehrskonzept 2009 als Schwachstelle erfasst. Die Mängel wurden soweit machbar behoben, aber für separate Radstreifen fehlt weiterhin der Platz. Die Stadt und der Kanton sind schon länger im Dialog über eine Umgestaltung des Handelshofknotens, mit dem Ziel einer städtebaulichen Aufwertung und Verbesserungen für den Langsamverkehr, die Realisation ist zeitlich aber nicht prioritär. Solange die Situation am Handelshof nicht wesentlich verbessert werden kann, ist der Wunsch nach einer sicheren und komfortablen Alternative für die Fahrbeziehung Schöngrund-Bahnhof legitim.

Die konkrete Forderung, die Schaffung einer Überquerspur zwischen Frohheimweg und Jurastrasse, ist aber anspruchsvoll. Der Querschnitt besteht aus drei Fahrspuren mit doppelter Sicherheitslinie. Der Frohheimweg und die Jurastrasse stossen versetzt an die Baslerstrasse, die Bushaltestelle ist ein zusätzlicher Widerstand. Die doppelte Sicherheitslinie dient dazu, gefährliche Querungen und Linksabbiegemanöver zu verhindern, mitunter speziell auch zum Schutz von Radfahrenden aus dem Frohheimweg. Die Schaffung einer Überquerspur ist insofern ein fragwürdiges Mittel zur Verbesserung der Verkehrssicherheit für den Radverkehr.



Im Rahmen einer ersten Grobbeurteilung hat das zuständige Amt für Verkehr und Tiefbau verschiedene Aspekte thematisiert. So wird die Schaffung einer sicheren Querung zwischen Frohheimweg und Jurastrasse als wesentliche Verbesserung für den Radverkehr anerkannt. Allerdings weist die Querung der Baslerstrasse an dieser Stelle einen sehr viel höheren Stressfaktor («Level of Traffic Stress») auf als die zuführenden Quartierstrassen, weshalb eine Lösung ohne LSA allenfalls nur für geübte Velofahrende geeignet wäre.

Ein Variante wäre die Vollregelung des Knotens mit Lichtsignalanlage (LSA). Der Kanton hält fest, dass dies aus verkehrstechnischer Sicht wegen der Nähe zum Knoten Handelshof eher ungünstig wäre, vor allem der Abfluss vom Knoten Handelshof Richtung Trimbach könnte gestört werden. Steuerungsmässig müsste die Querung mit dem Knoten Handelshof koordiniert werden. Die Erstellungskosten für eine solche Anlage seien sehr hoch und das Kosten-Nutzen-Verhältnis ungünstig.

Für die Fahrbeziehungen zwischen Schöngrund, Innenstadt und Bahnhof sind verschiedene Routen möglich. Sichere Querungsmöglichkeiten bestehen zwischen Friedhofweg und Belchenstrasse, am Knoten Dornacherstrasse/Ringstrasse, mit einer LSA extra für

Zweiräder, auch kann der Knoten Bleichmattstrasse/Ziegelfeldstrasse, ebenfalls mit einer LSA für Zweiräder ausgestattet, sicher überquert werden. Zu einer guten Radverkehrsinfrastruktur gehört aber nicht allein die Sicherheit, sondern auch ein genügender Komfort und die Förderung des Radverkehrs. Der Stadtrat schlägt deshalb vor, die Betrachtung auf die Querungen im Bezugsgebiet auszuweiten. Vielleicht sind andere Verbesserungen möglich, etwa durch den Bau einer Velofurt zwischen Friedhofweg und Belchenstrasse. Aber auch die Machbarkeit im Abschnitt Frohheimweg/Jurastrasse soll vertieft werden. Für die Planung ist mit Drittkosten von min. 10'000 CHF zu rechnen.

Der Stadtrat empfiehlt dem Gemeindeparlament, das Postulat in diesem Sinne erheblich zu erklären.

- - - -

Raphael Schär: Wir bedanken uns für die gute Antwort. Eine sehr kurze Abwägung beim Kanton nachgefragt und mögliche Schritte aufgezeigt, was bei einer Erheblichkeitserklärung passieren würde. An dieser Stelle kann man sagen, dass in der nun angefangenen Ortsplanung auch genau an dieser Stelle eine Langsamverkehrsachse und eine Überquerung angedacht wären. Klar ist, dass es an der Stelle, die wir vorschlagen, ein Lichtsignal braucht. Aber es handelt sich hier nicht um ein neues Signal, was man aus dieser Antwort fast herauslesen könnte, sondern lediglich um eine Verschiebung der Haltelinie, die bereits heute dort ist, wegen des Fussgängerinnen- und Fussgängerstreifens. Wir überweisen deshalb gerne, weil wir den Vorstoss auch gemacht haben, als Postulat mit der klaren Priorität, die Machbarkeit im Abschnitt Frohheimweg/Jurastrasse zu vertiefen. Die andere angetönte Verbindung in der Antwort ist nicht wesentlich sicherer. Danke für die Unterstützung.

Stadtrat Thomas Marbet: Auch hier verzichte ich vorderhand.

Florian Eberhard: Die Fraktion SP/Junge SP unterstützt die Stossrichtung dieses Postulats oder dieser Motion, je nachdem, als was es behandelt wird. Wir sind der Ansicht, dass das Schöngrundquartier für Velofahrerinnen und Velofahrer sehr ungenügend an den Bahnhof angeschlossen ist. Für Schülerinnen und Schüler aus dem Frohheimschulhaus ist die Situation ebenfalls sehr, sehr gefährlich. Wir sind gleichzeitig aber auch der Meinung, ähnlich wie der Stadtrat, dass der Wunsch im vorliegenden Vorstoss in seiner Umsetzung sehr spezifisch formuliert ist. Man hat dabei gewünscht, dass die Flughöhe ein wenig höher sein könnte. Wir sehen auch andere prüfbare Alternativen, wie zum Beispiel den Durchgang beim Friedhofweg. Dafür müsste man dann aber halt entlang der Strasse Parkplätze aufheben. Dagegen würden wir uns nicht unbedingt mit Händen und Füßen wehren, wie vermutlich bekannt ist. Auch wenn für uns andere Lösungsansätze denkbar wären, werden wir uns klar dafür aussprechen, dass der Vorstoss erheblich erklärt wird.

Parlamentspräsident Philippe Ruf: Kurz als Klammerbemerkung: Der Stadtrat hat gesagt, als Postulat behandeln. Raphael, ich habe von Dir im Eintrittsvotum gehört hat, dass es als Postulat in Ordnung ist. Deshalb darf ich vorschlagen, dass wir dies weiter als Postulat berücksichtigen. Raphael, ist dies in Ordnung?

Raphael Schär: Das ist in Ordnung.

Denise Spirig, Olten jetzt!: Ich kann es auch ganz kurz machen. Wir haben es in der Fraktion ebenfalls als Postulat behandelt und werden es einstimmig überweisen. Ebenfalls sehen wir, dass die Situation für die Velofahrerinnen und Velofahrer dort nicht ideal ist und unterstützen auch hier den Stadtrat in seinem Willen, dass er nach möglichen Lösungen für den Veloverkehr suchen möchte.

Matthias Borner, SVP: Wir haben das Postulat in der Fraktion ebenfalls behandelt. Für uns ist wichtig, dass man den Langsamverkehr auf jeden Fall fördert. Gerade für eine Stadt wie Olten ist die Radverkehrsstruktur sehr wichtig. Das Problem haben wir auch erkannt, und wir danken auch für das Postulat. Über die Praktikabilität hat es noch Diskussionen gegeben. Wie ist es möglich und wie nicht? Aber wir wollen einmal schauen, welche Lösungen aufgezeigt werden. Deshalb werden wir einstimmig überweisen.

Beat Felber: Die City-Kreuzung ist für Velofahrerinnen und Velofahrer zu einer gefährlichen Alternative geworden. Deshalb ist es in der Tat so, dass die Achse Zehnderweg-Frohheimweg-Jurastrasse verständlicherweise eine viel benutzte Fahrradroute ist. Die Fraktion CVP/EVP/GLP erachtet es daher als wichtig, dass man die Querung Frohheim und Jurastrasse für den Radverkehr verbessert. Das Postulat werden wir demzufolge einstimmig überweisen.

Beschluss

Mit 38 : 0 Stimmen wird das Postulat erheblich erklärt.

Mitteilung an:

Kurt Schneider, Direktion Bau
Lorenz Schmid, Direktion Bau
Urs Kissling, Direktion Bau
René Wernli, Direktion Bau
Markus Lack, Direktion Bau
Markus Dietler, Direktion Präsidium
Andrea von Känel, Stadtkanzlei
Kanzleiakten

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 27. Mai 2021

Prot.-Nr. 72

Postulat Tobias Oetiker und Laura Schöni (Olten jetzt!) betr. Cannabis-Pilotversuch in Olten/Beantwortung

Am 19. November 2020 haben Tobias Oetiker und Laura Schöni (Olten jetzt!) folgenden Vorstoss eingereicht:

«Der Stadtrat wird eingeladen, in Zusammenarbeit mit der Suchthilfe Ost in Olten einen Pilotversuch zum Umgang mit Cannabis zu nicht medizinischen Zwecken zu starten.

Begründung

In der Herbstsession 2020 haben die eidgenössischen Räte das Betäubungsgesetz so geändert, dass das Bundesamt für Gesundheit Pilotversuche mit Cannabis bewilligen kann. In Olten ist der Freizeit-Cannabiskonsum verbreitet. Mit einem Pilotversuch können wertvolle Erfahrungen bezüglich einer allfälligen zukünftigen Legalisierung gesammelt werden.»

- - - -

Im Namen des Stadtrates beantwortet **Stadträtin Marion Rauber** den Vorstoss wie folgt:

Im Namen des Stadtrates bedanken wir uns für den Vorstoss.

Art. 8a des Bundesgesetzes über die Betäubungsmittel und die psychotropen Stoffe (Betäubungsmittelgesetz, BetmG) regelt neu Pilotversuche mit Betäubungsmitteln des Wirkungstyps Cannabis.

Die Voraussetzungen für die Durchführung von Pilotversuchen werden in der bundesrätlichen Verordnung über Pilotversuche nach dem Betäubungsmittelgesetz (BetmPV) geregelt:

Es dürfen nur Pilotversuche durchgeführt werden, die der Gewinnung wissenschaftlicher Erkenntnisse über die Auswirkungen von Massnahmen, Instrumenten oder Vorgehensweisen betreffend den Umgang mit Betäubungsmitteln des Wirkungstyps Cannabis zu nicht medizinischen Zwecken dienen.

Sie müssen insbesondere Erkenntnisse liefern zu den Auswirkungen auf:

- a. die Gesundheit der Konsumentinnen und Konsumenten;
- b. das Konsumverhalten;
- c. sozioökonomische Aspekte;
- d. den Drogenmarkt eines bestimmten Gebiets;
- e. den Jugendschutz; oder
- f. die öffentliche Ordnung und Sicherheit.

Trägerschaften für entsprechende Projekte sind im medizinischen und sozialpsychiatrischen Bereich angesiedelt. Die Trägerschaft für die Substitutionsgestützte Behandlung HEROL

Olten ist beispielsweise das Behandlungszentrum für Abhängigkeitserkrankungen, Psychiatrische Dienste, Weissensteinstrasse 102, 4503 Solothurn.

Die Stadt bzw. die Gemeinde vor Ort hat ihr Einverständnis zu den vorgesehenen Verkaufsstellen zu erteilen (Art. 18 Abs. 2 Buchstabe e. BetmPV). Der Stadtrat von Olten steht einem Pilotversuch mit Betäubungsmitteln des Wirkungstyps Cannabis nach Artikel 8a BetmG positiv gegenüber und ist dazu bereit, beim Vorliegen eines Gesuches mit geeigneten Abgabestellen die Erteilung seines Einverständnisses wohlwollend zu prüfen. Die Direktion Soziales wird zudem selber aktiv bei möglichen Trägerschaften anfragen, insbesondere bei der oben genannten Trägerschaft von HEROL. Aus Sicht der Direktion Soziales sollte eine Abgabe nach Möglichkeit über Apotheken erfolgen. Die wissenschaftliche Begleitung würde durch die Trägerschaft des Pilotversuchs sichergestellt.

Da ein Pilotversuch grundsätzlich von einer Trägerschaft aus dem medizinischen und sozialpsychiatrischen Bereich durchgeführt werden muss, der Stadtrat einen entsprechenden Pilotversuch grundsätzlich wohlwollend beurteilen und unterstützen möchte und dazu bereit ist, selber aktiv bei möglichen Trägerschaften anzufragen, beantragt der Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.

- - - -

Laura Schöni: Der Konsum von Cannabis ist in Olten auch weit verbreitet, und allgemein stehen die Zeichen auf Legalisierung. In den USA ist Cannabis beispielsweise schon in vielen Bundesstaaten legalisiert. In der Herbstsession 2020 haben die eidgenössischen Räte das Betäubungsmittelgesetz so geändert, dass das Bundesamt für Gesundheit jetzt neu Pilotversuche für Cannabis bewilligen kann. Durch die Legalisierung könnten präventive Massnahmen viel besser umgesetzt werden. Zum Beispiel könnte eine kontrollierte Abgabe an Volljährige stattfinden. Es gäbe Kontrollen des THC-Gehalts. Cannabis, das bis jetzt im illegalen Rahmen für den Käufer oder die Käuferin nicht kontrolliert werden kann. Man könnte zum Beispiel auch durch Leichtmetalle und Pestizide verunreinigen. Die Kriminalisierung im Cannabis-Markt führt nicht zu weniger, sondern vor allem zu gefährlicherem Konsum. Tobias hat vorgängig zu seinen Recherchen zu diesem Postulat mit Ursula Hellmüller, der neuen Leiterin der Suchthilfe Ost, Kontakt aufgenommen und sie angefragt, was sie von dieser Sache hält. Sie war von der Idee begeistert, in Olten einen solchen Pilotversuch zu organisieren. Sie hat selber lange als Dozentin an der Fachhochschule gearbeitet und verfügt auch über die nötigen Kontakte, um eine wissenschaftliche Begleitung eines solchen Pilotversuchs zu organisieren. Nebenbei noch: Der Bundesrat schätzt, dass bei einem Konsum von illegalem Cannabis von heute rund 60 Tonnen jährlich bei einem Verkaufspreis von rund 10 Franken pro Gramm bei einem Steuersatz von 25 % ca. 150 Millionen Franken Mehreinnahmen generiert werden könnten. Wie sie jetzt heute schon die Einnahmen von CBD-Produkten, würden auch Cannabis-Produkte Steuersubstrate zu Gunsten der AHV und IV generieren. Ein Pilotversuch mit einer Trägerschaft aus dem medizinischen und sozialpsychiatrischen Bereich zu wissenschaftlichen Zwecken finden wir sehr unterstützungswürdig und sind froh, dass der Stadtrat dies genauso einschätzt. Olten könnte auch hier eine Vorreiterin sein. Olten ist eine offene Stadt, welche die Probleme sinnvoll angeht und neue Chancen, auch finanzieller Art, nicht verstreichen lässt. Wir bitten Euch deshalb, das Postulat erheblich zu erklären. Merci.

Stadträtin Marion Rauber: Wie Ihr in der Beantwortung des Postulats lesen konntet, steht der Stadtrat einem Pilotversuch positiv gegenüber. Ich würde noch ein paar kurze Worte zur Begründung sagen, weshalb wir diesen Vorstoss gerne unterstützen würden. Per Definition soll ein Pilotversuch im öffentlichen Interesse begründet sein. Die massgebenden öffentlichen Interessen ergeben sich jetzt im vorliegenden Fall aus der Zweckbestimmung des Betäubungsmittelgesetzes und orientieren sich auch am Vier-Säulen-Prinzip der nationalen Suchtstrategie des Bundes. Im Rahmen dieses wissenschaftlichen Pilotversuchs könnte Cannabis zum Beispiel in Apotheken an ausgewählte Personen verkauft werden. Das

Ziel ist es, wie es Laura schon erwähnt hat, zu untersuchen, wie sich ein kontrollierter Zugang zu Cannabis auf die Konsumationsgewohnheiten, das Kaufverhalten, die öffentliche Sicherheit und Gesundheit der Teilnehmenden auswirkt. Kein demokratisches Land hat es bis jetzt geschafft, den Drogenhandel zu unterbinden. Es gibt eine grosse Nachfrage, und der illegale Markt ist sehr, sehr lukrativ. Es geht also um Erkenntnisse zu den Vor- und Nachteilen eines kontrollierten Zugangs zu Cannabis. Konkret brauchen wir, und das hat Laura Schöni auch schon erwähnt, für das Pilotprojekt eine Trägerschaft aus dem medizinischen und sozialpsychiatrischen Bereich und sind auch bereits in Kontakt mit der Suchthilfe Olten Ost, die sich hier auch anbieten würde. Wir in Olten sind gerne Vorreiter, und durch unsere Zentrumsfunktion bietet es sich an, dass wir Hand bieten zur Erhebung von wissenschaftlichen Erkenntnissen, die schlussendlich auch der Bevölkerung dienen. Aus diesem Grund schlägt der Stadtrat vor, das Postulat erheblich zu erklären. Merci.

Myriam Frey Schär, Fraktion Grüne: Die Rahmenbedingungen sind erfreulich. Seit dem 15. Mai, also seit knapp zwei Wochen, ist die Änderung des Betäubungsmittelgesetzes in Kraft, die einen solchen Versuch ermöglicht. Ebenfalls vor Kurzem, in der Mai-Session des Kantonsrats, wurde klar, dass der Wind in Sachen Cannabis heute schon ganz anders weht, als noch vor ein paar Jahren. Der bürgerlich dominierte Kantonsrat hat dem Auftrag einer bürgerlichen Jungpartei beschlossen, dass der Regierungsrat beim Bund eine Standesinitiative zur Legalisierung von Cannabis einreichen soll. Das mit Abstand leidenschaftlichste Votum dafür kam von einem jungen Mitglied der SVP-Fraktion. Diejenigen von Euch, die dort waren, werden dies bestätigen. Die öffentliche Meinung zum Thema Cannabis hat sich also markant zu Gunsten einer Liberalisierung verschoben und nicht zuletzt der Umstand, dass unsere Stadtregierung und Verwaltung für die Durchführung eines Pilotversuchs in Olten zu haben ist, ist als Zeichen zu werten, dass es jetzt schlicht und einfach Zeit ist, vorwärts zu machen. Etwas ist nämlich sicher. In der Schweiz wird geraucht und zwar so richtig viel. Ich habe aufgeschrieben 50 Tonnen pro Jahr. Aber offenbar sind es sogar 60. Wie seinerzeit während der Alkoholprohibition in den USA haben viele Probleme im Zusammenhang mit dem Kiffen nicht einmal direkt etwas mit der Substanz selber zu tun, sondern mit dem Verbot. Dazu gehören Gesundheitsschäden durch Verunreinigung des Produkts mit giftigen Substanzen, von Pestiziden bis zu billigem aufgesprühtem Irgendwas, schlechte Dosierbarkeit wegen vollkommen unbekanntem Wirkstoffgehalt, die Unmöglichkeit, wirksamen Gesundheits- und Jugendschutz zu betreiben, ein Netz von kriminellen Akteuren, die mit diesem Produkt handeln und damit verbunden die Kriminalisierung der Konsumentinnen und Konsumenten. Heutzutage weniger, weil sie sich selber Strafverfolgung aussetzen, sondern weil sie sich beim Kauf von Gras mit diesen Leuten zusammentun müssen. Es gibt einen wichtigen Schritt Richtung Liberalisierung. Wir müssen die Materie aus der Public-Health-Perspektive verstehen, bevor wir entscheiden können, welchen Umgang und welche Umsetzung am Schluss sinnvoll ist. Olten ist eine kleine Zentrumsgemeinde. Mit einer stattlichen Konsumentinnen- und Konsumentenpopulation ist sie für eine Durchführung sicher ideal aufgestellt. Wir folgen der Empfehlung des Stadtrates und plädieren für eine Erheblicherklärung.

Florian Eberhard: Die Fraktion Junge SP/SP wird sich mehrheitlich für eine Erheblicherklärung dieses Postulats aussprechen. Wir finden es wichtig, dass man mit diesem Pilotprojekt die wissenschaftliche Basis legen kann und nachher, wirklich auf die Fakten gestützt, über eine Regressierung bzw. Entkriminalisierung diskutieren kann. Ein Teil der Fraktion sieht dies nur als Zwischenschritt auf dem Weg zur angestrebten Legalisierung. Andere betrachten aber das Ziel der Legalisierung als nichts Erstrebenswertes und werden deshalb diesen Vorstoss auch ablehnen. Zurück zum vorliegenden Anliegen: Wir sehen dies als Beitrag zu einem sinnvollen Genuss mit Genuss- und Suchtmittel. Unserer Meinung nach ist kontrollierter Handel mit sauberer Ware definitiv besser als unkontrollierter Handel mit verunreinigter Ware. Olten darf in diesem Thema durchaus eine ein wenig progressivere Haltung einnehmen und als Zentrumsstadt Vorreiterin werden. Wir als Stadt sind von der Thematik sicher auch mehr betroffen als andere Orte. Genau deshalb sollten wir auch ein grosses Interesse an wissenschaftlichen Untersuchungen haben und einen sinnvollen geregelten Umgang damit anstreben, weil ja die aktuellen Konsumzahlen auch zeigen, dass ein Verbot die Leute nicht dazu bringt, kein Cannabis mehr zu konsumieren, sondern kurbelt

den Schwarzmarkt mit seinen unzähligen dunkeln Seiten, auf die man nicht weiter eingehen muss, an. Das Postulat führt die relativ erfolgreiche Vier-Säulen-Politik der Schweiz im Umgang mit Drogen weiter. Uns als Fraktion ist es noch wichtig zu betonen, dass wir gerne zu weiteren Schritten bereit sind, die nötigen finanziellen Ressourcen für einen sinnvollen Umgang mit Genuss- und Suchtmittel zu sprechen.

Thomas Kellerhals, CVP/EVP/GLP-Fraktion: Es ist ja wirklich kein Geheimnis. Wenn man durch die Stadt geht, riecht man eigentlich überall die süssen Schwaden, die an schönen Sommertagen jeweils vorhanden sind. Sitten und Gewohnheiten in der Bevölkerung ändern sich, und die gesetzlichen Regeln, welche diese Gewohnheiten eigentlich auch abbilden sollten, sollten sich dann auch ändern. Laura Schöni hat es gesagt. Das Land, das die restriktive Haltung gegenüber Cannabis-Produkten initiiert hat, die USA, ich glaube, es war vor rund 100 Jahren, ist das erste, das sehr stark legalisiert hat. Eigentlich eine paradoxe Situation. Auch in der Schweiz tut sich ja mit der Standesinitiative des Kantons Solothurn beim Bund, die betreffend Legalisierung auch hängig ist, etwas. Auch in der Schweiz ist der durchschnittliche Konsum in diesem Sinne hoch, und in unserer Fraktion findet dies keinen grossen Widerstand, dass man dies auch einmal legalisieren und den Gewohnheiten der Bevölkerung anpassen sollte. Trotzdem wird die Fraktion aber gegen das Postulat stimmen. Bereits sind in mehreren Städten Pilotprojekte geplant, namentlich in Zürich, Basel, Bern, Genf, das dies schon lange geplant hat. Man merkt, es sind eher grössere Städte. Weshalb? Es braucht eine gewisse Stichprobe. Im Januar ist im Tagi ein interessanter Artikel über das geplante Projekt Zürich erschienen. Sie haben dort grösste Probleme, Leute zu finden. Warum? Für dieses Projekt braucht es normalerweise auch Angabe von Namen, Adresse. Es gibt eine ärztliche Begleitung. Das scheint laut diesem Artikel im Tagi die Leute auch abzuschrecken, weil man es ja sonst auch bekommt, ohne, dass man immer zum Arzt springen muss. In diesem Sinne warten doch jetzt einmal die Entwicklung ab. Unsere Stadt hat im Moment wirklich auch begrenzte Ressourcen. Ich glaube, das ist eher etwas für grössere, ohne gleich das ganze Cannabis gleich abzuschliessen. Aber ich glaube, bezogen auf dieses Postulat mit den Pilotprojekten, hat die Stadt im Moment andere Sachen um die Ohren, die wir als wichtiger empfinden, als dass man gross Ressourcen hineinstecken sollte. Ich habe es erwähnt. Die Fraktion CVP/EVP/GLP wird das Postulat aus diesen Gründen ablehnen.

Anja Lanter: Die FDP-Fraktion ist gespalten, und ich rede für den Teil, der für die Erheblicherklärung ist. Wie vorhin gesagt wurde, ist Cannabis-Konsum eine Tatsache. Es sollte doch darum gehen, wie man mit dieser Tatsache konstruktiv umgeht und natürlich auch, wie ein sicherer sauberer Konsum für die Leute, die konsumieren möchten, garantiert werden kann und auch, wie man präventiv eingreifen kann, wo es nötig ist. Aus diesen Gründen ist ein Teil der FDP-Fraktion für die Erheblicherklärung dieses Postulat, weil wir mit diesem Pilotversuch eigentlich eine Möglichkeit sehen, konstruktiv mit diesem Thema umzugehen.

Sandra Siegrist: Wie gesagt war sich die Fraktion nicht einig. Wir haben jetzt eine Stimme gehört. Deshalb gebe ich mein Votum als Einzelsprecherin auch noch dazu. Ich gebe noch einen etwas anderen Input, der vielleicht nicht gerade bei allen so gut ankommt. Aber ich äussere jetzt meine Gedanken zu diesem Thema gleichwohl gerne. Ich bin mir bewusst, dass es sich vorerst eigentlich nur um einen Pilotversuch handelt. Aber das Ziel ist ja schlussendlich, die Drogen zu legalisieren. Darum möchte ich diesbezüglich auch ein paar bedenkenswerte Punkte einbringen. Wir wissen alle, dass Olten ja keine sehr rühmliche Drogenvergangenheit hat. Denken wir zurück an die Achtziger und Neunziger Jahre. Ich glaube, wir haben alle diese Bilder etwas vor Augen, was in Olten alles abgegangen ist. Entsprechend war auch der Ruf Oltens in der Umgebung. Auch in der jüngeren Vergangenheit hat es beispielsweise am Ländiweg nebst dem Littering auch oft Drogendeals und verhaltensauffällige Personen gegeben. Wie schon erwähnt, waren die Drogendeals auch immer ein Thema. Die Kosten und die Imagefolgen für Olten sind auch nicht unwesentlich. In den letzten Jahren haben wir alles versucht, die Aussenwirkung Oltens aufzupolieren. Ich frage mich wirklich, ob wir in den Schlagzeilen sein möchten. Olten unterstützt Pilotversuch zur Legalisierung von Cannabis. Ist dies wirklich unsere

wünschenswerte Signalwirkung nach aussen? Zusätzlich ist ein Teil der Meinung, dass es die Aufgabe des Staates ist, die Gesundheit des Bürgers zu schützen, und man weiss, dass Cannabis, wenn es nicht zu medizinischen Zwecken eingesetzt wird, gesundheitsschädlich ist. Schon nur aufgrund dieser Tatsache sollten wir den Konsum vom Staat weder fördern noch unterstützen. Ich bin überzeugt, dass die Hemmschwelle zum Drogenkonsum sinken wird, und es ist bekannt, dass Cannabis eine Einstiegsdroge ist, die zum Konsum von anderen härteren Drogen verführen kann. Weil auch Cannabis nicht zu unterschätzende berauschende Wirkung hat und zusätzlich auch Psychosen auslösen kann, sind die Konsequenzen nicht zu beschönigen. Ich finde es schon recht fragwürdig, wenn die Gefahren und die entsprechenden Folgen hier in der Runde einfach so bagatellisiert werden. Durch eine Legalisierung und somit die Verharmlosung sinkt die Hemmschwelle zum vermehrten Konsum massiv, und entsprechend werden auch die Konsumenten immer jünger. Verzeigungen wegen Betäubungsmitteldelikte von weichen Drogen, insbesondere bei Jugendlichen, sind steigend. Abschliessend möchte ich einfach noch sagen, dass wir vor dem Schwarzmarkt auch nicht kapitulieren sollten. Durch eine Legalisierung würde der Schwarzmarkt nämlich nicht verschwinden. Es gäbe immer Dealer, die Cannabis an Kinder verkaufen würde. Ich glaube, wir sind uns alle grundsätzlich einig, dass Drogen abhängig machen und die Pflicht des Staates ist es, ich wiederhole mich, die Gesundheit des Bürgers zu schützen und sicher nicht Pilotversuche für Drogenlegalisierungen mitzufinanzieren. Man soll den Gesundheitsschutz stärken und dafür Geld ausgeben und einsetzen. Aus den erwähnten Gründen werde ich sicher nicht zustimmen.

Matthias Borner: Ich rede als Einzelsprecher. Wir wurden uns in der Fraktion nicht ganz einig. Der Punkt ist der folgende: Myriam hat vorhin erwähnt, dass es im Kantonsrat besprochen wurde. Dort ging es eben um Legalisierung von Cannabis ja oder nein. Ich habe dies übrigens unterstützt. Aber worum geht es im Postulat? Es geht eigentlich darum, dass die Postulanten Cannabis konsumieren wollen. Unter dem Deckmantel der Wissenschaft verpackt man es jetzt so und möchte dies so ermöglichen. Ich weiss nicht, ob es wirklich so streng wissenschaftlich ist, wenn man mit dem Ziel, dass auch in Olten möglichst viele Leute Cannabis nehmen will, wenn man dies so verpackt. Die Frage ist, ob es die Aufgabe der Stadt ist. Wollen wir die Kapazitäten für ein solches Projekt freisetzen? Ich weiss nicht, ob dies wirklich etwas ist, bei dem Olten mitmachen muss. Anscheinend gibt es diese Pilotprojekte in grösseren Städten. Ich finde, das ist nicht die Aufgabe der Stadt Olten. Persönlich bin ich für eine Legalisierung von Cannabis. Aber das Postulat, das einfach etwas Wissenschaftliches daraus machen möchte, kann ich so nicht unterstützen.

Daniel Kissling: Erstens danke ich Matthias einmal für den Vorwurf, dass wir eine Kiffer-Partei sind. Ich kann hier aus Erfahrung sprechen, dass nicht alle von uns Cannabis konsumieren und wir auch viele Leute kennen, die dies jetzt schon machen. Deshalb spielt dies eigentlich gar keine Rolle. Abgesehen davon möchte ich schon noch ein paar Sachen zum Votum von Sandra Siegrist sagen, weil dort ein grosser Teil einfach kreuzfalsch ist. Medizinische Studien und die Faktenlage sind komplett anders. Dass Cannabis eine Einstiegsdroge für härtere Drogen ist, ist nicht bewiesen. Da kann man ganz viele Studien dazu nachlesen. Dass Cannabis gesundheitsschädigend ist, liegt in erster Linie daran, dass es in der Schweiz grösstenteils mit Tabak konsumiert wird und dementsprechend etwa gleich schädigend wie Zigaretten rauchen und übrigens deutlich weniger schädigend als Alkoholkonsum ist, den wir in diesem Land als kulturelles Erbe feiern und auch in dieser Runde alle gerne nach der Sitzung, wenn sie nicht digital stattfindet, noch ein Gläschen Wein oder ein Bier trinken gehen. Auch Alkohol kann übrigens eine Einstiegsdroge sein, nicht mehr und nicht weniger, als es Cannabis ist. Die Sache mit den Psychosen, die Du erwähnt hast, Sandra, ist wahr. Das kann sein. Da gibt es mittlerweile eine sehr dünne Faktenlage. Der Grund, weshalb es eine dünne Faktenlage ist, weil in den meisten Ländern nicht erlaubt ist, eine Studie mit Cannabis durchzuführen, so wie der Vorstoss ein Pilotprojekt probieren möchte. Genau dann sieht man nämlich, wie gesundheitsschädigend Cannabis ist oder eben nicht. Noch zu sagen, dass der Konsum steigt, wenn man es legalisiert, auch das ist nicht explizit nachgewiesen. Ein Beispiel ist Holland. Wir kennen dieses Land alle als das grosse Land der Kiffer. Dort ist es nicht eine viel grössere Menge Menschen, die dies tun und vor allem auch nicht mehr macht, dass man täglich oder noch mehr konsumiert, wie in anderen

Ländern in Europa. Im Gegenteil: Es ist legalisiert. Es ist eine ganz klare Entscheidung, eine Lifestyle-Entscheidung, ob die Leute wollen oder nicht. Wir reden aber hier, wie gesagt, nicht über die Legalisierung, sondern über einen Pilotversuch, bei dem sich Olten auch einmal progressiv zeigen könnte. Ein Grund, weshalb Olten in den Achtziger Jahren so schlecht in den Schlagzeilen war, bevor die saubere Drogenpolitik überhaupt erst stattgefunden hat. Warum überall Junkies in den Wäldern waren, war, weil man sie verdrängt hat, jetzt kommen wir wieder zu einem vorherigen Thema, das wir hatten, kriminalisiert, dementsprechend abgeschoben hat, nicht bei sich haben wollte und ihnen nicht geholfen hat, sondern sie kriminalisiert hat, so dass sie flüchten mussten, so dass sie kriminell werden müssen. Das war das grosse Problem, unter dem Olten gelitten hat und das Gottseidank in den letzten Jahrzehnten mit einer neuen, liberalen, progressiven und unterstützenden Drogenpolitik geändert werden konnte, die dies als das, was es ist, sieht, ein Rauschmittel, das nicht für alle gut ist, welches nicht alle konsumieren sollten, welches man auch mit Sorge und Verantwortung konsumieren muss, aber auch nicht mehr als ein Glas Wein. Das ist grundsätzlich das, was ich sagen wollte. Abgesehen davon, dass es noch wenig Schlägereien wegen bekifften Leuten gegeben hat, im Gegensatz zu alkoholisierten Leuten. Das kann ich als Gastronom leider auch sagen.

Myriam Frey Schär: Ich wollte nur noch kurz darauf eingehen, was Matthias gesagt hat, von wegen, dass die Leute quasi auf Staatskosten kiffen können. Erstens einmal kann man nicht einfach in die Apotheke gehen und sagen, ich möchte jetzt auch gerne anfangen zu kiffen. Man muss ja zum Beispiel schon per Haaranalyse nachweisen, dass man dies schon macht. Das ist das Eine, und das Andere ist, dass es dann immer noch niederschwelliger ist, zum Dealer zu gehen und ein Säckchen zu kaufen. Man muss sich ja dort registrieren, und die einzige Motivation, die man haben kann, an dieser Studie teilzunehmen ist einerseits, man möchte tatsächlich, dass man aus dem Ganzen etwas lernt, und andererseits, dass man Gras bekommt, das biologisch angebaut ist und nicht irgendein Dreck dran ist und man ungefähr weiss, was drin ist. Man hat eigentlich zum ersten Mal die Sicherheit, dass, was man raucht, auch tatsächlich etwas taugt. Aber niederschwelliger ist es sicher nicht, in der Apotheke vorbeizugehen und seine Personalien in einer Studie angeben zu müssen. Ich glaube, das wird nicht einen Pool-Faktor in diesem Sinne haben. Ich finde dieses Argument nicht so stichhaltig.

Tobias Oetiker: Thomas Kellerhals, als Du mit Deinem Votum begonnen hast, habe ich gedacht, yeh, die CVP. Dann ist es weitergegangen und Du hast gesagt, Ihr findet dies alle oder teilweise toll. Aber dann, nein, Ihr seid doch nicht dafür. Das sehe ich jetzt noch aus einem anderen Blickwinkel. Es geht darum, ob wir in Olten Sachen ermöglichen oder Sachen verhindern. Ich selber bin nicht Cannabis-Konsument. Das ist nicht meine Motivation. Meine Motivation ist, dass Sachen legalisiert werden und in eine Struktur hineinkommen und nicht in der Illegalität ablaufen. Als ich mit der Suchthilfe Ost Kontakt aufgenommen habe, habe ich dort richtiggehend offene Türen ingerannt. Ich glaube, es hat sogar ein Kontakt der Suchthilfe Ost mit dem Stadtrat stattgefunden. Sie haben sich beim Stadtrat gemeldet. Sie möchten dies wirklich sehr gerne machen, weil sie dies als Möglichkeit, um in diesem Thema tätig zu werden. Wenn wir als Parlament jetzt sagen, ja, wir finden es zwar super. Eigentlich denken wir aber, nein, Ihr seid nicht die Richtigen, um dies in Olten zu machen, obwohl es Spezialistinnen und Spezialisten sind, die sich um diese Themen kümmern. Sie möchten dies machen. Wenn das Parlament jetzt dagegen stimmt, finde ich dies ein ganz stranges Signal im Sinne, dass das Parlament bei Leuten, die sich in Olten engagieren und etwas organisieren und machen wollen, sagt, nein, wir verstehen es besser. Macht es nicht.

Matthias Borner: Ich möchte mich nur kurz an Daniel Kissling wenden. Dass ich Euch als Kiffer-Partei bezeichnet habe, weise ich von mir. Das habe ich nicht gemacht. Ich habe einfach den Vorwurf in den Raum gestellt, dass es in diesem Postulat um den Konsum von Cannabis geht und nicht um die Wissenschaft.

Heinz Eng: Ich glaube, es geht nicht darum, ob man dies gerne macht oder nicht oder auch das hohe Lied auf die Wissenschaft singt, sondern es geht darum, was Sinn macht und was nicht Sinn macht. Kein Ding ist an sich Gift, allein die Dosis macht es. Das hat Paracelsus

schon im 15. Jahrhundert gesagt. Darum geht es eigentlich. Wenn einer irgendwie einmal in der Woche einen Bollen Hasch nimmt oder ich jede Woche eine Zigarre oder jeder drei, vier Zigaretten pro Tag, ist dies auch nicht gesundheitsschädlich. Ich glaube, das hat Sandra vor allem auch gemeint. Wenn natürlich der Cannabis-Konsum täglich zunimmt oder in einem besorgniserregenden Mass ist, dass man abhängig wird usw., sind wir an den entsprechenden Grenzen. Ich möchte noch einen Einwand machen. Die wissenschaftliche Studie bla bla bla bla. Was macht Ihr bei LSD oder Pervitin? Das ist Cristal Met. All die Amphetamine. Wo fängt es an, und wo hört es auf? Irgendwie kann man dann nicht sagen, Cannabis ist gut. Wenn Ihr nur ein wenig LSD nehmt, kann dies stimulierend wirken oder dann Cristal Met. Darum geht es doch nachher. Am Schluss geht sehr wahrscheinlich das Scheunentor auf mit all den entsprechenden Nachwirkungen, die es haben kann. Darum geht es. In Abwägung von all dem, Wissenschaft in Ehren und was weiss ich, und auch, dass der Kantonsrat dies sehr wahrscheinlich sinnvoll findet, muss ich sagen, dass ich für nicht erheblich stimmen werde.

Christian Ginsig: Von meiner Seite einfach als Ergänzung. Gekifft wird sowieso. Das ist absolute Realität. Ich glaube, darüber muss man gar nicht diskutieren. Weshalb ich ein Nein abgeben werde, ist nicht, weil ich für die Legalisierung bin. Im Gegenteil: Ich finde es sogar richtig. Man soll dies auch ermöglichen. Man soll es in staatliche Strukturen hineinbringen. Das Nein kommt einzig und allein aus dem Grund, dass im Moment eine Standesinitiative auf Kantonsebene am Laufen ist, die genau diese Strukturen dafür aufbauen soll. Das ist ja gut. Dann kann doch die Stadt noch kurz warten oder absprechen oder sich gleich dort anhängen und jetzt nicht Parallelstrukturen aufbauen. Mir geht es einzig und allein um den administrativen Aufwand, dass wir jetzt auf kommunaler Ebene noch etwas aufziehen, das unabhängig vom Kanton ohnehin geplant ist.

Dr. Arnold Uebelhart: Ich fand gut, was Frau Sandra Siegrist erklärt hat. In der Fraktion habe ich eigentlich auch etwas so gesprochen, habe aber jetzt gleichwohl noch einige Sachen erfahren und konnte Überlegungen machen. Vor allem konnte ich auch mit den Leuten selber reden. Ich habe ja diese Möglichkeit. Es ist natürlich sozusagen schon so, wenn Du vom Elend der Neunziger Jahre sprichst, herausgebracht hat es, als man dann die Methadon-Programme und die Sachen gemacht hat, und die Leute sind eindeutig gesünder geworden. Das läuft in Olten sehr gut, und es ist sicher eine Erfolgsgeschichte. Übrigens gegen die USA-Amerikaner, niemand hat so viele kranke Leute, die versterben, die so extrem gegen diese Möglichkeit waren und teilweise heute noch sind. Die Schweiz hat sehr dagegen gekämpft. Das möchte ich schon noch sagen. Ich glaube, dass Cannabis nicht harmlos ist, ist uns allen klar. Wir wollen ja wirklich auch etwas dagegen probieren und machen. Wenn man sagt, Zürich und die Grossstädte machen dies so. Ich würde sagen, das sind eher anonyme Geschichten. Olten hätte doch den Vorteil, dass es eben nicht so anonym ist. Man macht dies mit der Apotheke. Ich glaube nicht, dass es der einzelne Arzt macht. Das würde man dann mit der Suchthilfe machen. Zum Beispiel würde Dr. Kurmann mit etwa 30 oder 40 Personen reden. Sie müssen dies ja als Medikament bezahlen. Der Staat zahlt ihnen nicht einfach den Stoff. Wenn Du, Matthias, die Sache mit der Wissenschaft so abtust. Man kann doch eine Fragestellung machen. Zum Beispiel kann man die Fragestellung machen, wie verhält sich jemand im Strassenverkehr, wie macht es jemand mit der Arbeit, was man sogar mit dem Methadon auch gemacht hat und viel gebracht hat? Das Problem ist halt immer die Verelendung und dass es ein soziales Problem gibt, dass man straffällig wird, und das ist ja auch nicht gerade lässig, wenn man dies im Auszug gibt, um eine Stelle zu suchen usw. Ich habe jetzt eigentlich weniger Angst, dass hier ein Dammbbruch ist. Ich glaube, das darf man nicht damit sagen, und es sind 5 bis 7 %, die auch jetzt die Möglichkeit haben, und mehr sind es eigentlich nicht. Ich würde das Problem des Rauschmittels schon sehen. Aber wie Tobias gesagt hat, legalisieren heisst eben legalisieren. Es ist etwas rechtlich Klares. Man kann sagen, es ist wieder so ein Überwachungsstaat. Aber ich würde sehr vorschlagen, dass man dies macht. Olten, ein Städtchen, das von sich aus auch ein Resultat geben kann. Man kann es auch gegen den Kanton nicht ausschliessen. Es ist immerhin der Bund, der vorschlägt, dass man dies machen soll. Ich würde beliebt machen, dass man dem zustimmt. Danke.

Myriam Frey Schär: Heinz, Du hast gefragt, wohin dies führt. Man könnte jetzt theoretisch noch einen Vorstoss machen, in dem wir das Gleiche mit LSD oder Ketamin oder irgendetwas fordern. Aber der Punkt ist, dass wir dies nur so machen können, weil der Bund Vorgaben gemacht hat. Das heisst, wenn man einen Vorstoss für eine andere Droge machen würde, wäre dies komplett wirkungslos, weil der rechtliche Rahmen dafür fehlen würde. Insofern habe ich hier nicht so Angst.

Beschluss

Mit 22 : 16 Stimmen wird das Postulat erheblich erklärt.

Mitteilung an:
Entsprechende Direktion
Stadtkanzlei, Andrea von Känel Briner
Stadtkanzlei, Vorstossliste

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 27. Mai 2021

Prot.-Nr. 73

Postulat Dieter Ulrich (SP/JSP) betr. Unterstützung Konzertveranstalter/Beantwortung

An der Parlamentssitzung vom 19. November 2020 hat Dieter Ulrich (SP/JSP) folgenden Vorstoss eingereicht:

«Der Stadtrat wird beauftragt, mit den in Olten aktiven Konzertveranstaltern das Gespräch zu suchen und zu prüfen, mit welchen Veranstaltern eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen werden soll.

Begründung:

Der vom Parlament im Rahmen der Beratung für das Budget 2020 beschlossene Beitrag an den Kulturverein Coq d'or hat einige kontroverse Diskussionen ausgelöst. Statt spontan einzelne Konzertveranstalter mit einmaligen Beiträgen zu unterstützen, wäre es sinnvoller, eine Gesamtschau zu machen und die Unterstützung längerfristig anzulegen. Bislang unterstützt die Stadt keine Veranstalter im musikalischen Bereich, diese Lücke gilt es zu schliessen.»

- - - -

Stadtpräsident Martin Wey beantwortet den Vorstoss im Namen des Stadtrates wie folgt:

Grundsätzlich gilt es vorzuschicken, dass die Aussage, die Stadt unterstütze keine Veranstalter im musikalischen Bereich, in ihrer absoluten Form nicht korrekt ist. Die bisherige Unterstützung reicht von den wiederkehrenden Beiträgen ans Stadttheater mit seinem weitherum bekannten Konzertprogramm über Unterstützungen mit Beiträgen oder Kostenerlassen von Einzelveranstaltungen wie OltenAir bis zum erwähnten Beitrag ans Coq d'Or oder einem jüngst gesprochenen Beitrag an Jazz in Olten für einzelne Konzerte im neuen Jahr. Der Stadtrat hat indessen bisher darauf verzichtet, an Veranstalter mit kommerziellem Hintergrund, das heisst in Verknüpfung mit einem Gastro- oder Detailhandelsbetrieb, Beiträge auszurichten; er hat aber immer signalisiert, dass Kulturförderungsbeiträge an konkrete Kulturprojekte oder auch Kostenerlasse beispielsweise für die Nutzung von öffentlichem Grund auch für solche Fälle möglich sind.

Der vorliegende Vorstoss zielt einseitig auf Veranstalter von *Konzerten* für eine staatliche Unterstützung ab; zu bedenken gilt es, das es auch in andern Bereichen (Ausstellungen, Lesungen, Vorträge usw.) kulturelle Veranstalter gibt, die ein gleiches Recht einfordern könnten. Leistungsvereinbarungen werden ab Jahresbeiträgen von jährlich wiederkehrend 10'000 Franken abgeschlossen. Damit die Erheblicherklärung des vorliegenden Vorstosses Sinn macht, müsste das Kulturbudget daher um mehrere zehntausend Franken aufgestockt werden, wenn man nicht den Verteilkampf um beschränkte Mittel noch intensivieren will. Sollte man von Seiten der Stadt aktiv auf alle Kulturveranstalter zugehen, stellt sich zudem die Frage der personellen Ressourcen; müsste doch die Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen Voraussetzungen bei den verschiedenen Veranstaltern differenziert geführt werden können: So gibt es etwa auf dem Platz Olten Lokalverantwortliche, welche selber das Veranstaltungsrisiko übernehmen, dann solche, welche das Risiko an einen Drittveranstalter für ein gesamtes Veranstaltungsprogramm delegieren, und schliesslich solche, welche ihr Lokal den Auftretenden selber auf deren Risiko für Einzelveranstaltungen überlassen. Eine Fachstelle Kultur, welche solche Abklärungen führen könnte, wurde indessen vom Volk abgelehnt.

Angesichts der vorhandenen finanziellen und personellen Ressourcen spricht sich der Stadtrat für die Weiterführung der bisherigen Praxis aus und empfiehlt dem Gemeindeparlament, das vorliegende Postulat nicht erheblich zu erklären.

- - - -

Dieter Ulrich: Wie ich schreibe, rührt der Ursprung des Postulats vom Unterstützungsbeitrag an das Coq d'Or, der ja lang und breit diskutiert wurde und auch eine gewisse Nachwirkung hatte. Das hat es eigentlich ausgelöst. Wir haben ja im letzten Budget wieder lang und breit über die Beiträge und die Höhe der Beiträge an Institutionen diskutiert. Mir geht es darum, dass ich versuche, eine allgemeine Klärung herbeizuführen, jetzt halt einfach einmal auf die Konzertveranstalter bezogen, aus dem Grund, weil es, wenn man die Leistungsvereinbarungen, die bestehen, anschaut, in diesem Bereich bis jetzt noch nichts gibt. Es werden andere Kulturveranstalter mit Leistungsvereinbarungen unterstützt. Im Konzertbereich ist dies nicht der Fall. Dass es der Stadtrat ablehnt, ist nicht weiter überraschend, weil es diesen Vorstoss sonst gar nicht gebraucht hätte. Er schreibt zu Recht, dass natürlich einzelne Veranstaltungen im Konzertbereich unterstützt werden. Aber wie gesagt, findet in diesem Sinne übergeordnet keine Unterstützung statt, wie dies bei anderen Kulturveranstalter der Fall ist. Wie gesagt, verlange ich ja nicht, dass er irgendeine Summe nennt, oder ich sage nicht, mit wem er eine Vereinbarung treffen soll. Ich möchte einfach, dass er es prüft und es einmal breiter anschaut, als was wir jeweils in den Budgetdebatten gemacht haben. Das hat immer auch ein wenig etwas Zufälliges und Willkürliches. Das möchte ich eigentlich vermeiden. Insofern versuche ich, dem Stadtrat auch etwas den Teppich auszulegen, dass er dies macht. Der jetzige Stadtrat scheint dies nicht zu wollen. Vielleicht sieht es dann beim neuen anders aus, und dann braucht es diesen Vorstoss möglicherweise gar nicht. Das weiss ich nicht. Das werden wir noch sehen, ich dann nicht mehr im Parlament, aber werde es trotzdem beobachten. Sonst zu den Argumenten: Nachher wird das Finanzielle und Personelle natürlich wie immer ins Feld geführt. Beim Finanziellen sage ich nichts über die Höhe. Es geht mir wirklich um eine Prüfung. So, wie er argumentiert, könnte man meinen, er habe es auf eine Art schon geprüft, wenn er weiss, dass es nicht sinnvoll ist. Zum Personellen: Natürlich ist die Kulturfachstelle nicht gekommen. Meiner Meinung nach hätte der Stadtrat aber eigentlich immer die Möglichkeit, auch eine entsprechende eigene Kommission oder ein Fachgremium einzuberufen. Zumindest könnte man dies einmal prüfen, wenn man das Gefühl hat, man verfügt nicht über die personellen Kapazitäten oder das entsprechende Know-how. Dort gäbe es sicher Möglichkeiten, wenn man möchte. Wie gesagt, ich habe es jetzt aus den erwähnten Gründen einfach auf die Konzertveranstalter fokussiert. Man könnte es aufmachen, wenn man möchte. Wenn ich es offener formuliert

hätte, wäre dann sicher das Argument gekommen, das ist zu weit. Das würde das Fuder überladen. Wenn man es nicht will, findet man immer Gründe. Ich möchte Euch trotzdem beliebt machen, diesen Vorstoss erheblich zu erklären, um die Prüfung einfach einmal anzustossen. Was nachher konkret herauskommt und welche Beträge gesprochen werden, liegt dann immer noch in der Kompetenz des Parlaments beim entsprechenden Budget. Merci für die Unterstützung.

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Ich habe im Moment keine Ergänzungen zur stadträtlichen Antwort zu machen.

Felix Wettstein, Fraktion Grüne: Das Grundanliegen, welches Dieter Ulrich mit diesem Postulat verfolgt, unterstützen wir Grünen. Allerdings finden auch wir etwas schade, dass er sich nur auf die Konzertveranstalter bezieht. Wenn schon, müsste der Prüfauftrag breiter angelegt sein und alle Kultursparten umfassen. Das gilt umso mehr, als dass unsere Kultur-Veranstaltungsorte selbst in aller Regel nicht auf eine Kulturform begrenzt sind. In der Schützi finden nebst Konzerten auch Theater, Slam Poetry oder Messen und Ausstellungen statt, im Kino Lichtspiele ab und zu ein Konzert, in der Vario-Bar ein Kabarett-Abend. Auch das Coq-d'Or, das es leider nicht mehr lange geben wird, aber offenbar Auslöser für dieses Postulat war, Dieter, Du hast dies bestätigt, sind die Veranstaltungen viel breiter gefächert; ich erinnere an die zahlreichen Podien zur Stadtpolitik, die stattgefunden haben. Dass es einen Frankenbetrag gibt, einen Schwellenwert, ab wann man mit mehrjährigen Leistungsvereinbarungen arbeiten soll, finden wir richtig. Zur Zeit ist diese Schwelle bei 10'000 Franken, wir könnten sie uns auch bei 5000 Franken vorstellen. Im laufenden Jahr erhalten sieben Organisationen gestützt auf eine Leistungsvereinbarung zwischen 10'000 und 60'000 Franken. Wenn man eine Grenze von 5000 Franken annehmen würde, würden bei den heutigen Beträgen zusätzlich das Buchfestival, der Filmverein Lichtspiele und die 23 Sternschnuppen auch in diesen Kreis kommen. Was in der letzten Zeit seitens der Stadt nicht gut gelaufen ist, waren die Erneuerungen der Leistungsvereinbarungen. Im letzten Herbst hat dazu die Kommunikation nicht geklappt. Das muss ändern. Wir haben gestern den Stadtschreiber wieder für vier Jahre gewählt. Ich denke, man muss es an dieser Stelle einfach auch wieder einmal sagen. Unser Stadtschreiber hat zu viele Dossiers, die er auch noch führen sollte. Es ist dringend nötig, dass sich seitens der Verwaltung jemand gezielt mit den Vereinbarungen mit privaten Partnern im Kulturbereich widmen kann. Das Postulat können wir nur im vorliegenden Wortlaut bewerten, und diesen Wortlaut finden wir nicht gut. Wir würden es begrüßen, wenn Dieter es zurückziehen und im Juni noch einmal mit einem besser angelegten Wortlaut einreichen würde. Wenn er es aufrechterhält, würden wir ablehnen.

Daniel Kissling, Olten jetzt!: Der Stein des Anstosses. Uns wird es nicht mehr lange geben. Aber die Musikszene lebt in dieser Stadt Gottseidank weiter. Hoffentlich auch ohne uns. Was man schon immer merkt ist, dass Rock und Pop oder sagen wir populäre Musik, junge Musik, in der Kulturpolitik immer ein wenig stiefmütterlich behandelt wird. Auch bei Corona wurde Rock und Pop oder Jugendkultur am Härtesten von allen getroffen. Während Theater und Lesungen jetzt wieder stattfinden können, ist die für Konzerte kaum möglich. Der Grund dafür liegt darin, dass zum Beispiel auch der Getränkekonsum an der Bar eine wesentliche Einnahmenquelle für solche Konzerte ist und dementsprechend auch anders behandelt werden müssen, auch in der Abrechnung anders behandelt werden müssen als zum Beispiel ein Theater oder ein Museum, wo dies eher weniger ins Gewicht fällt. Grundlegend unterstützen wir den Antrag von Dieter Ulrich auch aus diesem Grund. Wir hatten eine ähnliche Überlegung wie Felix und die Grünen, nämlich, dass wir auch der Meinung wären, dass man dies breiter anschauen könnte. Aber wir finden, dass dieses Postulat einen Schritt in die richtige Richtung macht und es vielleicht auch ein Anstoss für den Stadtrat ist, die Kulturpolitik neu und auch ein wenig systematischer zu denken, nämlich, dass man sich zum Beispiel überlegt, wie man Sparten einzeln definieren kann, wie man Veranstaltungsorte anders unterstützen kann, als man dies bisher gemacht hat. Strategisch sich auch überlegen, welche Kulturstadt Olten sein will. Es gibt dafür auch tolle Beispiele, wie man nicht nur einzelne Sachen unterstützen kann, sondern auch etwas breiter, wie man

zum Beispiel auch sagen kann, dass man die Verantwortung, wie die Gelder nachher verteilt werden, abgibt. In Winterthur gibt es zum Beispiel den Verein On Tour. Das ist ein Zusammenschluss von mehreren Konzerten und Musiklokalen, die sich zu einem Dachverein zusammengeschlossen haben und quasi zusammen mit dem Stadtrat oder gegen den Stadtrat oder wie man es nennen will in Winterthur Leistungsvereinbarungen und dann auch Geld aushandeln und es nachher unter sich verteilen, so, wie sie es zusammen abmachen. Das ist eine Variante. Es gibt in Basel ein wunderbares Prestigeprojekt, der Rock-Förderverein. Das ist ein Verein, der quasi die Arbeit für die Stadt macht, Geld von der Stadt erhält und dies nachher weiterverteilt, auch Projekte macht, nicht einfach nur Geld im Giesskannenprinzip ausgibt, sondern wirklich auch Projekte macht, Preise für Nachwuchsprojekte verteilt und Workshops macht und so weiter und so fort. Es gibt also verschiedene Varianten, wie man Kulturpolitik, gerade auch bei junger Kultur, oder lauter Kultur, neu denken kann. Der Stadtrat hat sich hier in den letzten Jahren immer gesperrt, die Kulturpolitik neu zu überdenken. Wir haben leider auch die Abstimmung mit der Kulturfachstelle verloren, was aber nicht sagt, dass es in dieser Stadt genug Ressourcen gäbe, um die Kultur zu betreuen. Dementsprechend werden wir jede Art, die ein Nachdenken über eine neue Art von Kulturpolitik in dieser Stadt ermöglicht und anstösst, unterstützen.

Thomas Kellerhals, CVP/EVP/GLP-Fraktion: Wir haben uns auch ein wenig überlegt, wie viel Geld vorhanden ist, wohin es fliesst. Nach einiger Diskussion sind wir eigentlich dann bei einer ähnlichen Schlussfolgerung gelandet, wie Dieter Ulrich auch bereits erwähnt hat. Wir wollen die Sparten auch nicht gegeneinander ausspielen. Aber wenn man schaut, wo am meisten Geld hingehet und wo eben sehr wenig Geld hingehet, finden wir, dass eigentlich im Bereich der Konzertveranstaltungen wenig, vielleicht sogar zu wenig gemacht wurde. In diesem Sinne wären wir durchaus dafür, dass man dies einmal prüft. Tobias Oetiker, jetzt kommt von unserer Seite auch kein Aber, sondern wir wollen alle eine attraktive Stadt. Wir wollen auch ein Zeichen für engagierte Konzertveranstalter setzen, aber vor allem auch für die Jugend, wobei Rock und Pop, als es erfunden wurde, ich bin jetzt dann auch bald 50, immer auch noch meine Lieblingsmusik ist. Aber Olten soll auch in Zukunft Kulturstadt bleiben, und unsere Fraktion wird dem Postulat mehrheitlich zustimmen.

Madeleine Portmann: Die FDP-Fraktion war sich nicht ganz einig. Wir folgen allerdings mehrheitlich dem Antrag des Stadtrates, das Postulat nicht erheblich zu erklären. Dem Begriff zufällig, den ich vorhin gehört habe, kann ich nicht folgen. Den Ausführungen von Stadtpräsident Martin Wey können wir uns aber anschliessen.

Dr. Rudolf Moor: Ich möchte einfach noch Felix eine kleine Antwort geben. Ich finde es ein wenig schade, dass Ihr von den Grünen sagt, weil der Text nicht ganz passt, lehnen wir es ab. Es kommt mir jetzt so etwas vor wie wenn man sagt, 70 % wären gut, aber weil die 30 % nicht stimmen, sind wir jetzt dagegen. Der Vorschlag, dies noch einmal einzubringen, heisst einfach, dass man wahrscheinlich wieder neun Monate verliert. Deshalb frage ich, ob Ihr nicht vielleicht einfach über das kleine Problem, das ich auch habe, ich hätte auch lieber einen grösseren Bereich, springen und im Sinne der Grosszügigkeit und dass der Stadtrat prüft und auch gehört hat, was wir Grüne gesagt haben, sagen, wir stimmen dafür? Mein Ratschlag von der linken Seite.

Heinz Eng: Ich sehe es mit den Konzertveranstaltungen eigentlich gleich wie Dieter Ulrich. Man sieht auch, wann er es geschrieben hat, mitten in Covid 19. Sie wurden arg gebeutelt. Andererseits habe ich auch Sympathien für das, was Felix Wettstein gesagt hat, dass man eigentlich die ganze Kultur in der ganzen Breite anschauen muss. Da hat man sich jetzt auf die Veranstaltungen fokussiert. Zum Beispiel auch eine Kilbi, die jetzt abgesagt wurde, reisst natürlich auch Löcher in die ganzen Vereinskassen usw. Das wurde ja auch im OT debattiert. Kurz gesagt muss man es vielleicht wirklich in einer gewissen Gesamtheit betrachten. Ich möchte hier einfach ein wenig den Fächer aufmachen. In meiner Funktion über die Sportveranstaltungen usw. bin ich ja auch betroffen. Mit diesem Prüfauftrag hat der Stadtrat genau die Möglichkeit, die verschiedenen Unterstützungsfonds, die es geben könnte, in der ganzen Tiefe und Breite entsprechend auch mitzuteilen. Ich denke jetzt nicht

nur an die städtischen, und es geht auch nicht darum, dass man Kultur gegen Konzertveranstaltungen oder Sport ausspielt, sondern es gibt auch einen ganz, ganz grossen Topf, der übrigens öffentlich ist, dort könnt Ihr selber einmal nachschauen, vom Kanton aus. Alle Veranstaltungen, die man unter der Härtefallverordnung irgendwie ein gewisses überregionales Interesse anmelden kann, prüft der Kanton sehr gut und ist dort auch relativ bereit, Mittel zu sprechen. In diesem Sinne stimme ich hier zu respektive erkläre erheblich. Hoffen wir einfach, dass wir einigermaßen schnell zur Normalität zurückkehren können und eine solche Anschubfinanzierung, wo auch immer in der Kultur oder bei den Konzertveranstaltungen, ist sicher keine schlechte Sache.

Beschluss

Mit 27 : 9 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird das Postulat erheblich erklärt.

Mitteilung an:
Entsprechende Direktion
Stadtkanzlei, Andrea von Känel Briner
Stadtkanzlei, Vorstossliste

Parlamentspräsident Philippe Ruf: Ich danke Euch vielmals für das Mitmachen. Wir werden uns schon bald wieder sehen. Ich danke für die produktive Sitzung und wünsche Euch einen ganz schönen Abend. Schlaft gut.

Der Parlamentspräsident:

Der Stadtschreiber:

Die Protokollführerin:

Protokollgenehmigung:

Einsprachen sind der Stadtkanzlei zuhanden des Parlamentspräsidiums innert 10 Tagen nach der Zustellung schriftlich einzureichen.